



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

**Die Möglichkeiten und Grenzen des Tourismus als
Instrument der Entwicklungszusammenarbeit -
Unter besonderer Betrachtung der österreichischen
Entwicklungszusammenarbeit**

Verfasser

Marius Edlinger

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil)

Wien, im November 2010

Studienkennzahl laut Studienblatt:

A300

Studienrichtung laut Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.- Prof. Dr. Otmar Höll

Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benützt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Wien, November 2010

Marius Edlinger

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
AMC	Austrian Montenegrin Cooperation
AMP	Austrian – Montenegrin Partnership
ASEAN	Association of South East Asian Nations
BDS	Business Development Services
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BmeiA	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
BNE	Bruttonationaleinkommen
CSD	Commission on Sustainable Development
CBT	Community-based Tourism
CRS	Computerreservierungssysteme
DAC	Development Assistance Committee
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFID	Department for International Development
EU	Europäische Union
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
GTZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
HDI	Human Development Index
HTMTI	Hotel & Tourism Management Training Institute
IIED	International Institute for Environment and Development
ILO	International Labour Organization
LAGs	Local Agenda Groups
LDCs	Least Developed Countries
LTOs	Lokale Tourismusorganisationen
MDG	Millennium Development Goals
NCUB	National Council of the Union of Burma
NLD	National League for Democracy
NGO	Non-Governmental Organization
NP	Nationalpark
NTO	Nationale Tourismusorganisation
ODA	Official Development Assistance
ODI	Overseas Development Institute
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development

OEZA	Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
ÖAR	Österreichische Agentur für Regionalentwicklung
PPT	Pro Poor Tourism
RDA	Regional Development Agency
RTO	Regionale Tourismusorganisation
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrome
SMMEs	Small and Medium Enterprises
SNV	Netherlands Development Organization
ST-EP	Sustainable Tourism – Eliminating Poverty
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNO	United Nations Organizations
(UN)WTO	United Nations World Tourism Organization

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	S. 7
1. Tourismus und Politik	S. 9
1.1 Tourismus – ein blinder Fleck der Politologie	S. 9
1.2 Tourismuspolitik	S. 11
1.2.1 <i>Direkte und indirekte Tourismuspolitik</i>	S. 11
1.2.2 <i>Tourismuspolitik – warum?</i>	S. 12
1.3 Staat und Tourismus	S. 13
1.4 Verflechtungen von Tourismus und Politik	S. 19
1.4.1 <i>Sicherheit und politische Stabilität bzw. Instabilität</i>	S. 20
1.4.2 <i>Tourismus und Menschenrechte</i>	S. 22
1.4.3 <i>Exkurs: Reiseboykott - ein sinnvolles Druckmittel? Beispiel Burma</i>	S. 24
2. Zahlen und Fakten des internationalen Tourismus	S. 29
2.1 Wachstumsindustrie Tourismus	S. 29
2.2 Push-Faktoren der touristischen Entwicklung	S. 30
2.3 Aktuelle Trends	S. 30
2.4 Tourismusankünfte nach Großregionen	S. 32
3. Tourismus in Entwicklungsländern	S. 34
3.1 Überblick	S. 34
3.2 Entwicklungstheorien und Tourismus	S. 35
3.2.1 <i>Euphoriephase/Modernisierungstheorie</i>	S. 35
3.2.2 <i>Ernüchterungsphase/Dependenztheorie</i>	S. 37
3.2.3 <i>Strategie des angepassten Tourismus</i>	S. 37
3.3 Positive und negative Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern	S. 39
3.3.1 <i>Ökonomische Auswirkungen</i>	S. 41
3.3.2 <i>Sozio-kulturelle Auswirkungen</i>	S. 47
3.3.3 <i>Ökologische Auswirkungen</i>	S. 50
4. Tourismus als Instrument in der EZA	S. 53
4.1 Begriffsbestimmung von Entwicklung	S. 53
4.1.1 <i>Magisches Fünfeck der Entwicklung</i>	S. 54
4.1.2 <i>Nachhaltige Entwicklung</i>	S. 54
4.1.3 <i>Nachhaltiger Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit</i>	S. 58
4.2 Pro Poor Tourism- und ST–EP-Strategien zur Armutsbekämpfung	S. 60
4.2.1 <i>Armutsbekämpfung als Millenniums-Entwicklungsziel</i>	S. 62
4.2.2 <i>Tourismus und Millennium-Entwicklungsziele</i>	S. 63
4.2.3 <i>Entstehung der PPT- und ST – EP- Strategien</i>	S. 64
4.2.4 <i>Die drei Strategien des armutsreduzierenden Tourismus</i>	S. 67
4.2.5 <i>ST-EP – Sustainable Tourism – Eliminating Poverty</i>	S. 69
4.2.6 <i>The Seven Mechanisms</i>	S. 71
4.3 CBT – Community Based Tourism	S. 72
4.3.1 <i>Begriffsbestimmung Community Based Tourism (CBT)</i>	S. 72
4.3.2 <i>Lokale Partizipation</i>	S. 74

4.3.3 <i>Prinzipien von Community Based Tourism</i>	S. 75
4.4 Kritische Betrachtung der Strategien des armutsreduzierenden Tourismus	S. 76
5. Tourismus in der österreichischen EZA (OEZA)	S. 78
5.1 Grundlagen der österreichischen EZA	S. 78
5.1.1 <i>Die Austrian Development Agency (ADA)</i>	S. 81
5.1.2 <i>Geographische Schwerpunkte der OEZA</i>	S. 82
5.1.3 <i>Inhaltliche Schwerpunkte der OEZA</i>	S. 84
5.2 Tourismus in der OEZA	S. 87
5.2.1 <i>Ziele der Tourismus-Förderung der OEZA</i>	S. 88
5.2.2 <i>Strategien der Tourismusentwicklung</i>	S. 88
5.2.3 <i>Kriterien für die Förderung von Programmen und Projekten</i>	S. 89
5.2.4 <i>Projektaktivitäten im Tourismus</i>	S. 91
6. Tourismusentwicklung der OEZA in Montenegro	S. 93
6.1 Aktuelle Situation in Montenegro	S. 93
6.2 OEZA-Schwerpunkte in Montenegro	S. 94
6.3 Regional- und Tourismusentwicklung in Nordmontenegro	S. 94
6.3.1 <i>Phase I: Touristische und ökologische Entwicklung in der Bjelasica-Komovi Region</i>	S. 97
6.3.2 <i>Phase II: Nachhaltige Tourismus- und Regionalentwicklung im Norden Montenegros</i>	S. 98
6.3.3 <i>Phase III: Nachhaltige Regionalentwicklung der Region Bjelasica, Komovi und Prokletije</i>	S. 103
6.4 Analyse des Projekts	S. 106
7. Zusammenfassung der Ergebnisse	S. 110
Bibliographie	S. 114
Anhang	S. 126

Einleitung

In der vorliegenden Diplomarbeit beschäftige ich mich mit dem Thema Tourismus als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Mein Interesse für dieses Thema entstand einerseits durch eigenes Reisen und einem Auslandssemester in Thailand und Vietnam, andererseits durch zwei Auslandspraktika bei der Austrian Development Agency in Albanien und Montenegro, wo Tourismusentwicklung Teil des österreichischen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit ist. Diese Erfahrungen haben mich dazu bewogen, mich mit dieser Thematik genauer zu beschäftigen, denn Tourismus kann, wenn er richtig angelegt ist und die negativen Auswirkungen weitgehend vermieden werden können, zur Armutsbekämpfung und somit zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in Entwicklungsländern beitragen. Eine touristische Entwicklung, im Sinne der betroffenen Bevölkerung, kann jedoch nur dann funktionieren, wenn sie als Teil einer umfassenden Regionalentwicklung gesehen wird.

Um die politikwissenschaftliche Relevanz meines Themas zu unterstreichen, behandelt das erste Kapitel der Arbeit den Komplex Politik und Tourismus bzw. wie der Staat durch das Feld Tourismuspolitik aktiv oder passiv in die Tourismusentwicklung eingreifen kann. Außerdem werden wichtige politische Aspekte für Tourismus, wie politische Sicherheit, Terrorismus, Menschenrechte und Tourismus in undemokratischen Staaten besprochen.

Im zweiten Kapitel werden Zahlen, Fakten und aktuelle Trends des internationalen Tourismus aufgezeigt, um die Wichtigkeit dieses Themas für viele Entwicklungsländer zu belegen. Das dritte Kapitel beschäftigt sich im weiteren Verlauf explizit mit Tourismus in Entwicklungsländern, dem Zusammenhang von Entwicklungstheorien und dem einsetzenden Entwicklungsländertourismus in den 1960er Jahren sowie mit den positiven und negativen ökonomischen, sozio-kulturellen und ökologischen Auswirkungen des Tourismus.

Den Kern des vierten Kapitels bilden die in den 1990er Jahren entwickelten Strategien des armutsreduzierenden und nachhaltigen Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei werde ich auf die Konzepte des *Pro Poor Tourism*, der *ST-EP – Initiative (Sustainable Tourism – Eliminating Poverty)* der Vereinten Nationen sowie auf *Community Based Tourism* eingehen und deren Möglichkeiten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit aufzeigen.

Im fünften und sechsten Kapitel beschäftige ich mich mit dem Stellenwert des Themas Tourismus in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und werde die österreichischen Aktivitäten

dazu im Schwerpunktland Montenegro einbringen. Grundlage dafür ist ein absolviertes Praktikum beim Koordinationsbüro der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Podgorica/Montenegro im Herbst 2009. Die dabei erhaltenen Projektdokumente bilden die Basis für meine Arbeit.

Im siebten Kapitel werde ich meine Erkenntnisse nochmals präsentieren und in Zusammenhang mit den gestellten Forschungsfragen bringen.

Forschungsfragen

Meine erste Forschungsfrage beschäftigt sich damit, inwieweit Tourismus von politikwissenschaftlicher Relevanz ist:

- Wie politisch ist Reisen bzw. ist Tourismus ein politisches Phänomen?

Die zweite Forschungsfrage soll Erkenntnis über die Möglichkeiten des Tourismus zur Entwicklung und Armutsreduzierung bringen:

- Welche touristischen Strategien und Konzepte gibt es, die als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden können?

Die dritte Forschungsfrage bezieht sich auf die Aktivitäten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus:

- Wie ist der Tourismus in die österreichische Entwicklungszusammenarbeit eingebunden?

1. Tourismus und Politik

1.1 Tourismus – ein blinder Fleck der Politologie

Viele werden sich fragen, warum sich die Politikwissenschaft mit dem Phänomen des Tourismus auseinander setzen sollte? Sind nicht Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Ethnologie oder die Geographie viel besser dazu geeignet? Die us-amerikanische Politologin Richter beschreibt den Stellenwert des Tourismus in der Politikwissenschaft wie folgt:

„ The magnitude of tourism, its potential for intrusiveness, and its importance have scarcely been noticed. True, a few economists have sought to measure the economic import of such tourism. Still fewer anthropologists have done scattered studies of tourism’s impact on rituals, customs, and lifestyle in this or that culture, but most social scientists and especially political scientists remain oblivious to its possibilities and its already tremendous political impact“ (Richter 1983: 315ff.) .

Natürlich wäre die Politikwissenschaft etwa bei betriebswirtschaftlichen Fragen fehl am Platz, jedoch muss zuerst festgehalten werden, dass die Grundlagen des Tourismus politischer Natur sind. Ohne die Garantie von Freizügigkeit und Mobilität, die in liberalen Staaten zu den Grundrechten der Bürger gehören, ist der Tourismus so wenig möglich wie ohne entsprechende wirtschaftliche Grundlagen. Durch das Fehlen entsprechender Rahmenbedingungen, insbesondere von Freiräumen für die Entfaltung unternehmerischer Aktivitäten, von einer öffentlichen Infrastruktur und von tragfähigen Systemen sozialer Sicherung wird die Entwicklung einer auch auf Wohlstand gegründeten Gesellschaft im besten Falle behindert, meistens jedoch unmöglich gemacht (vgl. Mundt 2004: 1).

Ein Blick in die Tourismusentwicklung zeigt, dass *„das Geschäft mit den schönsten Wochen im Jahr [...] sich zwar lange Zeit in einem neutral scheinenden, angeblich politikfreien Raum entwickeln“* konnte (Betz 2003: o.S.). Dabei wird gerne außer Acht gelassen, dass sich der Tourismus *„in Wahrheit [...] schon immer mitten im Weltgeschehen“* bewegte und politisch massiv gefördert oder behindert wurde (Betz 2003: o.S.)

Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen stehen in engem Zusammenhang mit dem politischen Geschehen in den Zielländern. Durch den Tourismus werden mehr Menschen als in allen anderen Wirtschaftszweigen mobilisiert. Sie alle nehmen in irgendeiner Form am Tourismus teil. Dieser schafft damit, wie kein anderer Wirtschaftszweig, eine Ausgangslage für einen direkten sozio-kulturellen und ökonomischen Austausch, sowie für eine

zwischenmenschliche und interkulturelle Kommunikation. Politische Aspekte können dabei nicht außen vor gelassen werden.

Für uns selbstverständliche Regelungen wie Pass- und Visabestimmungen, Devisen- oder Zollbeschränkungen, sind äußerst bedeutend für die Entwicklung des Tourismus und werden durch politische Prozesse geregelt. Auch regionale Konflikte, Kriege oder Terrorismus sind wesentliche Einflussfaktoren touristischer Entwicklung, die sicherheitspolitische oder etwa militärische Maßnahmen erfordern und dadurch hoch politisch sind. Es ist deshalb auch sicherlich kein Zufall, dass sich der moderne Massentourismus erst durch die demokratischen Rahmenbedingungen der Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg entwickeln konnte. Auch wenn das Wort „Massentourismus“ für viele einen negativen Beigeschmack hat – es kennzeichnet eine Entwicklung, die man begrifflich nicht ganz korrekt auch als „Demokratisierung des Reisens“ bezeichnen kann – so hat sie breiteren Schichten der Bevölkerung Reisemöglichkeiten eröffnet, die vorher nur privilegierten Gruppen vorbehalten waren. Jedoch spielt Massentourismus praktisch keine Rolle wenn es um die Untersuchung der Legitimität von politischen Systemen geht. Als bestes Beispiel der jüngeren Geschichte kann man dazu die Verhinderung der Reisefreiheit in der ehemaligen DDR (Deutsche Demokratische Republik), die im Bau der Berliner Mauer 1961 ihren sichtbarsten Ausdruck fand, heranziehen. Diese Einschränkung der Reisefreiheit hat wesentlich zur andauernden Legitimationskrise der DDR beigetragen. Schließlich kann ein Staat, der seine Bürger mit Gewalt daran hindert zu verreisen, weil er befürchtet, dass Bürger nicht mehr zurückkehren oder Informationen mit zurückbringen könnten, die der herrschenden Klasse nicht genehm sind, kaum auf Akzeptanz hoffen (vgl. Mundt 2004: 2 ff.).

Daher ist die Entwicklung des Tourismus stark abhängig von politischen Rahmenbedingungen und wirtschaftlicher Entwicklung. Da die ökonomische Bedeutung der Tourismusbranche in den letzten Jahrzehnten immer größer wurde, ist es unvermeidbar, dass der Staat direkt oder indirekt, durch Regulierung oder Förderung, in den Tourismus eingreift.

Vor allem Entwicklungsländer haben die Bedeutung touristischer Entwicklung erkannt, wobei die Ursachen für die Etablierung von internationalem Tourismus durchaus politischer Natur sind:

„Still not all nations are equally sanguine about the development of international tourism. Some like Burma, Nepal, and Bhutan opened their doors only when their lack of alternative developmental options made tourism sufficiently palatable. Others enjoy few economic constraints, and, being uneasy about tourism, simply chose not to issue tourist visas. Tourism development, then, is a policy area only if political elites decide it will be. But the reasons for selecting tourism are not constant among nations or from regime to regime within a nation. Nor are governments in agreement on a particular pattern of tourist development“ (Richter 1983: 318).

1.2 Tourismuspolitik

Der Staat kann nun durch verschiedene Maßnahmen in die Belange des Tourismus eingreifen, in dem er das Politikfeld „Tourismuspolitik“ schafft.

Dabei handelt es sich um ein klassisches Querschnittsphänomen, das viele Politikfelder mit einschließt und es folglich schwierig macht, Tourismuspolitik als eigenständiges Politikfeld zu erkennen. Auch eine klare Definition darüber, ob eine Entscheidung tourismuspolitisch motiviert war oder nicht, lässt sich aufgrund dessen nicht einfach tätigen. Wirtschafts- oder etwa umweltpolitische Motive stehen zumeist im Vordergrund und tourismuspolitische Maßnahmen werden ab dem Zeitpunkt notwendig, ab welchem der Tourismus den Rang eines Wirtschaftsfaktors einnimmt. Wie der Begriff „Tourismus“ an sich, so ist auch der Begriff „Tourismuspolitik“ vielschichtig. Oppitz definiert Tourismuspolitik wie folgt:

„Unter Tourismuspolitik verstehen wir die bewusste Förderung und Gestaltung des Tourismus unter Einflussnahmen auf die touristisch relevanten Gegebenheiten seitens der Gemeinschaften“ (Oppitz 2000: 16).

Anders ausgedrückt versteht man unter Tourismuspolitik alle Maßnahmen öffentlicher Stellen (Bund, Länder, Gemeinden, EU) zur Entwicklung, Förderung, Gestaltung und Beeinflussung des Tourismus. Hinzu kommen noch wichtige Faktoren wie die Einflussnahme von Verbänden und der Privatwirtschaft (z.B.: Hoteliersvereinigung, Fluglinien, etc.), die alle das Ergebnis der Tourismuspolitik mitgestalten.

1.2.1 Direkte und indirekte Tourismuspolitik

„In der Praxis wird man zwischen direkter und indirekter Tourismuspolitik zu unterscheiden haben“ (Oppitz 2000: 16).

Unter direkter Tourismuspolitik (oder aktive Tourismuspolitik) versteht man all jene Maßnahmen die als Ziel eine touristische Entwicklung und Förderung haben. Dies beinhaltet unter anderem die Verabschiedung von „Tourismusgesetzen“ oder Tourismusförderungen, Marketingmaßnahmen, touristische Entwicklungsprogramme für benachteiligte Regionen und Steuererleichterungen für Betriebe.

„In addition, it must be recognized that even though government only occasionally enacts legislation primarily aimed at tourism development, the government will also set through its more

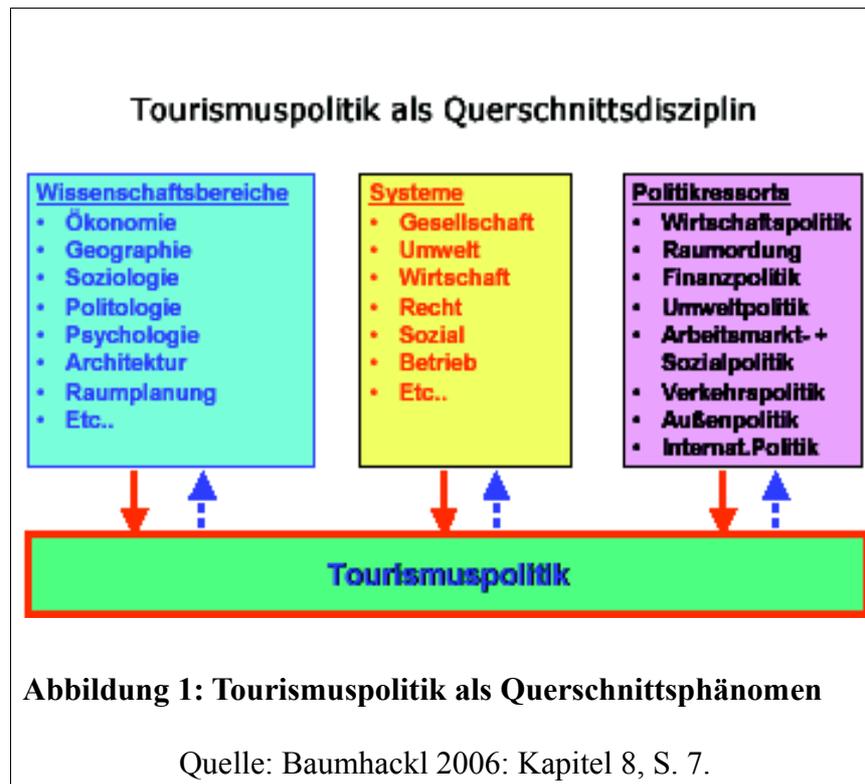
general policy decisions the general economic and regulatory parameters within the tourism industry operates“ (Hall 1994: 23).

Meistens jedoch wirken sich politische Entscheidungen nur indirekt auf den Tourismussektor aus, da tourismusrelevante Ziele nicht im Vordergrund stehen, aber mit beeinflusst werden. Indirekte Tourismuspolitik (oder auch passive Tourismuspolitik) umfasst daher oftmals die Bereiche Konjunkturpolitik, Währungspolitik, regionale Strukturpolitik, Verkehrspolitik, Umweltpolitik, Raumordnungspolitik und Kulturpolitik (vgl. Oppitz 2000: 16).

Ein prominentes und anschauliches Beispiel für indirekte Tourismuspolitik ist das Schengener Abkommen der Europäischen Union, welches das Gebiet der Unterzeichnerstaaten faktisch zum Inland macht, weil reguläre Grenzkontrollen zwischen den Ländern nicht mehr stattfinden und damit das Reisen erheblich erleichtert wird. Auch durch die Einführung des Euro ist es zu wesentlichen Kosteneinsparungen für Touristen gekommen. Der Wegfall von Wechselgebühren und Währungsrisiken erspart den Touristen und Tourismusunternehmen viel Geld, das vermutlich in zusätzliche Ausgaben beim Reisen investiert wird.

1.2.2 Tourismuspolitik – warum?

Ein wohl nicht unwesentlicher Grund weshalb Tourismuspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielt, ist wie oben bereits erwähnt das klassische Querschnittsphänomen, dass viele Politikbereiche umfasst. So ist sie etwa Wirtschaftspolitik, wenn sie wirtschaftsförderliche Wirkungen entfaltet oder Marketing-Maßnahmen ergreift. Tourismuspolitik ist Sozial- bzw. Arbeitsmarktpolitik, wenn sie sich um die Sicherung von Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten durch Tourismus bemüht oder im Zuge der Tourismusedwicklung für den Erhalt kultureller Eigenarten sowie für die Stabilisierung der Sozialstruktur einer Region eintritt. Umweltpolitische Inhalte der Tourismuspolitik zeigen sich in verschiedenen Auflagen bzw. Verboten für die Tourismuswirtschaft zum Zwecke des Erhalts der Naturlandschaft. Wegen dieser Verflechtungen bietet sich die wirksame Integration tourismuspolitischer Aspekte und Fragestellungen in die jeweiligen Politikbereiche an. Für diese lassen sich daraufhin tourismusrelevante Ziele und Anforderungen formulieren und umsetzen (vgl. Breidenbach 2002: 155).



1.3 Staat und Tourismus

[The international tourism industry] „with its different branches in the originating and receiving societies should not be regarded as a system of action that can operate autonomously, independently of established political power. Numerous interactions exist between them. States are led to play an increasingly active part in this connection , not only because they have the task of defining tourist policy in the light of national objectives, but also because they assume an increasingly important role in promotion, co-ordinating and planning, and provide financial backing. The tourism industry and the state should not be considered at odds with each other. In point of fact, it is difficult to draw a dividing line between the private sector and the public sector. Reciprocal interpenetration occurs“ (Lanfant 1980: 25).

Dass Tourismus für viele Länder, wenn er richtig geplant und organisiert ist, viele positive Effekte haben kann wird heute so gut wie nicht mehr in Frage gestellt. „Government agencies at every level from international down to small towns have adopted a progressively more active role in the use of tourism as a development tool...government agencies currently promote tourism as a panacea for underemployment in economically depressed areas“ (Smith 1989: 10). Trotzdem scheint, ungeachtet der hohen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung von Tourismus, die Beschäftigung mit Tourismus als Teil der politischen Agenda erst seit jüngerer Zeit als geläufig.

Viele Länder haben Gesetze verabschiedet, die die Rolle von nationalen Tourismusorganisationen als Ansprechpartner und Unterstützer der heimischen Tourismusindustrie definieren, die folgende Funktionen haben (vgl. Hall 1994: 25):

- wissenschaftliche Forschung und Tourismusstatistiken
- Information und Promotion im Land
- die Festlegung von Standards im Bereich Beherbergung und Restaurants
- die Kontrolle privater Reiseanbieter
- weltweites Marketing
- Hilfestellung bei technischen und juristischen Problemen.
- Internationale Beziehungen
- Förderung ausgewählter Tourismusregionen
- generelle Tourismuspolitik und Promotion

Die Formulierung von nationaler Tourismuspolitik bzw. nationalen Plänen zur Entwicklung von Tourismus betrifft jedoch nicht bloß Länder mit demokratisch gewählten Parlamenten und Regierungen, oftmals ist gerade das Gegenteil, vor allem in Entwicklungsländern mit instabilen Systemen und Strukturen, der Fall. „*Tourism is regarded as an economic escape route...for many of the less developed nations*“ (Hall 1994: 29). Wie etwa die offensiv betriebene Tourismusförderung des Militärregimes in Burma ab den 1990er Jahren oder die Tourismusentwicklung Griechenlands unter diktatorischer Herrschaft in den 1960er und 1970er Jahren, um nur zwei Beispiele von vielen zu nennen, zeigt.

Für Freyer sind insgesamt 4 Aspekte ausschlaggebend, weshalb Tourismuspolitik bzw. -planung für den Staat eine wichtige Aufgabe ist, denn in marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen ist es nicht selbstverständlich, dass öffentliche Stellen Planungsaufgaben übernehmen. Grundsätzlich gilt, dass die Koordination von Angebot und Nachfrage über die Märkte erfolgt und der Staat nur dort eingreifen hat, wo Marktkräfte versagen. Dieses Marktversagen führt zu unerwünschten Ergebnissen, die aus sozialen, politischen, ökonomischen oder anderen Ursachen nicht erstrebenswert sind. Vor allem Gemeinschaftsaufgaben, deren Bereitstellung durch privatwirtschaftliche Unternehmen nicht oder nicht ausreichend gewährleistet erscheinen, werden von öffentlichen Stellen erwartet (vgl. Freyer 2001: 270 ff.).

Tourismus ist eine politische Aufgabe

Tourismus bedeutet das Reisen in verschiedene Regionen und Länder. Jedoch sind nicht alle Länder bereit, ihre Grenzen unbeschränkt allen Besuchern zu öffnen. Sicherheitsprobleme, gesundheitliche Bedenken und Angst vor Terrorismus führen häufig zu Reisebeschränkungen. Nur, wenn von staatlicher Seite generelle Freizügigkeit und Mobilität der Bewohner und Besucher erwünscht und gewährleistet sind, wird unbeschränkter Fremdenverkehr möglich gemacht.

Reisen ist ein wirtschaftliches Phänomen

Im nationalen Bereich ist der Tourismus ein ökonomischer Faktor, der zur Verbesserung der Einkommenssituation der Gemeinden (über Steuern) und der in der Reiseindustrie Beschäftigten führt. Die regionalpolitische Bedeutung des Tourismus für strukturschwache Regionen, wo die touristische Entwicklung häufig die einzige Alternative zur Erhaltung des Wirtschafts- und Lebensraums darstellt (etwa in Bergregionen oder Küstengebieten), ist nicht zu unterschätzen. Die Ziele dieser regionalen Tourismuspolitik sind Disparitätenausgleich, Erzielung regionalwirtschaftlicher Effekte sowie Einkommens- und Beschäftigungseffekte.

Der internationale Tourismus ist ein Teil der Exportwirtschaft, der die Deviseneinnahmen und -ausgaben und damit die Stellung der nationalen Ökonomie im Welthandel beeinflusst. Da staatliche Träger in allen Ländern mehr oder weniger mit wirtschaftlichen Aufgaben betraut sind, müssen sie sich deshalb auch mit Tourismus als ökonomischen Faktor befassen. Sie fördern touristische Maßnahmen zur Erhöhung der inländischen Produktion und haben die internationalen Verflechtungen hinsichtlich der Handelsbilanz zu überwachen bzw. zu beeinflussen.

Tourismus ist ein Umweltproblem

Der Tourismus „lebt“ von der Natur, Landschaft, Städten und deren Sehenswürdigkeiten und Attraktionen. Das Erhalten und Fördern von tourismusrelevanten Umweltbedingungen ist gerade in den letzten Jahren mit gestiegenem Umweltbewusstsein in den Vordergrund getreten. Staatliche Stellen müssen der zunehmenden Umweltbelastung bzw. -zerstörung, die durch private aber auch öffentliche Investitionen entstehen, entgegenwirken, um auf diese Weise die Grundlagen des Tourismus aufrecht zu erhalten.

Tourismus ist ein soziales Problem

Reisen ist Teil der Lebensqualität, dient der Erholung, Regeneration und international betrachtet auch der Völkerverständigung. Daraus resultiert, dass es im Interesse des Staates bzw. der Gesellschaft liegt, möglichst viele Gruppen am Reisen teilhaben zu lassen. Vor allem einkommensschwache und benachteiligte Gruppen (kinderreiche Familien, Jugendaustausch, Reisen für Behinderte, etc.) sollen aus sozialpolitischen Gründen am Reiseverkehr teilnehmen können. Des Weiteren sollen alle Bürger eines Landes am Heimatort gleiche Zugangsmöglichkeiten zu touristischen Einrichtungen wie Stränden, Erholungsgebieten, Vergnügungsparks, etc. haben. Jene Personen, die durch die Auswirkungen der Reisebranche direkt negativ betroffen sind, brauchen zudem (staatlichen) Schutz vor Massentourismus, Verkehrsbelastung und „Überfremdung“ der Orte.

Eine detailliertere Analyse im Spannungsfeld von Staat und Tourismus liefert Hall, der insgesamt sieben Aufgabenbereiche der öffentlichen Tourismuspolitik ortet, wobei er Koordination, Planung, Gesetzgebung und Regulierung, staatliches Unternehmertum und Stimulation als die wichtigsten Aufgaben definiert (vgl. Hall 1994: 32ff):

1. Koordination

Die wohl wichtigste Rolle des Staates ist die Koordination der Institutionen und Policies, die mit Tourismus zu tun haben, denn ohne diese Koordination und Abstimmung der Akteure können alle weiteren tourismusrelevanten Aufgaben des Staates nur schlecht wahrgenommen werden. Dadurch soll das gezielte Einsetzen von Ressourcen erleichtert werden. Außerdem sollen Doppelgleisigkeiten zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, von der nationalen bis zur lokalen Ebene, sowie bei Interessensvertretungen der Tourismusindustrie vermieden werden.

Grundsätzlich ist zwischen administrativer Koordination und der Policy-Koordination zu unterscheiden. *„The need for administrative coordination can be said to occur when there has been agreement on aims, objectives and policies between the parties that have to be coordinated, but the mechanism for coordination is undecided or there are inconsistencies in implementation“* (Hall 1994: 33).

2. Planung

Touristische Planung tritt in unterschiedlicher Form (Tourismusentwicklung, Infrastruktur, Promotion und Marketing) sowie unterschiedlicher Struktur und Größe (vom lokalen zum internationalen Level) auf. Außerdem ist Tourismusplanung meistens kein eigenständiger Politikbereich: „*it tends to be an amalgam of economic, social and environmental considerations which reflects the diversity of the factors which influence tourism development*“ (Hall 1995: 34). Dies macht die Vielfalt der Faktoren, die die touristische Entwicklung beeinflussen, deutlich sichtbar.

Durch zunehmendes öffentliches Interesse an neuen Tourismusformen in den letzten Jahren, wie etwa die Möglichkeiten eines umweltbewussten und nachhaltigen Tourismus, ist es weltweit zur Forderung von verbesserter Tourismusplanung gekommen. Damit sollen die negativen Effekte des Tourismus eingedämmt werden. Neben den klassischen Planungsaufgaben, wie der Schaffung neuer Tourismusregionen (durch Baugenehmigungen oder der Implementierung von Beherbergungsstandards), der Festlegung von Belastungsgrenzen, der Inszenierung von kulturellen, historischen und natürlichen Tourismusattraktionen, sowie der Planung von infrastrukturellen Maßnahmen (Straßenbau, Müll- und Abwasserentsorgung) sind neue Aufgaben dazugekommen. Dazu zählen Pläne zur Verminderung der Umweltbelastung, Bedenken über die sozio-ökonomischen Auswirkungen des Tourismus in der Zielregion, sowie die stärkere Partizipation der lokalen Bevölkerung.

Generell ist festzuhalten, dass staatliches Engagement in der Tourismusplanung Perspektiven und Ziele vorgibt, ohne die eine längerfristige, positive Entwicklung des Tourismus nicht oder nur schwer möglich ist. Es geht um den Ausgleich von Interessen (Schiedsrichterfunktion des Staates) und die Umsetzung koordinierter Strategien. Jedoch ist eine längerfristige Planung nur schwer möglich, da im Tourismusbereich oftmals nicht beeinflussbare Faktoren (Umweltkatastrophen, politische Spannungen, Terrorismus, etc.) auftreten.

3. Gesetzgebung und Regulierung

Der Staat hat verschiedene legislative und regulative Möglichkeiten, die die Tourismusindustrie direkt oder indirekt treffen: Passregelungen, Visabestimmungen, internationale Luftfahrtsabkommen, Landnutzungsregelungen, Arbeits- und Lohnpolitik, Umwelt- und Steuergesetze, etc. Dies beeinflusst die Entwicklung des Tourismus sowohl auf lokaler, wie auch nationaler Ebene.

Die Tourismusindustrie vertritt weitgehend den Standpunkt, dass gewisse Bereiche zwar einer Regulierung unterworfen werden sollen und dies ausschließlich zur Unterstützung und Förderung dient, aber auf keinen Fall einschränkend wirken soll. Es wird oft von Deregulierung, verstärktem

Wettbewerb und dem Wirken der freien Marktkräfte gesprochen.

„However, while governments face demands from most of the tourism industry for deregulation, governments themselves have simultaneously called for increased regulation of tourism. Probably the most prominent source of demands for tourism industry regulation is from the environmental lobby“ (Bramwell/Lane 1993: 6).

Dadurch, dass Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes im Tourismusbereich zumeist mit sehr hohen Kosten in Verbindung stehen, die sich nicht sofort für die Unternehmen rentieren, braucht es Regelungen des Staates, um gewisse Umweltstandards durchzusetzen. Tourismusbetriebe investieren lieber in kurzfristig profitable Bauten wie etwa dem Neubau eines Swimming Pools als in kostenintensive, jedoch langfristig sinnvollere Maßnahmen wie etwa der Einrichtung eines umweltschonenderen Abwassersystems.

4. Staat als Unternehmer

Der Staat tritt seit langem in einer unternehmerischen Funktion im Tourismus auf, besonders als Finanzier und Unternehmer im Bereich der Infrastruktur und der Personenbeförderung (Autobahnbau, Beteiligung an Airlines, Betrieb von Eisenbahnen, etc.). Die Bereitstellung von Infrastruktur, vor allem die von gut funktionierenden und schnellen Verkehrswegen, wird als einer der wichtigsten Punkte für die Entwicklung einer Tourismusdestination angesehen. Der Besitz von Airlines durch den Staat, sogenannte *flag carriers*, ist zwar in letzter Zeit wegen finanzieller Probleme stark zurückgegangen, jedoch ist es vor allem für kleine Tourismusdestinationen (wie etwa Inselstaaten) immer noch von großer Bedeutung durch eigene Airlines Anschluss am internationalen Flugverkehr zu haben. Dadurch entzieht man sich der Abhängigkeit vom oftmals sehr wenigen Airlines, die die gesamte touristische Entwicklung eines Landes steuern können. Außerdem ist der Staat durch die Finanzierung von Museen und Theatern der zentrale Akteur im Kulturbereich.

5. Stimulation

Insgesamt gibt es drei Möglichkeiten wie der Staat den Tourismussektor „stimulieren“ kann:

- Bereitstellung von finanziellen Förderungen, wie billigen Krediten oder steuerlichen Begünstigungen bei Investitionen im Tourismusbereich
- Erarbeitung von Statistiken, sowie Unterstützung und Sponsoring wissenschaftlicher

Tourismusforschung als allgemeine Maßnahme zur positiven Entwicklung der Tourismusindustrie

- Marketing, Promotion und Einrichtung von Servicestellen als Instrument zur Nachfragesteigerung von touristischen Produkten

6. Sozialtourismus

„Social Tourism has become a recognized component and legitimate objective for modern tourism. By extending the physical and psychological benefits of rest and travel to less fortunate people it can be looked upon as a form of preventative medicine“ (Murphy 1985: 24)

Sozialtourismus bezieht sich auf die staatliche Unterstützung von sozial benachteiligten Gruppen wie Arbeitslosen, AlleinerzieherInnen, PensionistInnen, behinderten Menschen, etc., um am Tourismus teilzunehmen (z.B. Kuraufenthalte, Urlaubsunterstützung).

Vor allem in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas war staatlich gesponsertes Reisen und Erholung der wesentliche Motor der inländischen Tourismuskonsumnachfrage. Mit durchschnittlich zweiwöchigen Erholungsaufenthalten sollte die physische und psychische Kraft der arbeitenden Bevölkerung wiederhergestellt werden. Durch Jugendcamps oder gewerkschaftlich organisierten Aufenthalten sollte aber auch politische Erziehung im Sinne des Kommunismus, sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt verfestigt werden.

7. Staat als Interessensvertreter- bzw. –bewahrer

Hierbei geht es um die Bewahrung lokaler Interessen durch den Staat gegenüber der Tourismusindustrie, vor allem um den Ausgleich verschiedener Interessen und Werte, um vorrangig nationale Ziele zu erreichen. Jedoch muss Tourismuspolitik auch hier, wie bereits erwähnt, im breiteren Kontext von Wirtschafts-, Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltpolitik betrachtet werden.

1.4 Verflechtungen von Tourismus und Politik

Ein näherer Blick auf mögliche Zusammenhänge zwischen Tourismus und Politik zeigt, dass es viele verschiedene Möglichkeiten der Verflechtung von Tourismus und politischen Aspekten in

Urlaubsdestinationen gibt.

1.4.1 Sicherheit und politische Stabilität bzw. Instabilität

„Political stability is one of the essential prerequisites for attracting international tourists to a destination. Violent protests, civil war, terrorist actions, the perceived violations of human rights, or even the mere threat of these activities, will serve to cause tourists to cancel their vacations“ (Hall 1994: 92).

Die vermehrten Krisenberichte im Tourismus der letzten Jahre zeigen, dass die häufig genannten „vier S“ des Tourismus (*sea, sex, sand, sun*) um das Thema Sicherheit erweitert werden müssen. Dabei erkennt man, dass politische Sicherheit einen größeren Einfluss und längerfristige Auswirkungen auf Urlaubsplanung und Destinationen hat als mögliche Naturkatastrophen wie etwa Erdbeben oder Hurricanes (vgl. Richter 1992: 36).

Sicherheit und Stabilität sind Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Partizipation von Staaten am internationalen Tourismusgeschäft (vgl. Standl 2003: 641). Politische Konflikte hemmen nach Job/Weizenegger die Nachfrage, denn Sicherheit ist der von der Tourismusindustrie und TouristInnen am häufigsten wahrgenommene Aspekt, wenn es um den Zusammenhang von Tourismus und Politik in den Urlaubsländern geht (vgl. Job/Weizenegger 2003: 633).

Der Mangel an Sicherheit wird einerseits behindert durch politisch motivierte Gewaltakte, die direkt gegen TouristInnen verübt werden, wobei diese meistens nicht nur zufälliges Opfer sondern ein wichtiger Akteur und Spielball zwischen den verschiedenen politischen Gruppen darstellen. Andererseits bestimmen terroristisch motivierte Anschläge (auch gegen Touristeneinrichtungen) heute das Weltgeschehen mehr denn je. Durch gezielte Angriffe auf touristische Orte wollen die TerroristInnen auf ihre Ziele und Forderungen international aufmerksam machen und so Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben bzw. erhöhen. Die internationale mediale Aufmerksamkeit bei solchen Ereignissen bedeutet klarerweise einen herben Rückschlag in der Nachfrage bestimmter Länder oder Regionen. Das oftmals langfristig aufgebaute Image einer sicheren Destination kann dadurch natürlich sehr leicht zerstört werden.

Die durch einzelne Terroranschläge oder andere Katastrophenereignisse im Tourismussystem ausgelösten Irritationen sind jedoch zumeist kurz und heftig und halten somit selten länger an, Störungen werden relativ schnell ausgependelt und vergessen (vgl. Vester 2001: 5).

Wenn Destinationen aber längerfristig durch politische Instabilität in der internationalen

Medienberichterstattung negativ betrachtet werden ist der Imageverlust und somit das Ausbleiben der Reisenden nur äußerst schwer abzuwenden.

Mangelnde Sicherheit und das Ausbleiben von TouristInnen kann unterschiedliche Ursachen haben. Prinzipiell sind aber fünf Dimensionen von politischer Gewalt bzw. Instabilität im Zusammenhang mit Tourismus auszumachen: Krieg, Staatsstreiche (Coups), Terrorismus, Aufstände sowie Streiks (vgl. Hall 1994: 93):

- Als Folge von einzelnen, global bedeutenden politischen Ereignissen, die den Tourismus nachhaltig beeinflussen, kann es zu einem Nachfragerückgang der TouristInnen kommen. In letzter Zeit sind dies der Irak-Krieg, die Anschläge des 11. Septembers 2001 und die generelle Angst vor wahllosen terroristischen Anschlägen, die einen Einbruch der weltweiten TouristInnenzahlen bewirkt haben (vgl. Vester 2001: 3).
- Ein Rückgang der TouristInnenzahlen aus Sicherheitsgründen kann auch mit innenpolitischen Unruhen, wie etwa ein Bürgerkrieg in den jeweiligen Staaten zusammenhängen. Aktuelle und historische Beispiele dafür lassen sich genügend finden, wie etwa der Bürgerkrieg auf Sri Lanka oder die Kriegswirren im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er-Jahren (vgl. Stock 1997: 63).
- TouristInnen können aber auch direkt in die Konflikte involviert sein. Oft haben *„militante Gruppen den Tourismus als Angriffsobjekt entdeckt, mit dem sich wirksamer Druck auf die jeweiligen Regierungen und Regime ausüben lässt“* (Stock 1997: 64). Dabei werden touristische Einrichtungen zum Ziel terroristischer Anschläge wie etwa der Anschlag auf Bali 2002, wodurch über 200 Menschen ums Leben gekommen sind. Auch TouristInnenentführungen gelten als Beispiel dafür, wie der Tourismus als Druckmittel eingesetzt werden kann, zumal solche Ereignisse meist mit einer großen internationalen Medienberichterstattung verbunden sind (vgl. Stock 1997: 64).

Innen- wie außenpolitische Sicherheit und Stabilität von Staaten und Regionen sind Grundvoraussetzungen für deren erfolgreiche Partizipation am internationalen Tourismusgeschäft. Jedoch liegen aber vor allem zahlreiche Entwicklungsländer in geopolitisch instabilen Regionen. Vor allem afrikanische Länder hatten es äußerst schwer, sich in den internationalen Tourismusmarkt zu integrieren, da dort zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes zahlreiche Stellvertreterkriege geführt wurden. Andere Entwicklungsländer, die sich bereits als florierende internationale Reiseziele etablieren konnten, fielen wiederum aus dem Markt heraus, weil TouristInnen dort erheblichen Sicherheitsrisiken ausgesetzt waren, wie beispielsweise in Sri Lanka, wo über zwei Jahrzehnte ein ethnisch bedingter Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen tobte (vgl. Standl 2003: 641).

Viele westliche Regierungen (in der Regel die Außenministerien) sprechen angesichts dieser Entwicklungen Reisewarnungen für entsprechende Länder aus. In Japan existiert darüber hinaus das sogenannte *Handbook for Safeties overseas*. Die darin enthaltenen Reisewarnungen werden von der Bevölkerung sehr ernst genommen. Deshalb kann der Tourismus in Staaten mit großem Anteil an japanischen TouristInnen innerhalb kürzester Zeit komplett einbrechen (vgl. Stock 1997: 69).

Auch die USA haben ein ähnliches System, indem sogenannte *Don't Go Areas* auflistet werden, wobei jedoch laut Stock die mangelnde Objektivität zu kritisieren ist. Politisch nahe stehende Staaten werden nicht erwähnt, auch dann wenn die Sicherheit der BürgerInnen aufgrund von Terrorangriffen oder politischen Unruhen nicht immer gewährleistet werden kann (z.B. Israel, Mexiko oder Ägypten). Andere Länder wiederum, vor allem sozialistisch geprägte Länder wie etwa Kuba finden sich trotz vergleichsweise geringer Gefahr immer wieder unter den *Don't Go Areas* (vgl. Stock 1997: 96ff).

Es gibt aber auch Länder, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen ihre Tourismuszahlen stets steigern konnten. Das beste Beispiel dafür bietet Thailand, das sich sowohl trotz zahlreicher Konflikte in der Region (Burma, Vietnam und Kambodscha) sowie mehrerer Militärcoups innerhalb des Landes am internationalen Tourismusmarkt gut positionieren konnte.

Die touristische Entwicklung Thailand's kann durchaus als Folge politischer Entscheidungen betrachtet werden, denn sie begann während des Vietnam Krieges, wo thailändische Destinationen als sogenannte *Rest and Recreation Centres* für die amerikanischen SoldatInnen aufgebaut wurden. Nach Ende des Krieges wurden diese dann für den internationalen Tourismus weiterverwendet und zum führenden Wirtschaftszweig ausgebaut.

„During this period it has had several military coups, but most have been bloodless and the continuity provided by the monarchy has meant that the international media have paid very little attention to the jockeying for power at the top. As the former head of the Tourism Authority of Thailand put it: Most tourists are quite familiar with Thailand's unique ability to solve its internal problems without any serious incidents“ (Richter 1992: 41).

1.4.2 Tourismus und Menschenrechte

Tourismus kann in engem Zusammenhang mit Menschenrechten und deren Verletzung stehen. Dies gilt insbesondere für Entwicklungsländer, wo Menschenrechte oft wenig zählen oder

Regierungen ihre Macht missbrauchen. Aber auch in Industriestaaten könne die Menschenrechte aufgrund von Tourismus eingeschränkt sein, vor allem indigene Völker sind davon häufig betroffen (vgl. Käsler 2004: 38)

Oftmals sind Reisende vor die heikle Entscheidung gestellt, ob sie auf eine Reise in bestimmte Länder verzichten sollen, in denen offenkundig Menschenrechte verletzt werden. Vielleicht im Wissen darum, dass TouristInnen mit ihren Ausgaben vor Ort unbeabsichtigt menschenrechtsverachtende Regime stützen können oder ganz einfach, weil das Wissen um Menschenrechtsverletzungen sich denkbar schlecht mit der Vorstellung von Ferien verträgt (vgl. Plüss 1998: 1).

In der öffentlichen Debatte der Reiseentsendeländer werden Menschenrechtsverletzungen, die im direkten Zusammenhang mit Tourismus stehen, bislang wenig bis gar nicht thematisiert. Als Folge von rücksichtsloser Tourismusedwicklung kommt es unter anderem immer wieder zu Landenteignungen für touristische Großprojekte, Entzug von kostbaren Ressourcen wie Wasser für Swimmingpools und Golfplätze, Verlust von Arbeitsgrundlagen für FischerInnen und BäuerInnen durch die Absperrung von Stränden und Kokoshainen, Zerstörung von Lebensgrundlagen durch die Betonierung von Agrarland und Küstenstreifen, sowie eine gravierende Umweltverschmutzung zum Beispiel durch Dünger und Pestizide auf Golfanlagen, die das Grundwasser ganzer Dörfer vergiften. Außerdem werden oftmals die elementarsten politischen Rechte verletzt, wie das Recht auf Selbstbestimmung und auf demokratische Partizipation an Entscheidungen über die eigene Zukunft sowie das Recht auf ein Leben in Freiheit und Würde, wenn die übelsten Formen der Ausbeutung, insbesondere der sexuellen Ausbeutung von Kindern, in Betracht gezogen werden. Diese Auswirkungen von Tourismusedwicklungen sind hinlänglich bekannt, doch werden sie kaum im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte um Menschenrechte gebracht. Bislang gibt es aber keine entsprechende Stelle bzw. einen Mechanismus im komplexen Gebäude der Menschenrechtsgremien der Vereinten Nationen, wo begangene Verstöße im Zusammenhang mit Tourismus vorgebracht werden können. Nur die sexuelle Ausbeutung von Kindern zu kommerziellen Zwecken wurde im Rahmen einer UN-Arbeitsgruppe als moderne Form der Sklaverei bezeichnet. Kinderprostitution und -handel, im Zusammenhang mit Tourismus, finden Eingang in die regelmäßigen Länderberichte zur Einhaltung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes, die 1990 in Kraft gesetzt wurde und seither von den meisten Ländern der Welt ratifiziert worden ist (vgl. Plüss 1998: 2).

Außerdem gibt es seit einigen Jahren den sogenannten „Ethikkodex für den Tourismus“ (Global Code of Ethics) der Welttourismusorganisation (WTO), der ungefähr 130 Länder, staatliche Behörden sowie VertreterInnen der Tourismusindustrie angehören. Es bleibt jedoch fraglich in wie

weit solche Bemühungen Auswirkungen auf die Menschenrechtssituation in Zusammenhang mit Tourismus haben.

Die angeführten Auswirkungen des Tourismus betreffen vor allem Bereiche die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, in den beiden völkerrechtlich verbindlichen Menschenrechtspaketen von 1966 über die bürgerlichen und politischen Rechte sowie über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und in der 1986 von der UNO verabschiedeten Erklärung über das Recht auf Entwicklung explizit als unantastbare Rechte jedes Menschen benannt werden. Weitere relevante Eckpfeiler der internationalen Regelungen bezüglich Tourismus und Menschenrechte sind die UN-Übereinkommen gegen die Diskriminierung der Frau, Übereinkommen gegen Rassendiskriminierung, Recht von indigenen Völkern, Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die erstmals auf dem Umweltgipfel in Rio verabschiedeten Konventionen zum Klima und der biologischen Vielfalt, die spezifisch auf Nachhaltigkeit, also der Sicherung der Lebensgrundlagen für gegenwärtige und künftige Generationen, abzielen (vgl. Plüss 1998: 2).

Lange Zeit betrachtete man im Zusammenhang mit Tourismus nur die bürgerlichen Rechte oder Menschenrechte der „Ersten Generation“, jedoch sind gerade Vergehen gegen soziale und wirtschaftliche Menschenrechte von großer Bedeutung. Hierbei bedarf es einer Weiterentwicklung: Neben den klassischen bürgerlichen und den sozialen und wirtschaftlichen Rechten muss in touristischen Belangen auch das Recht auf Frieden, Entwicklung, Schutz der Umwelt und Anteil am gemeinsamen Menschheitserbe miteinbezogen werden (vgl. Käsler 2004: 38).

Den von menschenrechtsverletzenden Bestimmungen betroffenen Gruppen, wie etwa Landlose, indigene Völker, bedrohte KleinbäuerInnen oder im Tourismus tätige Kinder, fehlen aber oft Ausbildung und Mittel, um ihren Anliegen Gewicht und Gehör zu verschaffen (vgl. Plüss 1998: 2ff).

1.4.3 Exkurs: Reiseboykott - ein sinnvolles Druckmittel? Beispiel Burma

„Auch für Touristen gibt es Zeiten zu kommen und Zeiten, nicht zu kommen“.

(Aung San Suu Kyi, burmesische Oppositionsführerin, Friedensnobelpreisträgerin 1991 in: Payer 2001: Kapitel 20.1, o.S.)

Als historisch berühmtestes Beispiel gilt der Aufruf zum Reiseboykott gegen Südafrika in den 1970er und 1980er Jahren, der als Teil einer ganzen Wirtschaftsboykott-Strategie in Absprache mit der südafrikanischen Opposition gegen das Apartheidregime eingesetzt wurde (vgl. Plüss 1998: 1)

Burma/Myanmar ist sicherlich das in letzter Zeit bekannteste Beispiel in Zusammenhang mit der Diskussion um Menschenrechte und Tourismus. Dabei wurde von verschiedenen NGO's und ExilburmesInnen, sowie der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi immer wieder gefordert, den aufstrebenden und von der Militärregierung geförderten Tourismus zu boykottieren.

„Das direkte Ersuchen der demokratischen Bewegung an uns, nicht in das Land zu reisen, unterscheidet Burma von anderen Fällen. Im Falle Tibets sagte der Dalai Lama kürzlich, dass es hilfreich sei, wenn die Touristen hingingen. Anders Burmas demokratisch gewählte oppositionelle Führung: Ich hoffe, ihr könnt eines Tages in unser Land zurückkommen wenn die Menschen nicht mehr in Angst leben. Burma wird es viele Jahre geben, also sagt euren Leuten, sie sollen uns später besuchen. Ein jetziger Besuch läuft auf stillschweigendes Dulden des Regimes hinaus, so die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi“ (Marsh o.J: o.S.).

Die Rolle des Tourismus

Seit 1948 ist die ehemalige britische Kolonie Burma unabhängig. Von Anfang an ist der südostasiatische Vielvölkerstaat von politischer Instabilität geprägt, 1962 kommt es zum Militärputsch und General Ne Win ergreift die Macht im Land.

Das herrschende Militärregime hat den einst größten Reisexporteur zu einem der ärmsten Länder der Welt heruntergewirtschaftet. Heute ist Burma wirtschaftlich von China abhängig und BurmesInnen bleibt der Großteil von demokratischen Grundrechten verwehrt. Freie Meinungsäußerung, freie Wahlen und die Möglichkeit sich frei zu bewegen gibt es nicht, auch die Menschenrechte werden von der Militärjunta systematisch missachtet und verletzt. Politische Gefangene, Entführungen, Folter und Zwangsarbeit stehen an der Tagesordnung (vgl. Baumgartner 2004: 10).

Bis in die 1990er Jahre schottete sich Burma mittels strenger Einreisegesetze gegen ausländische TouristInnen ab, die sich gar nicht oder höchstens nur ein bis zwei Wochen in einigen Landesteilen aufhalten durften. Doch der wirtschaftliche Aufschwung anderer südostasiatischer Länder, wie etwa Thailand, durch die Tourismusentwicklung, brachte auch das Militärregime dazu, sich touristisch zu vermarkten. Die Regierung hatte damit den Tourismus als Devisenbringer, als Mittel zur Machterhaltung und zur Finanzierung von Waffeneinkäufen entdeckt (vgl. Käsler 2004: 61).

Seit 1990 versucht nun die Junta, durch eine Tourismusoffensive, ein „Goldenes Bild“ von Burma vor die Wirklichkeit zu schieben. Zwischen 1990 und 1996 wurden zehntausende Menschen gewaltsam und ohne Entschädigung aus ihren Häusern und ihrer Heimat vertrieben, damit Gebiete

für den Tourismus erschlossen werden konnten. Auch ethnische Minderheiten, die sich gegen die touristische Erschließung wehrten, wurden ebenfalls vertrieben. Zwangsarbeit wird in den ethnischen Minderheitsgebieten regelmäßig als gängiges Mittel zur Bestrafung von Aufständischen eingesetzt. Auch zum Bau von touristischer Infrastruktur und Großprojekten, so mussten etwa 20.000 Menschen den Graben des *Mandalay Palace* reinigen, aber auch für den Straßenbau, Flughäfen und Eisenbahnstrecken wurden und werden ZwangsarbeiterInnen eingesetzt. 1996 war der Großteil der Arbeiten beendet und das Militär startete seine Werbeoffensive mit dem Motto: *Visit Myanmar* (vgl. Baumgartner 2004: 10).

Boykottmaßnahmen

Während das Militärregime noch das *Visit Myanmar Year 1996* plante, deckten internationale Medien und Nichtregierungsorganisationen auf, wie die Tourismusentwicklung in Burma forciert wurde. Boykottaufrufe gegen Reisen nach Burma wurden laut und gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen rief die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi dazu auf, nicht in ihr Heimatland zu reisen, denn der Hauptteil der Einnahmen aus dem Tourismus fließt direkt in die Taschen der Generäle. Außerdem sei der Tourismus eine Art moralische Unterstützung für die Junta, da das Militär glaubt, die internationale Gemeinschaft habe nichts gegen die von ihm stets verübten Menschenrechtsverletzungen einzuwenden. Die TouristInnenankünfte verstünde es als Beweis, dass seine Taten von der Welt akzeptiert werden (Käsler 2004: 63ff).

Kleine wie auch große Organisationen riefen zum Reiseverzicht auf, die Tourismusindustrie war aber geteilter Meinung. Reiseveranstalter aus Australien, England und der Schweiz verzichteten auf eine Aufnahme von Burma in ihre Programme, deutsche Fluglinien und Reiseveranstalter nahmen aber im Jahr 1996 Flüge in die Hauptstadt Rangoon auf (vgl. Stock 1997:67).

Ausnahmslos alle Gruppen und NGO's beziehen die Legitimität ihrer Position aus der Haltung des *NCUB (National Council of the Union of Burma)*, der *NLD (National League for Democracy)* und ihrer Sprecherin Aung San Suu Kyi, die v.a. laut der NGO *Burma Campaign* bis zum heutigen Tag an ihrem grundsätzlichen Aufruf an TouristInnen, nicht nach Burma zu reisen, solange die Regierung nicht zu ernsthaften Verhandlungen mit den Oppositionsparteien bereit ist, festhält (vgl. Baumgartner, Leuthold, Predota 2003: 16). Laut dem burmesischen Tourismusminister hat der Aufruf zum Reiseboykott dem Auftakt des *Visit Myanmar Year* sehr geschadet, denn die Tourismuszahlen seien weit hinter den Erwartungen geblieben (vgl. Stock 1997: 68).

2001 kam die Idee eines Boykotts wieder vermehrt ins Gespräch, da der australische Reiseführer Verlag Lonely Planet eine neue Auflage seines Burma-Reiseführers auflegte. Britische

Nichtregierungsorganisationen wie *Tourism Concern* oder *Burma Campaign* starteten eine Kampagne gegen Lonely Planet und wiesen darauf hin, dass Urlaub in Burma Menschenleben kosten könne. Jedoch muss Lonely Planet zu Gute gehalten werden, dass auf die politische, soziale und humanitäre Lage im Land hingewiesen wird und auch Pro- und Contra-Argumente für bzw. gegen einen Tourismus nach Burma vorgebracht werden (vgl. Käsler 2004: 64ff).

2003 war der vorerst letzte Höhepunkt der Boykottkampagnen internationaler NGO's. Diese konzentrierten sich auf die österreichische Fluglinie Lauda Air, die 2002 den ersten europäischen Direktflug in die burmesische Hauptstadt aufnahm.

Außerdem zogen sich aufgrund der internationalen Kampagnen große Hotelketten, wie die französische Accor-Gruppe, und große Reiseveranstalter, wie Kuoni, von der Destination Burma zurück und strichen das Land aus ihren Angeboten. Sowohl wirtschaftliche als auch moralisch-ethische Aspekte waren der Hauptgrund für diese Entscheidung (vgl. Käsler 2004: 65).

Argumente für und gegen Tourismus nach Burma

In diesem Teil meiner Arbeit möchte ich auf die Pro- und Contra-Argumente bezüglich des Tourismus nach Burma eingehen. Als wichtige Quelle ziehe ich dazu die Studie der österreichischen NGO *respect – Institut für integrativen Tourismus und Entwicklung* heran. Zwei Mitarbeiter von *respect* waren 2003 für einige Zeit in Burma um sich genau mit diesem Thema auseinander zusetzen. Dabei möchte ich gleich vorwegnehmen, dass die Studie sowohl positive, als auch negative Aspekte des Tourismus nach Burma beinhaltet.

Argumente gegen einen Tourismus nach Burma (vgl. Baumgartner/Leuthold/Predota 2003: 46):

- Die Militärregierung Burmas betreibt mit einem *Golden Myanmar-Tourismus* eine Verschleierungstaktik gegenüber den wahren Zuständen im Land (Zwangsarbeit, Kinderarbeit, systematische Einschüchterung und Vertreibungen, Umsiedlung der Bevölkerung, Frauen- und Mädchenhandel, Unterdrückung, keine freie Meinungsäußerung, kein freier Handel, keine freie Bewegungsmöglichkeit für die Bevölkerung u.a.m.). Ein Tourismus, der hierauf anspricht, fördert diese Politik.
- Tourismusprojekte wurden und werden teilweise durch Zwangsarbeit realisiert. Tourismus, der dies unhinterfragt hinnimmt, heißt diese Wirtschaftsweise für gut.
- Tourismus ist ein wichtiger Devisenbringer für die Militärdiktatur. Etwa 12% der Einnahmen aus privaten Tourismusunternehmen und 100% der Einkünfte aus staatlichen Hotels und Einrichtungen gehen direkt an das Militärregime. Tourismus finanziert damit zum Teil die

Militärdiktatur.

- Die politische Opposition innerhalb und außerhalb Burmas unterstützt den generellen wirtschaftlichen Boykott des Landes. Ein darin inkludierter Tourismus-Boykott wäre ein politisches Zeichen für eine demokratische Bewegung für Burma.

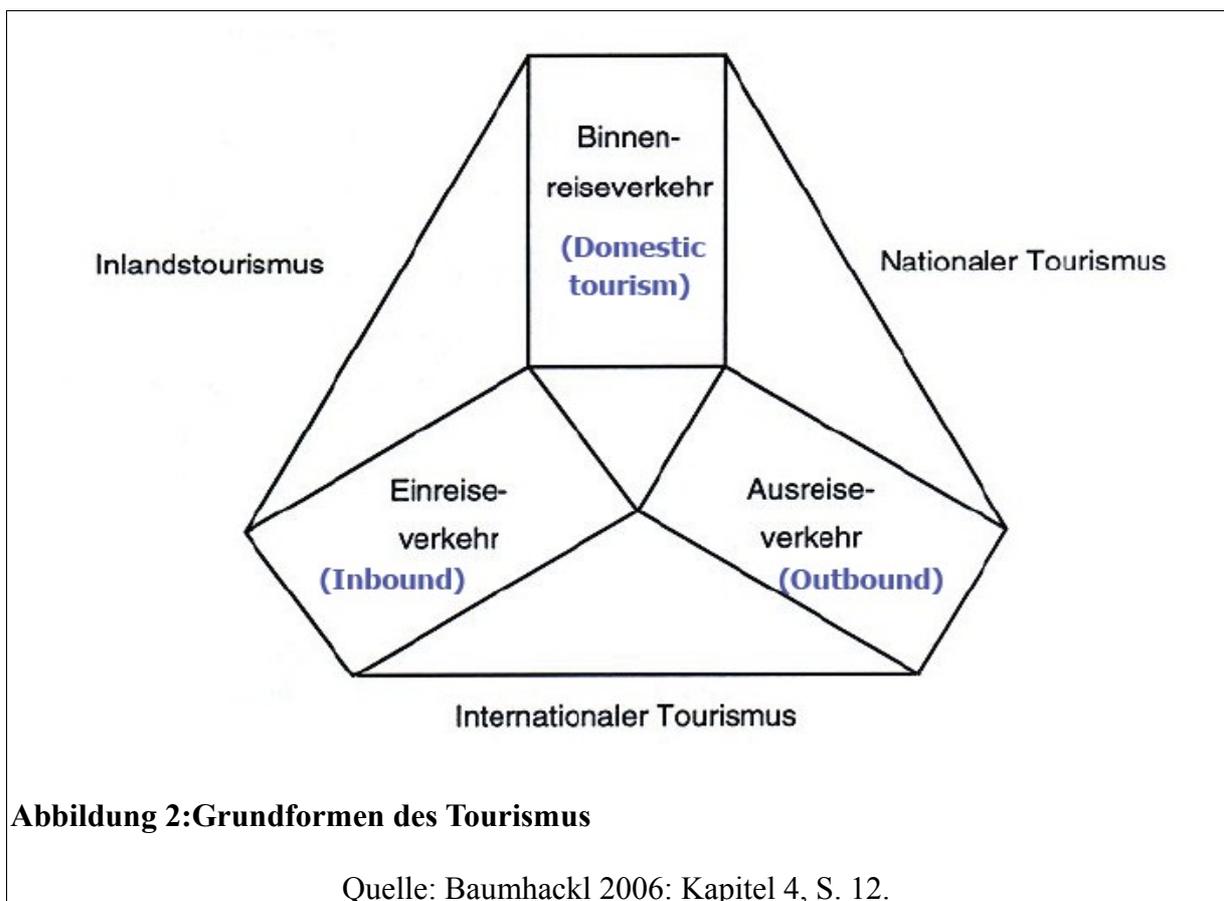
Argumente für einen Tourismus nach Burma (vgl. Baumgartner/Leuthold/Predota 2003: 47ff):

- Laut *respect* teilen nicht alle BurmesInnen die Meinung der Opposition. Sie wünschen sich mehr TouristInnen in Burma, denn sie profitieren von dieser kleinen Teil-Öffnung des Landes (als Angestellte im Tourismus, als Einkommensquelle).
- Tourismus schafft alternative Einkommensquellen. Ein genereller Tourismusboykott, der von den größten Quellländern nicht unterstützt wird, bleibt großteils ohne Effekt. Dieser Boykott wird die herrschende Militärjunta kaum unter Druck bringen, da Burma offiziell Mitglied von *ASEAN (Association of South East Asian Nations)* ist und dadurch die Nachbarländer, als auch das befreundete China, dabei sicherlich ihre Unterstützung entziehen würden.
- Die Zusammenarbeit mit internationalen Tourismusunternehmen kann für Einheimische Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, sowie Anschluss am internationalen Diskurs schaffen (Internet, Kontakte mit Reisenden). Tourismus kann zu alternativen Einkommen, Arbeitsplätzen sowie Bildung führen.
- Politisch informierte Reisende können Ungerechtigkeiten wahrnehmen und zuhause thematisieren. So kann durch öffentliches Interesse eine andere Wirtschaftsweise gefördert werden.

2. Zahlen und Fakten des internationalen Tourismus

2.1 Wachstumsindustrie Tourismus

Um das touristische Aufkommen vergleichbar zu machen, sind internationale, grenzüberschreitende Touristenankünfte eine enorm wichtige Größe. Unter internationalem Tourismus versteht man den gesamten Ein- und Ausreiseverkehr aller Reisenden. Einreiseverkehr (Inbound Tourism) bezieht sich auf im Ausland wohnende Personen, die in ein anderes Land reisen. Ausreiseverkehr (Outbound Tourism) bedeutet, dass im Inland wohnende Personen ins Ausland reisen. Der Binnenreiseverkehr (Domestic Tourism) betrifft im Inland wohnende Personen, die innerhalb des eigenen Landes reisen (vgl. Baumhackl 2006: Kapitel 4, 12.). Im Zusammenhang mit dem Tourismus in Entwicklungsländern wird der primäre Fokus auf den Einreiseverkehr (Inbound Tourism) gerichtet sein.



2.2 Push-Faktoren der touristischen Entwicklung

Seit einigen Jahrzehnten ist der Tourismussektor zur „Wachstumsindustrie Nr.1“ geworden. Jährliche Zuwachsraten im touristischen Aufkommen, die Ausweitung der Destinationen und Angebote zeigen den Wandel vom elitären Reisen zum modernen Massentourismus. Folgende Pushfaktoren sind für diese Entwicklung verantwortlich (vgl. Baumhackl 2006: Kapitel 4, 31 ff.):

- Veränderte Mobilitätsbedingungen und Kapazitäten vor allem durch technologische Entwicklungen im Transportwesen (Auto, Flugzeug, Bahn).
- Veränderungen im Zeitbudget/Zeitstrukturen (Zunahme der zusammenhängenden Freizeit, insbesondere der Urlaubszeit).
- Steigerung des Wohlstandes und rasante Erhöhung des Haushaltseinkommens in den westlichen Industriestaaten.
- Politische Entscheidungen, insbesondere erleichterte Ein- und Ausreisebedingungen.
- Zunahme des touristischen Angebotes durch die Erschließung neuer Destinationen.
- Neue Kommunikations- und Medientechnologie (CRS – Computerreservierungssysteme, Internet).
- Organisatorische Veränderungen der Reisebranche, unter anderem durch die fortschreitende Globalisierung der Tourismuswirtschaft.

2.3 Aktuelle Trends

In den letzten sechs Jahrzehnten ist der Tourismus zu einem der größten, dynamischsten und am schnellst wachsenden Wirtschaftszweige der Welt geworden. Mit der Zeit haben immer mehr Länder oder Destinationen im Tourismus investiert. Auch für viele Entwicklungsländer ist er die Haupteinnahmequelle, primäres Exportgut und Devisenbringer (vgl. UNWTO 2008: 2)

Die Statistiken der WTO (World Tourism Organization) oder auch UNWTO genannt (United Nations World Tourism Organization) zeigen einen Anstieg der internationalen Touristenankünfte von 25 Millionen im Jahr 1950 auf über 900 Millionen im Jahr 2007, dies bedeutet eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 6,5 Prozent. Dabei verzeichneten zu Beginn der Aufzeichnungen insgesamt nur 15 Destinationen 98% der Ankünfte (westeuropäische Länder). In den 1970er Jahren waren es 75% und im Jahr 2007 entfielen „nur“ mehr 57% auf die 15 Topdestinationen. Vor allem der touristische Ausbau vieler Entwicklungsländer trug zu diesem Wandel in den letzten Jahrzehnten bei (vgl. ebd.).

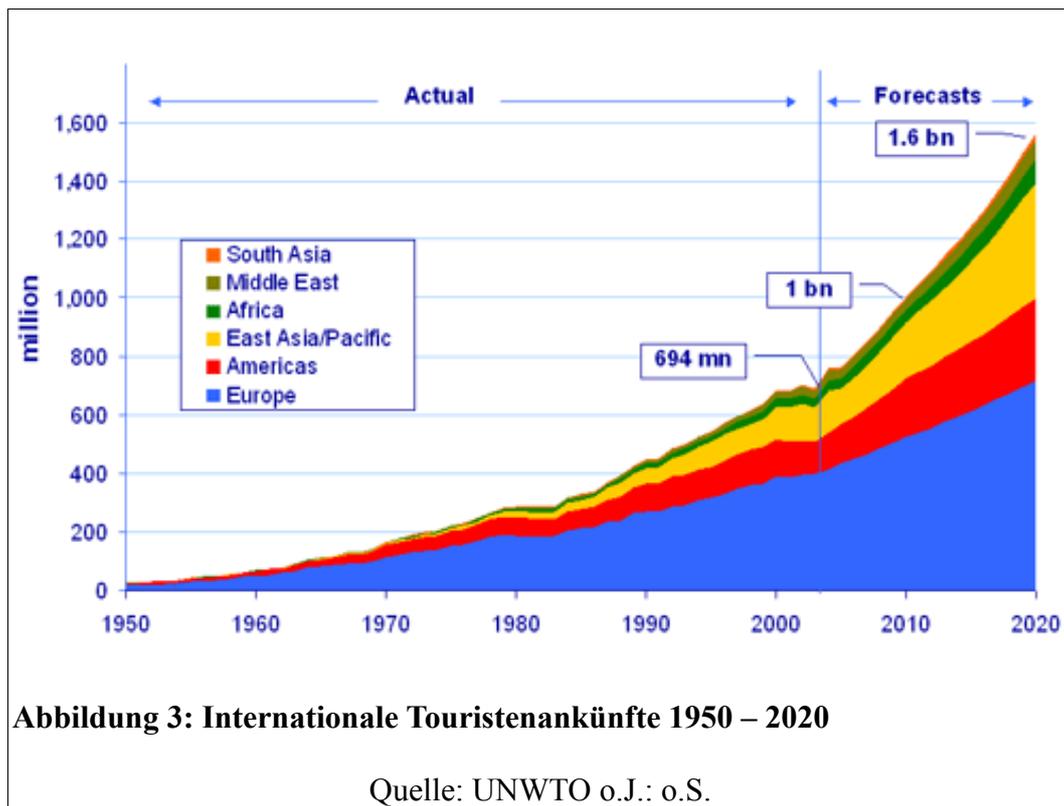


Abbildung 3: Internationale Touristenankünfte 1950 – 2020

Quelle: UNWTO o.J.: o.S.

Das trotz verschiedener Krisen anhaltende Wachstum im Tourismus belegen die Zahlen von 1995 bis 2007. In diesem Zeitraum gab es ein durchschnittliches Wachstum von jährlich 4 Prozent, obwohl es zwischen 2001 und 2003 zur Stagnation wegen terroristischer Anschläge (9/11), Krankheiten wie SARS und genereller Konjunkturschwächung kam. Auch die Erhöhung der Treibstoffpreise und Naturkatastrophen (Erdbeben, Hurricanes, Tsunami in Süd- und Südostasien) konnten diese Entwicklung nur gering beeinflussen bzw. dämpfen (vgl. UNWTO 2008: 2). Zwischen 2004 und 2007 kam es sogar zu einem überdurchschnittlich hohen Wachstum von weltweit 7 Prozent (vgl. UNWTO 2009: 4).

Die globale Finanzkrise der letzten Monate wird zwar kurz- bis mittelfristig auch im Tourismus zu spüren sein, längerfristig rechnet die WTO aber trotzdem mit weiterhin stetigem Wachstum, denn 2010 soll erstmals die 1 Milliarden Marke der Tourismusankünfte erreicht werden. Bis 2020 sollen es bereits 1,6 Milliarden Ankünfte sein. Diese Entwicklung soll vor allem durch das Aufkommen von den sogenannten *emerging markets*, wie China oder Indien, erreicht werden (vgl. UNWTO 2008: 2).

2.4 Tourismusankünfte nach Großregionen

	International Tourist Arrivals (million)						Market share (%)	Change (%)		Average annual growth (%)
	1990	1995	2000	2005	2006	2007*	2007*	06/05	07*/06	'00-'07*
World	436	536	683	803	847	903	100	5.5	6.6	4.1
Europe	262.6	311.3	393.5	440.3	462.2	484.4	53.6	5.0	4.8	3.0
Northern Europe	28.6	35.8	43.7	52.8	56.4	57.6	6.4	6.8	2.2	4.0
Western Europe	108.6	112.2	139.7	142.4	149.5	154.9	17.1	5.0	3.6	1.5
Central/Eastern Europe	31.5	60.6	69.4	87.8	91.5	95.6	10.6	4.2	4.5	4.7
Southern/Mediterr. Eu.	93.9	102.7	140.8	157.3	164.8	176.2	19.5	4.7	7.0	3.3
Asia and the Pacific	55.8	81.8	109.3	154.6	167.0	184.3	20.4	8.0	10.4	7.8
North-East Asia	26.4	41.3	58.3	87.5	94.3	104.2	11.5	7.7	10.6	8.6
South-East Asia	21.1	28.2	35.6	48.5	53.1	59.6	6.6	9.4	12.2	7.6
Oceania	5.2	8.1	9.2	10.5	10.5	10.7	1.2	0.4	1.7	2.2
South Asia	3.2	4.2	6.1	8.1	9.1	9.8	1.1	11.8	8.2	7.1
Americas	92.8	109.0	128.2	133.4	135.8	142.5	15.8	1.9	4.9	1.5
North America	71.7	80.7	91.5	89.9	90.6	95.3	10.6	0.8	5.2	0.6
Caribbean	11.4	14.0	17.1	18.8	19.4	19.5	2.2	3.4	0.1	1.9
Central America	1.9	2.6	4.3	6.4	7.1	7.7	0.9	9.9	9.6	8.6
South America	7.7	11.7	15.3	18.2	18.7	19.9	2.2	2.8	6.4	3.9
Africa	15.2	20.1	27.9	37.3	41.4	44.4	4.9	11.0	7.4	6.9
North Africa	8.4	7.3	10.2	13.9	15.1	16.3	1.8	8.4	7.9	6.8
Subsaharan Africa	6.8	12.8	17.7	23.3	26.3	28.2	3.1	12.6	7.1	6.9
Middle East	9.6	13.7	24.4	37.8	40.9	47.6	5.3	8.2	16.4	10.0

Abbildung 4: Touristenankünfte nach Großregionen

Quelle: UNWTO 2008: 3.

Wenn man die internationalen Touristenankünfte nach Großregionen betrachtet erkennt man sofort, dass über die Hälfte aller Ankünfte in Europa stattfinden (2007 waren es 484,4 Millionen bzw. 53,6%). Zentral- und Osteuropa haben innerhalb der Großregion Europa das stärkste Wachstum zu verzeichnen.

Innerhalb Amerikas stellen die USA, Mexiko und Kanada den Großteil der Ankünfte (71,7 Millionen), die restlichen 21 Millionen betrafen 2007 die Karibik, Zentral- und Südamerika. Das durchschnittliche Wachstum der letzten Jahre beträgt 1,5% für die gesamte Region.

Die aufstrebendsten Regionen der letzten Jahre sind vor allem der Mittlere Osten, mit einer

durchschnittlichen Wachstumsrate von 10% zwischen 2000 und 2007 und der asiatisch-pazifische Raum mit 7,8% im selben Zeitraum. Afrika folgt mit einem durchschnittlichen Wachstum von 6,9%. Da sich in diesen Regionen fast ausschließlich Entwicklungsländer befinden, lässt sich der immer wichtiger werdende Stellenwert des Tourismus für diese Länder alleine anhand der Zahlen der letzten Jahre erkennen.

3. Tourismus in Entwicklungsländern

3.1 Überblick

Für die Entwicklungsländer ist der Tourismus in den letzten drei Jahrzehnten zu einem immer bedeutenderen Wirtschaftsfaktor geworden. Bis in die 1980er-Jahre war der Anteil an den internationalen Touristenankünften noch bei ca. 10%, in den letzten Jahren stieg dieser Anteil laut der World Tourism Organization auf mittlerweile 40%. In jedem dritten Entwicklungsland ist der Tourismus sogar schon zur wichtigsten Deviseneinnahmequelle geworden (vgl. Job/Weizenegger 2003: 629).

Hohes Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit, Armut, Verschärfung sozialer und räumlicher Disparitäten, zunehmende Ressourcenzerstörung, Zahlungsbilanzdefizite, Verschuldungsprobleme und damit verbunden wachsende politische Instabilität kennzeichnen viele Entwicklungsländer und veranlassen sie dazu, alle zur Verfügung stehenden Potentiale zur Überlebenssicherung einzusetzen. Dazu zählen auch die für den Tourismus nutzbaren Potentiale wie ökologisch intakte, „unberührte“ Landschaften oder „exotische“ Kulturen und Völker. Viele Länder sehen durch die verstärkte Förderung des Tourismus die Chance, ihren Anteil am Welttourismus zu erhöhen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, denn oftmals ist das touristische Angebot das einzig konkurrenzfähige Produkt am Weltmarkt (vgl. Vorläufer 1996: 1).

Diese Entwicklung lässt sich auch im Zuwachs bei den Tourismuseinnahmen erkennen. Vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs – Least Developed Countries) ist dieser deutlich höher als innerhalb der OECD-Staaten oder EU-Mitgliedsländer. Die LDCs erreichten zwischen 1990 und 2000 einen Zuwachs von 45 Prozent, die Entwicklungsländer von fast 20 Prozent und die OECD-Länder von 18 Prozent. Lässt man die Produktion von Erdöl außer Acht, dass nur in drei LDCs eine bedeutende Rolle spielt, so ist Tourismus bereits zur führenden Quelle für Exporterlöse geworden (vgl. Luger 2006: 130).

Der Ausbau des Tourismus verlief in den verschiedenen Großregionen der Welt sehr unterschiedlich und steht im engen Zusammenhang mit den jeweiligen Herkunftsgebieten der TouristInnen. Zunächst wurden die nahe gelegenen Zielgebiete bereist, wie etwa Nordafrika von Europa und Zentralamerika von den USA und Kanada aus. Erst ab den 1960er-Jahren werden die Langstreckenziele mit einer Flugdauer von 12 Stunden und länger vermehrt angeboten und bereist. Außerdem sind mit Japan, Australien und Neuseeland sowie den südost- und ostasiatischen Schwellenländern neue aufstrebende Quellgebiete des

Entwicklungsländertourismus entstanden. UNWTO Prognosen gehen davon aus, dass sich ab 2010 die Region Ostasien/Pazifik zur zweitwichtigsten Herkunfts- als auch Zieldestination, nach Europa, entwickelt (vgl. Job/Weizenegger 2003: 632).

3.2 Entwicklungstheorien und Tourismus

Zu Beginn der 1950er-Jahre etablierten sich die Entwicklungstheorien als eigenständige Disziplin, wobei die Entwicklungsdiskussion in ein neues Stadium eintrat. Ausgangspunkt war die weltpolitische Situation dieser Zeit (Ausbruch des Ost-West-Konflikts, Dekolonialisierung). Die Systemkonkurrenz zwischen der Sowjetunion und der USA (Kapitalismus versus Sozialismus) brachte verschiedene Entwicklungsstrategien hervor. Die Sowjetunion versuchte den Sozialismus als Modell für andere, noch nicht industrialisierte Länder, in Form einer sozialistischen Revolution durchzusetzen. Die USA wiederum konzipierten Entwicklungsmodelle für die Entwicklungsländer, um diese mittels gesellschaftlicher Modernisierung, Industrialisierung und Wirtschaftswachstum näher an den Westen heranzuführen (vgl. Matis/Bachinger 2003: 16).

Sowohl der Wachstum als auch die Auswirkungen des Tourismus auf den Entwicklungsprozess der Länder der sogenannten Dritten Welt werden seitdem äußerst kontrovers diskutiert. Der forcierte Ausbau dieses für viele Länder wichtigen Wirtschaftssektors, führt zu einer stärkeren Integration in die Weltwirtschaft. Die daraus folgenden ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Effekte prägen die wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Kontroversen über die Vor- und Nachteile des Entwicklungsländer-Tourismus seit den 1960er-Jahren (vgl. Baumhackl/ Habinger et al. 2006: 7).

Vorläufer unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Phasen der Diskussion des Entwicklungsländertourismus seit den 1960er-Jahren, die parallel mit den damals aktuellen entwicklungstheoretischen Paradigmen einhergingen und im Folgenden erläutert werden.

3.2.1 Euphoriephase/Modernisierungstheorie

Die Modernisierungstheorie ist im Hinblick auf die Entwicklungspolitik eine der wichtigsten Theorien. Obgleich ebendiese nicht als eine homogene Theorie zu verstehen ist, da sich im Laufe der Jahre die verschiedensten Ansätze herausgebildet haben. In diesem Zusammenhang sind einerseits die kapitalistisch-liberalen Herangehensweisen eines Max Webers oder David Ricardos

zu erwähnen oder aber auch die marxistischen Ansätze und ihre Imperialismustheorie. Insbesondere die Stufentheorie von Walt W. Rostow, die zu den konservativ-antikommunistischen Ansätzen zählt, wurde zu Beginn der 1960er-Jahre ein wichtiger Ausgangspunkt in der entwicklungstheoretischen Diskussion (vgl. Kolland 2003: 57ff).

In seinem Hauptwerk „The Stages of Economic Growth“ (1960) formuliert Rostow fünf universale Stufen, die alle Gesellschaften durchlaufen haben bzw. die Entwicklungsländer noch durchlaufen werden (vgl. Matis/Bachinger 2003: 17):

1. Traditionelle Gesellschaft
2. Vorbedingungen des wirtschaftlichen Aufstiegs
3. take-off
4. Entwicklung zur Reife
5. Zeitalter des Massenkonsums

Rostows Konzept war als Gegenstück zur marxistischen Entwicklungsstrategie angelegt und sollte als Ziel eine moderne Industriegesellschaft im Zeitalter des Massenkonsums (nach us-amerikanischen Vorbild) haben (vgl. ebd.).

Im Zusammenhang mit Tourismus sind diese Vorstellungen der ökonomischen Wachstums- und Wirtschaftsstufentheorien bzw. Modernisierungstheorien *„gekennzeichnet durch eine optimistische, ja zum Teil euphorische Bewertung fast nur der wirtschaftlichen Wirkungen des Tourismus“* (Vorlaufer 1996: 4). Der Tourismus wurde als ein Instrument angesehen, um in Entwicklungsländern mit touristischen Ressourcen ein Wirtschaftswachstum und daraus folgend eine an den Industrieländern orientierte, nachholende Entwicklung in relativ kurzer Zeit zu erreichen (vgl. ebd.).

Es wurde davon ausgegangen, dass bei einer gezielt geplanten touristischen Entwicklung die wirtschaftlichen Vorteile die erkennbaren Nachteile ausgleichen *„und der Tourismus in einer Gesamtrechnung zur Wohlfahrt der Bevölkerung beitragen würde. Ursache des Status der Unterentwicklung sei letztlich fehlendes ökonomisches Wachstum und in dessen Folge eine mangelnde demokratische Reife“* (Baumhackl/Habinger et al. 2006: 7).

Von dieser Sichtweise aus betrachtet bedeutet Tourismus eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt, sowie die Möglichkeit des Wechsels von Menschen aus der traditionellen Subsistenzwirtschaft in den modernen Dienstleistungssektor. Devisen-, Beschäftigungs-, Infrastruktur- und Multiplikatoreffekte und der Aspekt der Völkerverständigung („ideale“ Form der Entwicklungshilfe) waren die vorrangigen Argumente für das Forcieren der touristischen

Entwicklung (vgl. ebd.). Diese rein ökonomisch geprägte Sichtweise hat soziale, kulturelle, politische und ökologische Aspekte jedoch weitgehend ausgeblendet bzw. die Vorteile als so groß erachtet, dass die Nachteile dieser Entwicklung dadurch ausgeglichen würden (vgl. Vorläufer 1996: 6).

3.2.2 Ernüchterungsphase/Dependenztheorie

„Als Gegenposition zur dominanten Modernisierungstheorie formierte sich - von Lateinamerika ausgehend - seit den 1950er Jahren die Dependenztheorie“ (Matis/Bachinger 2003: 18).

Durch die Definition des ursprünglichen Namens *dependencia* (span. für Abhängigkeit) lässt sich der zentrale Ansatz der Theorie herleiten. Dieser umfasst die im Kolonialismus historisch gewachsenen Abhängigkeiten der Entwicklungsländer, auch Peripherie genannt, von den als Zentren bezeichneten Industrieländern und folglich die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den internationalen Beziehungsmustern. Die Theorie entstand im entwicklungspolitischen Umfeld der 1950er und 1960er-Jahre als Gegenparadigma zur Modernisierungstheorie, als die durch den Entwicklungsoptimismus geprägte Formel, Entwicklung = Wirtschaftswachstum = Industrialisierung nicht mehr zu fruchten schien (vgl. Fischer/Hödl/Parnreiter 2003: 19).

Ursache dieses Ungleichgewichts sind laut den DependenztheoretikerInnen externe Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die teilweise bereits seit Jahrhunderten bestehen und folgenreiche gesellschaftliche Deformationen bewirkt haben. Die bekannteste Schrift dürfte Andre Gunder Franks *"Die Entwicklung der Unterentwicklung"* (1969) sein. Franks zentrale These ist, dass *„Unterentwicklung kein Ergebnis von Rückständigkeit, sondern Konsequenz einer Hierarchisierung des Weltmarktes in Zentren oder Metropolen (=Industrieländer) und in die Peripherie (= Entwicklungsländer). Nur durch die massiven Werttransfers aus den heute unterentwickelten Regionen der Welt sei die industriell-kapitalistische Entwicklung des Nordens möglich geworden. Gleichzeitig wurde aber damit eine eigenständige Entwicklung der peripheren Länder unterbunden“* (Matis/Bachinger 2003: 18).

Die parallel dazu ab den 1970er-Jahren beginnende zweite Phase der Diskussion rund um den Tourismus in Entwicklungsländern war von diesen damals hoch aktuellen dependenztheoretischen Ansichten geprägt. Zu dieser Zeit hatten sich mehr und mehr Entwicklungsländer bereits als Fernreiseziele etabliert und die Negativauswirkungen des Tourismus wurden auf verschiedenen Ebenen sichtbar. Die wirtschaftlichen Erwartungen der Euphoriephase schienen sich nicht zu verwirklichen und auch die sozialen, kulturellen, politischen und vermehrt auch die ökologischen

Auswirkungen des Entwicklungsländertourismus wurden diskutiert (vgl. Vorlaufer 1996: 6).

DependenztheoretikerInnen sahen *„im Tourismus weniger eine Möglichkeit zur Entwicklung als eine zur Aufrechterhaltung der Unterentwicklung. Die Tourismusindustrie in den Entwicklungsländern wird durch die reichen Länder dominiert, die den Großteil der Einkünfte aus dem Tourismusgeschäft lukrieren. Von einem polit-ökonomischen Standpunkt aus werden die internationalen Terms of Trade und die Macht ausländischer Investoren als Ursache für die Abhängigkeit verantwortlich gemacht (Baumhackl/Habinger et al. 2006: 7ff.)*.

Vor allem die Abhängigkeit der Länder von den Global Players der Reiseindustrie (Hotelketten, Reiseveranstalter, Fluglinien) und damit in Zusammenhang die Austauschbarkeit der Reiseziele, sowie die geringen Möglichkeiten eines eigenständigen Entwicklungsweges waren die Hauptkritikpunkte. Außerdem fördere der Tourismus eine Entwicklung zur Unterentwicklung, beschleunigt die politische, soziokulturelle und wirtschaftliche Marginalisierung großer Bevölkerungsteile und verfestigt undemokratische bzw. totalitäre Regime (vgl. Baumhackl/Habinger et al. 2006: 8).

Die Anhänger dieser Sichtweise halten eine *„Entwicklung für die Dritte Welt nur dann für möglich , wenn die Entwicklungsländer sich auch über den Reiseverkehr vom Weltmarkt abschotten oder nur einen Tourismus der kleinen Zahl erlauben“* (Vorlaufer 1996: 6). Außerdem rückten sie die Folgeprobleme des Tourismus wie Umweltbelastung bzw. -verschmutzung, sozio-ökonomische und räumliche Ungleichheit, sowie wachsende kulturelle Entfremdung der Bereisten erstmals ins Zentrum der Diskussion.

3.2.3 Strategie des angepassten Tourismus

Die dritte Phase der Entwicklungsländerdiskussion im Tourismus setzte ca. ab Mitte der 1980er-Jahre ein und kennzeichnet eine Abkehr von den vorangegangenen Extrempositionen (Euphorie- und Ernüchterungsphase). Aufgrund zahlreicher Studien kam man zum Schluss, dass weder positive noch negative Pauschalbewertungen, auch aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern, vertretbar sind und ab etwa 1985 setzte sich eine partielle Synthese der Positionen der beiden Lager durch. Selbst die VertreterInnen des dependenztheoretischen Ansatzes lehnten den Entwicklungsländertourismus nicht mehr vollständig ab, sondern versuchten durch die Propagierung neuer Reiseformen zu einem umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu kommen, also weg von der Kritik und hin in Richtung einer angepassten Strategie der Tourismusedwicklung (vgl. Vorlaufer 1996: 7).

Aber auch die seit dem Brundtland-Report (1987) aufkommende Diskussion um die Nachhaltigkeit von Entwicklung trug zu dieser neuen Sichtweise bei:

„Fast jedes wichtige Reiseland propagiert, zumindest verbal und auch als Komponente der Vermarktungsstrategie, den Öko-Tourismus als ein zentrales Element fremdenverkehrswirtschaftlicher Entwicklung“ (Vorlaufer 1996: 7).

In Folge dieser einsetzenden Nachhaltigkeitsdebatte kam es ab den 1990er-Jahren zu weiteren neuen Ansätzen die klar die Entwicklungsperspektive der bereisten Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Dazu zählen etwa die Konzepte des *Community Based Tourism* oder des *Green Tourism*, die die Verbesserung der Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung, sowie ökologische Aspekte des Tourismus in den Mittelpunkt rückten (vgl. Baumhackl/Habinger et. al 2006: 9).

Ab dem Jahr 2000 hat der Tourismus außerdem Eingang in entwicklungspolitischen Strategien zur Armutsbekämpfung gefunden. Laut UNWTO ist der Tourismus in den 49 ärmsten Ländern der Welt (LDCs) inzwischen zur wichtigsten Deviseneinnahmequelle geworden (vgl. Baumhackl/Habinger et al. 2006: 9). *„Als ST-EP Initiative (Sustainable Tourism – Eliminating Poverty) haben die UNWTO und UNCTAD diesen Ansatz unter dem Titel Pro-Poor Sustainable Tourism in die Diskussion gebracht und die (multilateralen) Entwicklungshilfeorganisationen nachdrücklich und mit Erfolg zum Handeln aufgefordert“ (ebd.).*

3.3 Positive und negative Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern

Zumeist bleibt Tourismus nicht ohne Auswirkungen. Es gibt sowohl positive als auch negative Effekte des Entwicklungsländertourismus in den Zielregionen, anhand denen die Pro und Contra – Diskussion geführt wird. Jede Form des Reisens verändert lokale Gegebenheiten, daher versucht Tourismusplanung im entwicklungspolitischen Kontext die negativen Auswirkungen zu minimieren und die Veränderungen durch den Tourismus im Interesse der Betroffenen und lokalen Bevölkerung zu gestalten (Baumgartner 2004: 1). Tabelle 1 stellt die wichtigsten Argumente in Stichpunkten gegenüber:

	Positive Effekte	Negative Effekte
Ökonomisch	<ul style="list-style-type: none"> – Steigerung des BIP – Verbesserung der Zahlungsbilanz – höhere Steuereinnahmen – Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen – Deviseneffekte – Beschäftigungseffekte – Multiplikatoreffekte – Ausbau der Infrastruktur – regionale Entwicklungsimpulse und damit Disparitätenabbau – Entfaltung unternehmerischer Qualifikationen – Adoption von Innovation – Wandel und Dynamisierung der Wirtschaftsstruktur 	<ul style="list-style-type: none"> – erhöhter Devisenabfluss durch teure Importe – Gefahr der Monostrukturierung und Abhängigkeit – extreme Saisonalität des Arbeitsplatzangebots – vorwiegend einfache Beschäftigungsmöglichkeiten – Preissteigerungen – Inflation – Ungleicher Zugang zu Infrastruktur, Infrastruktur ohne Nutzen für die Allgemeinheit – Verdrängung überkommener Wirtschaftszweige
Sozio-kulturell	<ul style="list-style-type: none"> – Interkulturelle Begegnung/Völkerverständigung – Erhalt von kulturellem Erbe, Traditionen und Baudenkmalern – Restaurierung und Schutz historischer Stätten – Wiederbelebung von traditionellen Techniken des Kunsthandwerks – Stärkung der eigenen Identität – Erlernen fremder Sprachen 	<ul style="list-style-type: none"> – Akkulturation – Airport-Art (nur scheinbar traditionelle Kunstgegenstände für den Tourismus) – (Kinder-)Prostitution – Anstieg von Kriminalität – Betteln – Kommerzialisierung der Gastfreundlichkeit und Traditionen – Segregation zwischen Gewinnern und Verlierern im Tourismus – unangepasstes Konsumverhalten (Demonstrationseffekt) – steigende soziale Kosten – Imitation der Kulturen der Touristen
Ökologisch	<ul style="list-style-type: none"> – Reisemotiv Landschaftsästhetik als Anreiz zur Unterschutzstellung von Gebieten – Tourismus finanziert Naturschutz – Erhalt von Reservaten – verstärkter Natur-, Denkmal- und Umweltschutz 	<ul style="list-style-type: none"> – infrastrukturbedingte Effekte: Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Eingriff in (empfindliche) Ökosysteme, Flächenzerschneidung und -versiegelung – aktivitätsbezogene Effekte: z.B. Zerstörung von Korallen durch Ankern/Tauchsport, Verhaltensänderung von Wild in Schutzgebieten – Ressourcenverbrauch – Luftbelastung durch Abgase – Müllentsorgungsprobleme – Abwasserprobleme

Tabelle 1: Positive und negative Auswirkungen des Tourismus

Quelle: in Anlehnung an Job/Weizenegger 2003: 635; Vorlaufer 1996: 128; Toschner 2008: 64 ff.

Ob Tourismus nun positiv oder negativ wirkt kann außerdem davon abhängig sein, in wie weit er konzentriert oder dispers, stationär oder mobil, segregativ oder integrativ organisiert ist. Bei stationären bzw. konzentrierten Formen wie dem Strand- oder Badeurlaub sind die Negativwirkungen räumlich begrenzt und damit besser regulierbar. Regionale Disparitäten können sich hingegen bei stationären Tourismusformen eher intensivieren als bei mobilen Formen des Tourismus. Segregative Reiseformen („Ghettoisierung der Touristen“) in nach außen hin abgeschotteten Enklaven, minimieren wiederum die Kontakte mit der einheimischen Bevölkerung und dadurch auch sogenannte Akkulturationseffekte, jedoch eröffnet dies auch weniger Gelegenheiten zum gegenseitigen Austausch und Kennenlernen (Job/Weizenegger 2003: 636).

3.3.1 Ökonomische Auswirkungen

„Mit der Förderung des Tourismus werden von allen Entwicklungsländern primär wirtschaftliche Ziel verfolgt, wie die Verbesserung der Zahlungsbilanz, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Einkommenssteigerungen und der Abbau räumlicher und sozialer Disparitäten“ (Vorlauffer 1996: 127).

Insbesondere für kleine und ressourcenarme Länder ohne alternative Exportmöglichkeiten ist der Tourismus wichtiger Devisenbringer und von enorm großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Dabei hat sich häufig eine primär auf den Tourismus ausgerichtete, oft sogar monostrukturelle Wirtschaft entfaltet, die häufig mehr als 50% des gesamten BIPs beiträgt. Bei diesen hohen wirtschaftlichen Kennzahlen wird auch der Staatshaushalt vieler Entwicklungsländer wesentlich durch die Einnahmen von Steuern und Gebühren aus dem Tourismus getragen und erlaubt deshalb auch Investitionen zur Befriedung der Grundbedürfnisse der einheimischen Bevölkerung, wie etwa schulische oder medizinische Versorgung. Jedoch ist die mit jeder ökonomischen Monostruktur verbundene Gefahr einer zu großen Abhängigkeit eines Landes oder einer Region von nur einem Wirtschaftszweig äußerst bedenklich. Andererseits haben gerade Mikro- oder Inselstaaten kaum Möglichkeiten einer Diversifizierung ihrer Wirtschaft und so kann auch eine neu einsetzende touristische Entwicklung bereits vorhandene Monostrukturen aufbrechen und ein dynamischer ökonomischer Strukturwandel eingeleitet werden, der neue Möglichkeiten der Beschäftigung schafft (vgl. Vorlauffer 1996: 127ff.).

Auch der Ausbau von Infrastruktur steht oft in Zusammenhang mit touristischen Maßnahmen, um den Gästen ein barrierefreies, schnelleres und angenehmeres Reisen zu ermöglichen. Der Bau von Straßen, Ausbau von Bahnnetzen und Flughäfen, Verbesserung der Elektrizitäts- und

Wasserversorgung, sowie ein Ausbau des Kommunikationsangebotes (Medien, Internet, Fernsehen) kommt dabei nicht bloß den TouristInnen zu gute, sondern sollte so angelegt sein, dass die einheimische Bevölkerung davon genauso profitiert.

Um überhaupt eine Expansion des Tourismus zu erreichen ist eine Investition in die Infrastruktur oftmals bereits Vorbedingung zur Positionierung einer Destination am internationalen Tourismusmarkt. In der Regel übersteigen zunächst die anfänglichen Kosten den wirtschaftlichen Nutzen. Dies kann sich aber schnell ins Positive verändern, wenn auch der heimischen Bevölkerung und anderen Wirtschaftszweigen, die Nutzung der geschaffenen Infrastruktur möglich ist. Jedoch sind die hohen Investitionskosten oftmals nur durch die touristische Nutzung vertretbar. Über direkte touristische Einnahmen, wie Flughafengebühren oder Zahlungen bei der Ein- bzw. Ausreise, wird die Finanzierung vieler Maßnahmen mitgetragen, die oft eine Voraussetzung für den nationalen und regionalen Wachstum oder auch der engeren Einbindung des Landes in die Weltwirtschaft sind. Oftmals sind diese Verbesserungen der Infrastruktur auch die Basis einer verstärkten innerstaatlichen Integration, wie etwa durch den Tourismus geschaffene rentable Flug- oder Fahrzeiten (vgl. Vorlauffer 1996: 130).

Zahlungsbilanz – Tourismus als Devisenquelle

Eine hohe Bedeutung kam dem Tourismus schon immer in Hinblick auf die außenwirtschaftliche Situation eines Landes zu. Charakteristisch für viele Entwicklungsländer ist eine negative Zahlungsbilanz im Außenhandel.

Zumeist steigt der Bedarf an Importen drastisch an. Demgegenüber steht aber nur eine minimale Zunahme der Exporterträge, was insgesamt zu einer Zunahme der Auslandsverschuldung führt (vgl. Toschner 2008: 68). Diese Situation verschlechtert sich außerdem dadurch, dass durch die Verschlechterung der *Terms of Trade*, viele Entwicklungsländer immer mehr (vor allem Rohstoffe) exportieren und dafür immer weniger Industriegüter importieren können. Der Anteil der exportbedingten Erlöse, vor allem für Rohstoffe, sinkt tendenziell. Dies und extrem schwankende Exportpreise verschärfen weiterhin die außenwirtschaftliche Situation vieler Entwicklungsländer weiter (vgl. Vorlauffer 1996: 132). Daher versuchen mehr und mehr Länder den permanenten Devisenabfluss, der durch Importüberschüsse der meisten Länder der Dritten Welt gekennzeichnet ist, durch Einnahmen aus dem Tourismus auszugleichen (vgl. Freyer 1988: 314).

Mit ihren natürlichen und kulturellen touristischen Attraktionen verfügen viele Entwicklungsländer über ein konkurrenzfähiges Produkt und folglich gute Voraussetzungen für einen (unsichtbaren) Export von Gütern und Dienstleistungen. Positiv zu betrachten ist, dass diese Attraktionen im

hohen Maße standortgebunden sind und nur an wenigen Orten, oftmals sogar einzigartig, angeboten werden. Zudem kann der reichlich vorhandene Produktionsfaktor „Arbeit“ infolge niedriger Löhne kostengünstig für die Tourismuswirtschaft und damit für den Export eingesetzt werden.

Ein weiterer Vorteil gegenüber dem Export von Industriegütern ist jener, dass die KonsumentInnen, also die TouristInnen, selbst an den Ort der Leistungserstellung kommen und hier diese in der Regel nicht transportierbaren Leistungen konsumieren müssen. Die Risiken und Kosten des Transports zwischen Produktions- und Konsumationsstandort entfallen bzw. werden von den TouristInnen getragen. Hinzu kommt noch der unmittelbare Kontakt der Tourismusindustrie zu ihren KonsumentInnen, der ein schnelleres und flexibleres Reagieren auf die Bedürfnisse und Wünsche möglich macht (vgl. Vorlaufer 1996: 133).

Ein Nachteil des Tourismus in Entwicklungsländern ist die hohe Sickerrate (englisch: leakage). Die Sickerrate gibt darüber Auskunft, welcher Anteil der touristischen Einnahmen für Waren, Dienstleistungen, Sach- und Humankapital wieder ins Ausland zurückfließen (vgl. Toschner 2008: 69).

Für machen Länder kann dieser Anteil bis zu 70% der Einnahmen betreffen, jedoch ist dies immer vom sozioökonomischen Entwicklungsstand, der Importabhängigkeit, der Struktur der Unternehmen (inländisch, ausländisch) und von der Tourismusart (Pauschalismus, Rucksacktourismus, etc.) abhängig (vgl. Baumhackl 2006: Kapitel 4, 90).

Grundsätzlich sind folgende Faktoren für die Höhe der Sickerrate ausschlaggebend (vgl. Spreitzhofer 1995: 49):

- Gewinntransfers der ausländischen Gesellschaften, die in die Tourismusbranche eines Landes investiert haben.
- Devisenkosten für Investitionsgüter, wie Baumaterialien, sanitäre Einrichtungen, Möbel, Küchenausstattungen, Klimaanlage, Flugzeuge und Kraftfahrzeuge.
- Einfuhr von Konsumgüter für die Touristen: etwa Kaffee, Whiskey, Frühstücksbutter, Mineralwasser, Fleisch und Getreide, Getränke wie Coca Cola oder Bier.
- Devisenausgaben für Tourismuswerbung in den Herkunftsländern der Touristen.
- Gehälter ausländischer Führungskräfte in der Tourismusbranche.

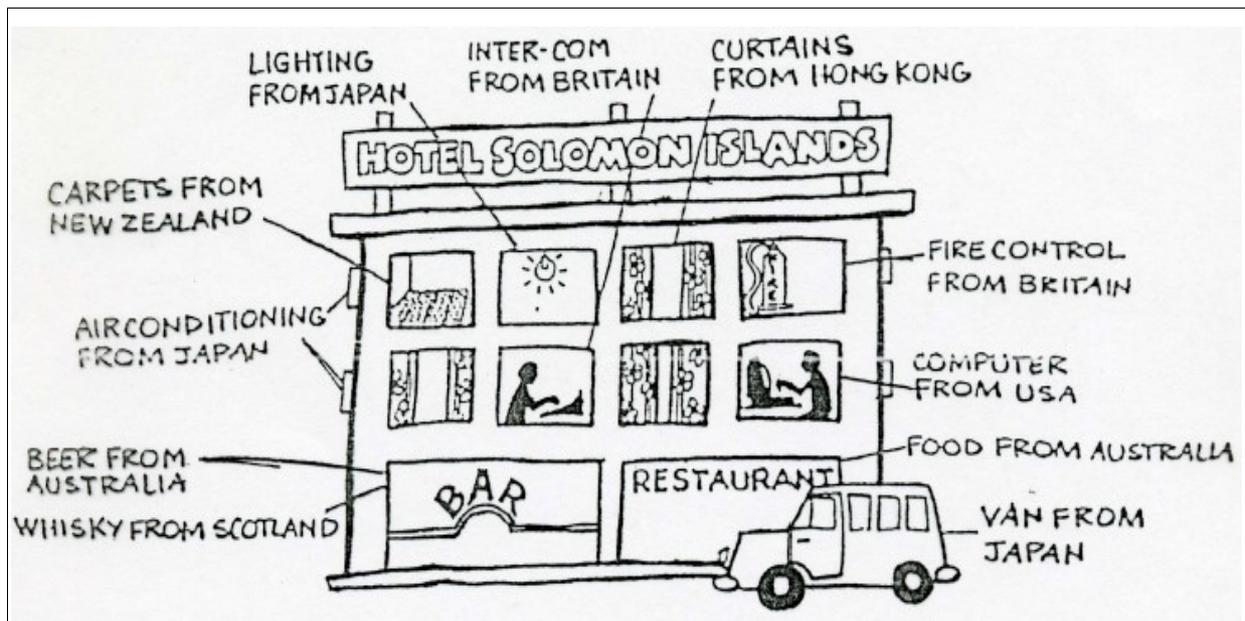


Abbildung 5: Einflussfaktoren der Sickerrate

Quelle: Baumhackl 2006: Kapitel 4, S. 90.

Beschäftigung und Einkommen

Ein weiteres Beurteilungskriterium für die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ist sein Anteil bzw. Beitrag zur Beschäftigungssituation der Volkswirtschaften. Das Einkommensniveau vieler Entwicklungsländer wird durch die Nachfrage nach touristischen Gütern und Dienstleistungen zweifellos erhöht und die Löhne und Verdienstmöglichkeiten sind in den Zielgebieten des Tourismus unbestreitbar höher als in touristisch unberührten Peripheriegebieten (vgl. Spreitzhofer 1995: 51).

Da die Tourismusbranche für die Entwicklung neuer Produkte, im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen wie etwa der Industrie, eine relativ geringe Kapitalintensivität aufweist, können demnach pro investierter Kapitaleinheit relativ viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Jedoch ist dies natürlich von Land zu Land, sowie auch der Tourismusart sehr unterschiedlich. Generell kann aber davon ausgegangen werden, dass die Tourismuswirtschaft ein relativ arbeits- und weniger kapitalintensiver Wirtschaftszweig ist. Das kommt natürlich Ländern, die mit ökonomischen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, sehr gelegen, da in vergleichsweise kurzer Zeit viele Menschen durch den Einsatz geringer ökonomischer Mittel einen Arbeitsplatz erhalten können. Allerdings betrifft dies überwiegend unqualifizierte Arbeitsplätze, die jedoch bei qualitativer Erweiterung des touristischen Angebots, immer diversifiziertere Ausbildung benötigen

(vgl. Vorlaufer 1996: 139ff.).

Tourismus ist also in vielen Entwicklungsländern, insbesondere auf regionaler Basis, ein wichtiger Faktor zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Besonders in Insel- und Mikrostaaten, die nicht wirkliche alternative Wirtschaftsformen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten aufweisen, nehmen die in der Reisebranche Beschäftigten eine überragende Stellung auf dem Arbeitsmarkt ein. Dazu kommen noch Beschäftigte, die im Umfeld des Tourismus und somit nur indirekt für diese Branche arbeiten (Banken, Zoll, Polizei, Ärzte usw.). Diese sekundären Beschäftigungs- und Einkommenseffekte sind von größter Wichtigkeit, da der Tourismus damit einen sogenannten Multiplikatoreffekt für diese nachgelagerten Branchen schafft. Laut Vorlaufer wird die Höhe dieses Beschäftigungs- und Einkommensmultiplikators bestimmt durch die (vgl. Vorlaufer 1996: 142):

- Importquote des jeweiligen Landes, d.h., dass mit einem hohen Anteil im Inland erzeugter Inputs ein hoher Multiplikator korrespondiert.
- Sparquote: je höher der Anteil aus dem Lohneinkommen der Tourismusbeschäftigten ist, der etwa für Güter (aus dem Inland) ausgegeben wird, desto höher ist die multiplikative Wirkung auf Einkommen und Beschäftigung.
- Tourismusarten bzw. Nachfragepräferenzen der BesucherInnen.

Die ökonomischen Anreize des Tourismussektors können für Orte oder Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sehr groß sein. Weil dies in vielen Entwicklungsländern der Fall ist, bietet der schnell wachsende Dienstleistungssektor neue Jobmöglichkeiten. Da aber, wie bereits oben erwähnt, häufig qualifiziertes Personal benötigt wird, kann das Dilemma entstehen, dass die ArbeitgeberInnen gut geschulte Arbeitskräfte aus anderen Regionen oder dem Ausland präferieren und aus diesem Grund die lokale Bevölkerung, durch wenig Zugang zu Bildung und Erfahrungen mit Fremden, Arbeiten, die keine hohen Qualifikationen abverlangen, erledigt (vgl. Simlinger 2007: 87 ff.).

Durch den Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten verschwinden auch traditionelle Berufe wie Fischerei oder Landwirtschaft aus den Gebieten der touristischen Ballungszentren. Oft leben die abgedrängten Menschen, die neue Hoffnungen durch touristische Entwicklungen hatten, dann von unterbezahlten und unqualifizierten Jobs (vgl. Simlinger 2007: 88).

Außerdem sind die Arbeitsplätze im Tourismus nachfragespezifischen Schwankungen unterworfen. Die Saisonalität, also die ungleiche Verteilung des Tourismus über das Jahr gesehen, bewirkt Jahr für Jahr eine drastische Reduzierung der Arbeitskräfte. Zudem können durch politische (Bürgerkrieg, Putsch) oder ökologisch-naturräumliche Krisen (Taifune, Vulkanausbrüche, Erdbeben) bislang florierende Reisedestinationen, zeitlich begrenzt oder für immer, zumindest von

der pauschaltouristischen Landkarte gestrichen werden. Eine einseitige Orientierung an touristischen Arbeitsplatzmöglichkeiten kann sich somit schnell als Bumerang erweisen, wo soziale Spannungen durch vermehrte Arbeitslosigkeit vorprogrammiert sein können (vgl. Spreitzhofer 1995: 49).

Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen

In den meisten Ländern der Dritten Welt sind Frauen oftmals aufgrund von traditionellen Rollenzuweisungen (sozial und wirtschaftlich) am Arbeitsmarkt diskriminiert und benachteiligt. Gleichzeitig sind Frauen in der Folge von Landflucht und Urbanisierung nun zunehmend gezwungen das Überleben ihrer Familien, abweichend von der traditionellen Rolle, zu sichern und neue Beschäftigungsformen zu finden. Als Zimmermädchen, Reinigungspersonal, Verkaufskräfte in Souvenirshops, aber auch vor allem im touristischen Vergnügungsgewerbe sind Frauen oftmals beschäftigt (vgl. Vorlaufer 1996: 147 ff.).

Positive Auswirkungen durch die Beschäftigung von Frauen im Tourismussektor sind mit Sicherheit die Möglichkeit eines eigenen Einkommens und damit eine geringere ökonomische Abhängigkeit der Frauen von ihren Familien bzw. Ehemännern. Zwar bietet der Tourismus zumeist nur wenig qualifizierte Arbeitsmöglichkeiten, trotzdem sind Ausbildungs- und Aufstiegschancen auch für Frauen vorhanden, die jedoch immer abhängig von den unterschiedlichen Moral- und Wertvorstellungen, die in den jeweiligen Ländern stark variieren, sind.

Der enorm hohe Anteil von Frauen und Mädchen im tourismusorientierten Vergnügungsgewerbe, vor allem der Sextourismus, stellt in vielen Ländern der Dritten Welt ein großes Problem dar. Trotz der vielen Kritik (Aidsproblematik) ist der Sextourismus für viele Frauen jedoch eine der beständigsten und lukrativsten Möglichkeiten ihr eigenes Einkommen zu verdienen. In Thailand, auf der Insel Phuket, ist die Anzahl der Prostituierten nach dem Tsunami Ende 2004 enorm gestiegen. Viele Frauen haben ihren Arbeitsplatz verloren und mussten sich anderswo ihren Lebensunterhalt verdienen. Aber auch in anderen, vom Tsunami betroffenen, Regionen wie etwa in den Küstenregionen Indiens sind viele Mädchen aus ärmlichen Verhältnissen in den Sextourismus gedrängt worden (vgl. Toschner 2008: 75).

Trotz des Florierens des Sextourismus (z.B. in Thailand, Dominikanische Republik, Brasilien, Kenia, Philippinen) in vielen Entwicklungsländern sollte aber berücksichtigt werden, dass viele Frauen infolge der rasanten Verelendung, auch unabhängig vom Tourismus, Einkommensmöglichkeiten nur in der Prostitution sehen (vgl. Vorlaufer 1996: 150).

3.3.2 Sozio-kulturelle Auswirkungen

Die sozio-kulturelle Ebene des Tourismus in Entwicklungsländern wurde erst vergleichsweise spät, ungefähr Mitte der 1970er-Jahre, Gegenstand der Betrachtung und ist im Gegensatz zu ökonomischen Effekten kaum quantifizierbar. Deshalb ist auch die Bewertung dieses Bereiches umso schwieriger und von ideologischen Sichtweisen geprägt. Das Ausmaß und die Relevanz, sowohl der positiven als auch der negativen Auswirkungen des Tourismus, sind umstritten. Die Tendenz geht aber klar hin in Richtung einer negativen Sichtweise. Generell ist die sozio-kulturelle Beeinflussung abhängig vom Ausmaß und der Art und Häufigkeit der Kontakte zwischen Reisenden und Bereisten, sowie von der Tourismusintensität und Regionalstruktur der betrachteten Region (vgl. Spreitzhofer 1995: 53).

Trotz der schwierigeren Quantifizierbarkeit von sozio-kulturellen Kriterien sind diese aber sehr wichtig für eine Gesamtbeurteilung des Tourismus, da (vgl. Feilmayr 2007: 60):

- sie für eine umfassende Beurteilung touristischer Maßnahmen, die über die ökonomische Bewertung hinausgeht, von zentraler Bedeutung sind.
- in den Augen der „Betroffenen“ nicht-ökonomische Faktoren oft mehr Bedeutung haben.
- auch Ökonomen versuchen, nicht-ökonomische Bereiche des Tourismus zu integrieren, wenn auch oftmals mit traditionellen Überlegungen, z.B. mit Kosten-Nutzen-Analysen für den sozio-kulturellen Bereich.

Auffallend bei der Beschäftigung mit den sozio-kulturellen Auswirkungen des Tourismus ist, dass diese Aspekte fast ausschließlich von KritikerInnen und WissenschaftlerInnen aus den Entsendeländern behandelt werden und nicht von den betroffenen Ländern selbst. Stellungnahmen und Protestaktionen der Gastländer gegen den Tourismus („Aufstand der Bereisten“) bilden die Ausnahme. Das Schweigen der betroffenen Länder und Gebiete ist schwierig einzuschätzen. Einerseits kann es eine Zustimmung zum vorhandenen Tourismus bedeuten, andererseits könnte es auch die Machtlosigkeit der Betroffenen gegen die eigentlich unerwünschte und nicht beeinflussbare Entwicklung ausdrücken (vgl. Feilmayr 2007: 60ff.).

Akkulturation

„Die Auswirkungen im sozio-kulturellen Bereich werden meist unter dem Begriff der Akkulturation beschrieben. Damit ist (in der Ethnologie) die – meist gegenseitige – Beeinflussung verschiedener

Kulturkreise gemeint“ (Freyer 1988: 334).

Bereits während der Aufbauphase des Tourismus in einer Region werden sozio-kulturelle Auswirkungen sichtbar, denn das regelmäßige Aufeinandertreffen von Menschen unterschiedlicher Kulturkreise (Stadt-Land, Industrieland-Entwicklungsland) und unterschiedliche Erwartungshaltungen (Urlaub-Alltag) führen zu einer gegenseitigen Beeinflussung der bisherigen Verhaltensmuster, wobei normalerweise die Kulturen der Entwicklungsländer eine stärkere Angleichung wiederfahren. Akkulturation setzt voraus, dass die touristischen Werte bzw. westliche Wertvorstellungen auch von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert und gelebt werden (vgl. Freyer 1988: 334 ff.).

„Small countries with relatively underdeveloped production facilities and infrastructure and relatively low levels of skills among their people, are likely to experience more negative sociocultural effects as a result of tourism development than are larger, more developed countries“ (Kadt 1979 zit. In ebd.)

KritikerInnen dieser kulturellen Veränderungen weisen auf die Beeinflussung und Zerstörung fester Kultur- und Sozialbeziehungen und die Übertragung von fremden Normen auf die bereisten Gesellschaften hin, die für diese Entwicklungen noch nicht ausreichend vorbereitet sind. Auf der anderen Seite sehen die Befürworter dies als Fortschritt und Beginn einer einsetzenden Modernisierung, denn die „unberührte Idylle“ sei oft nur gesellschaftliche Stagnation oder aussichtslose Zukunft. Durch vermehrten Tourismus könnten die Gesellschaften schneller einen höheren Entwicklungsstand erzielen bzw. Armut rascher überwunden werden (vgl. Freyer 1988: 335).

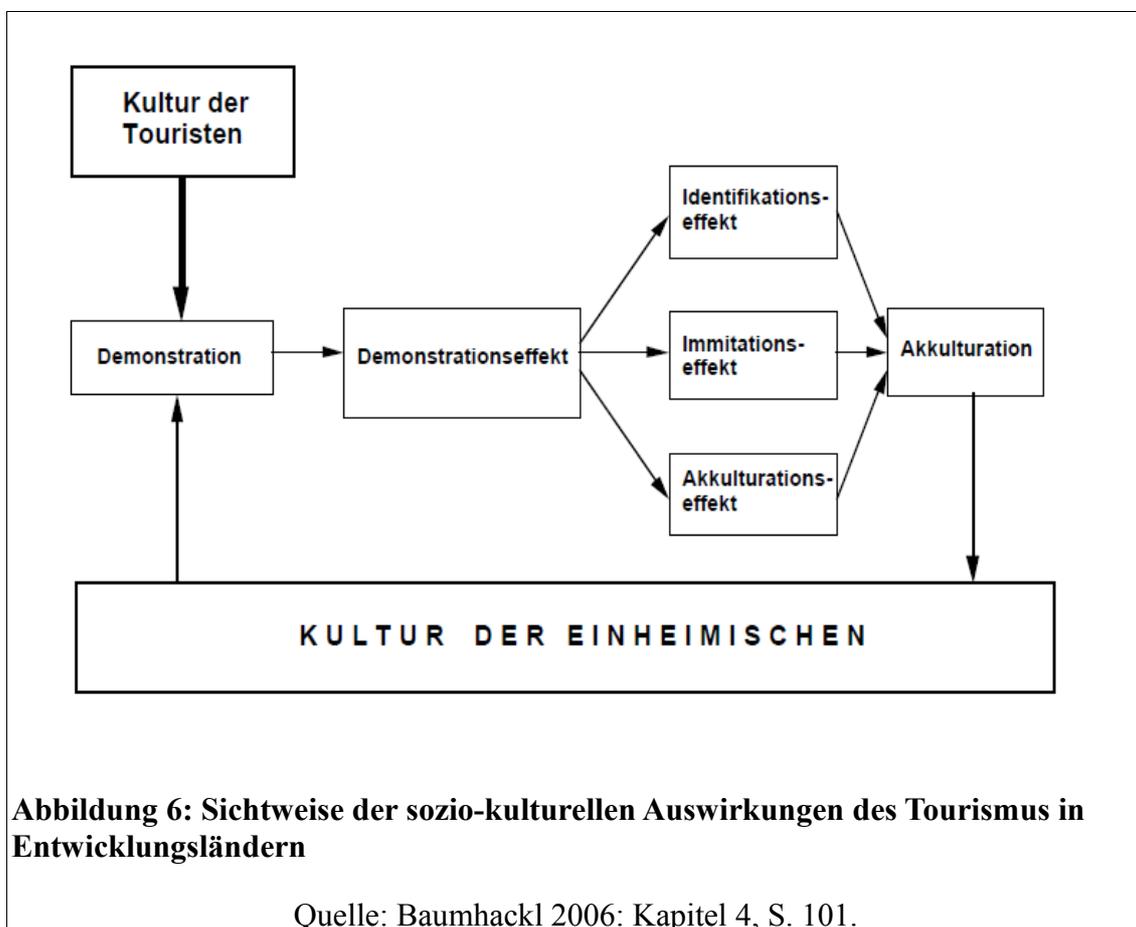
Als sicherlich positive Effekte der Akkulturation können unter anderem das Erlernen fremder Sprachen sowie Kenntnisse über fremde Länder und deren Kulturen genannt werden (vgl. Feilmayr 2007: 62).

Demonstrationseffekt

In enger Verbindung mit dem Phänomen der Akkulturation steht der sogenannte Demonstrationseffekt. Ein erster Schritt der Begegnung zwischen TouristInnen und Bereisten drückt sich zumeist dadurch aus, dass verschiedenste äußerlich sichtbare Eigenschaften und Verhaltensweisen der Gäste beobachtet werden (etwa Kleidung, Luxusgüter wie Autos oder Fotoapparate, Freizeitverhalten, Essgewohnheiten, etc.). Durch diese Beobachtung beginnt bereits der Prozess der Hinterfragung, der von der eigenen Kultur geprägten Verhaltensmuster und

Sichtweisen. Als Folge werden neue Bedürfnisse und Wünsche geweckt und es kommt zur Hochstilisierung fremder Markenprodukte (z.B. japanische Fotoapparate, Coca Cola, westliche Mode). Mit der Zeit folgen schließlich auch Einstellungsveränderungen in anderen Bereichen. Dabei ist die Idealisierung des Gästeverhaltens relativ groß. Vor allem junge Menschen mit niedriger Schulbildung und jene Berufsgruppen, die dem Kontakt mit den Gästen am meisten ausgesetzt sind, unterliegen diesem Idealisierungsmechanismus sehr leicht (vgl. Perathoner 2000: 272 ff.).

Diese Entwicklung kann zu einer erhöhten Nachfrage nach, vormals nicht gebrauchten Konsumgütern, sowie einer Nachahmung von Verhaltensweisen führen, jedoch ist dies oft nur begrenzt möglich, da fehlende Freizeit, mangelnde Geldmittel sowie gesellschaftliche Tabus zu überwinden sind (vgl. Freyer 1988: 335).



Auswirkungen auf die einheimische Kultur

Ein Hauptargument der KritikerInnen des „Dritte Welt Tourismus“ war lange Zeit die Kommerzialisierung der immateriellen und materiellen Kulturgüter der gastgebenden

Gesellschaften. Religiöse Feste und Rituale, Kulturgegenstände und -anlagen würden vermarktet und den Bedürfnissen und Wünschen der Gäste angepasst. All dies führe zum Verlust der kulturellen Identität, überkommene und bewährte, für den Einzelnen und die Gesellschaft wichtige Netze sozialer Sicherheit und Stabilität lösten sich auf (vgl. Vorlaufer 1996: 202).

Andererseits haben Studien ergeben, dass die Kommerzialisierung durch den Tourismus keineswegs generell und stets zu einem Verlust der kulturellen Identität führen muss. Das Interesse der TouristInnen an der bereisten Kultur bewirkt bei den GastgeberInnen oft sogar eine Rückbesinnung auf ihr kulturelles Erbe und oftmals bereits in Vergessenheit geratene Kulturgüter, können eine positive Neubewertung und Wiederbelebung erfahren (vgl. Vorlaufer 1996: 203).

3.3.3 Ökologische Auswirkungen

Heute sind Umweltfragen im Zusammenhang mit touristischer Entwicklung nicht mehr wegzudenken. Eine intakte Umwelt ist die Grundlage des Tourismus, im Idealfall kann Tourismus, wie etwa durch die Einrichtung von Schutzzonen oder Nationalparks, auch zur Bewusstseinsbildung und zum Schutz einer intakten Natur beitragen. Unberührte natürliche Ressourcen, unberührte Landschaften, einsame Strände, saubere Luft, eine artenreiche Flora und Fauna etc., sind allesamt große touristische Potentiale der meisten Entwicklungsländer.

Ein Tourismus ohne Folgewirkung für die Umwelt ist ausschließlich der, der nicht stattfindet. Jede Tourismusform bedeutet, manchmal mehr manchmal weniger, eine Belastung der Umwelt, Ziel jeglicher Form des Reisens muss zweifelsohne ein möglichst umweltorientierter Tourismus sein. Denn verschmutzte Seen und Meere, zerstörte Korallenriffe, abrutschende Berge und Zerstörungen im Hochgebirge führen über kurz oder lang, nicht nur zu großen Umweltbelastungen, sondern tragen auch zur Zerstörung des Tourismus in diesen Regionen bei. Demgegenüber kann die touristische Entwicklung auch positive Effekte haben und selbst ein Instrument des Naturschutzes werden. Schutzgebiete werden vielfach erst dann realisiert, wenn sie vom Tourismus finanziert und somit ihr Fortbestand gesichert ist. Diese Schutz- und Pflegefunktion des Tourismus für gefährdete Natur- und Kulturlandschaften führt zu einer Qualitätssteigerung der natürlichen Umwelt, welche überdies zur Umweltbildung der TouristInnen und somit zu einer Stärkung des ökologischen Bewusstseins beiträgt (vgl. Toschner 2008: 86).

Folgende Problembereiche sind im Zusammenhang mit Tourismus und Umwelt zu identifizieren (vgl. Feilmayr 2007: 73ff; Freyer 1988: 334):

Verkehr

Vor allem Schadstoffbelastungen (besonders im Flugverkehr), Lärm, sowie eine durch Infrastrukturmaßnahmen (Straßen- und Flugplatzbau etc.) belastete Landschaft und Bevölkerung.

Landschaftszerstörung

Eines der Hauptprobleme des Tourismus ist, dass einerseits sehr viel Landschaft verbraucht wird und andererseits diese Landschaft selbst das wichtigste Kapital darstellt. Durch die Bebauung vormals unberührter Gebiete (Strände, Bauten im Gebirge), kommt es zu einer weitreichenden Landschaftszerstörung, welche mit Instrumenten der Raumplanung durchaus vermindert werden könnte. Jedoch ist für diese Art und Weise der Gestaltung des Raumes in vielen Entwicklungsländern noch kein Bewusstsein vorhanden.

Wasser und Böden

Die Auswirkungen des Tourismus auf die Wasserversorgung stellt ein schwerwiegendes Problem dar. In vielen Ländern der Dritten Welt kommt es in der Hochsaison durch die Kombination mit dem zumeist warmen oder tropischen Klima zu Wasserknappheit, deren Folge Wasserrationierungen für die einheimische Bevölkerung sind. Außerdem führt die verstärkte Entnahme von Grundwasser zu einer fortschreitenden Versalzung der Böden.

Müll und Abfälle

In vielen Entwicklungsländern sind die technischen Einrichtungen der Ver- und Entsorgung noch unterentwickelt und der Tourismus verschärft diese Probleme noch zusätzlich. Vor allem sensible Berg- oder Küstengebiete sind davon stark betroffenen. So werden in einigen Hochgebirgsregionen Asiens eigene Expeditionen zur Einsammlung der Abfälle von BergsteigerInnen organisiert.

Flora und Fauna

Der Fremdenverkehr gefährdet Flora und Fauna einmal direkt, indem seltene Exemplare der Tier-

und Pflanzenwelt von TouristInnen gejagt oder gesammelt werden. Beispiele dafür sind durch TaucherInnen abgebrochene Korallen oder durch Jagd und Souvenirindustrie gefährdete Tierarten. Stärker ist jedoch der indirekte Einfluss durch die Einschränkung des Lebensraums von Tieren und Pflanzen.

Aufgrund all dieser Umweltbelastungen, die vom Tourismus ausgehen und auf ihn einwirken können, zählen heute Umweltfragen zur Hauptaufgabe einer langfristig orientierten Tourismuspolitik (vgl. Freyer 1988: 344):

- Schutz der Landschaft vor der Zerstörung durch den Tourismus.
- Schutz der Bevölkerung vor Belastungen durch Lärm und Schmutz.
- Bauvorschriften, die auch die lokalen Bedürfnisse mitberücksichtigen.
- Zusammenarbeit der Tourismusindustrie mit Natur- und Umweltschutzorganisationen.

4. Tourismus als Instrument in der EZA

Bevor ich auf die verschiedenen Konzepte des Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit genauer eingehe, erscheint es mir wichtig den Begriff „Entwicklung“ sowie das Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“ genauer zu beleuchten. Anschließend geht es vor allem um mögliche Formen der Armutsbekämpfung durch Tourismus, die ja im Rahmen der *Millenium Development Goals* der Vereinten Nationen zu einem der wichtigsten Ziele von Entwicklungszusammenarbeit geworden ist. Außerdem weisen die Konzepte der touristischen EZA (z.B. Pro-Poor-Tourism oder Community Based Tourism) eine starke Beeinflussung durch die Paradigmen der nachhaltigen Entwicklung auf, welche nunmehr Einzug in alle Bereiche der EZA gefunden haben.

4.1 Begriffsbestimmung von Entwicklung

Nohlen meint, das *„was unter Entwicklung zu verstehen ist, macht einen guten Teil der Entwicklungsproblematik selbst aus. Der Begriff ist weder vorgegeben, noch allgemeingültig definierbar, noch wertneutral, sondern abhängig von Raum und Zeit sowie insbesondere von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen“* (Nohlen 1985: 171).

Dies zeigt, dass es schwer ist einen einheitlichen Entwicklungsbegriff zu finden. Eine sehr umfassende und gelungene Definition gibt es von der Südkommission, die besagt:

Entwicklung ist „ein Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Sie ist ein Prozess, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Unterdrückung. ...eine Bewegung, die im wesentlichen in der Gesellschaft entsteht, die sich entwickelt. ...Entwicklung ist gleichbedeutend mit wachsender individueller und kollektiver Eigenständigkeit. Grundlage für die Entwicklung einer Nation müssen ihre eigenen personellen und materiellen Ressourcen sein, die im vollen Umfang für die eigenen Bedürfnisse genutzt werden“ (Südkommission 1991 in Schicho 2003: 11).

Diese Definition ist eine sehr umfassende und auf den Menschen gerichtete, demokratische Sichtweise. Im Vordergrund steht die Schaffung eines wirtschaftlichen sowie, sozialen Raums, in dem sich die Menschen frei nach ihrem Willen selbst verwirklichen können. Das bedeutet aber auch, dass in dieser Definition dem „reichen Norden“ das Recht aberkannt wird über die

Entwicklung anderer Staaten zu verfügen, was sich aber in den meisten Entwicklungstheorien nicht wieder findet (vgl. Schicho 2003: 11).

4.1.1 Magisches Fünfeck der Entwicklung

Um den Begriff Entwicklung greifbarer zu machen, haben Nohlen und Nuscheler das sogenannte „Magische Fünfeck der Entwicklung“ eingeführt. Prinzipiell herrscht in der Debatte rund um Entwicklung Übereinstimmung, dass das Ziel aller Entwicklungspolitik in der Befriedigung der Grundbedürfnisse liegen müsse. Dies bedeutet jedoch noch keine Übereinkunft über die Zielprioritäten und Mittel, die zu diesem Ziel führen (vgl. Nohlen/Nuscheler 1992: 64).

Über diese Erfüllung der Grundbedürfnisse hinaus versucht die Konzeption des Fünfecks die Komplexität von Entwicklungsprozessen einzuschränken, wichtige Faktoren von Entwicklung zu benennen und deren Dynamik zu erfassen, sowie die Wechselwirkungen zwischen den Elementen abzubilden. Es wird durch folgende Punkte definiert (vgl. Nohlen/Nuscheler 1992: 67ff.):

- Wachstum

Wachstum ist nicht nur die quantitative Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen, denn ein entwicklungskonformes Wachstum ist an qualitative Bedingungen gebunden. Einerseits an die Verwendung zur gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrtsmehrung, demnach die Verminderung von Armut, andererseits an die Voraussetzung, dass das Wachstum nicht auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen geht. Die Grundfrage lautet daher immer, wem Wachstum zugute und auf welche Weise es zustande kommt.

- Arbeit

Nohlen und Nuscheler betrachten den Faktor Arbeit als unverzichtbares Element des Entwicklungsbegriffs, weil die Entwicklungsländer, bei produktiver und ausreichend abgoltener Beschäftigung reichlich über diese Entwicklungsressource verfügen. Arbeit schafft die Voraussetzung, dass Menschen aus eigener Kraft ihre Lebensbedingungen verbessern und Armut überwinden und zumindest ihre existentiellen Bedürfnisse befriedigen können. Außerdem fördert Arbeit die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung der Menschen und ist somit mehr als bloße Einkommensquelle.

- Gleichheit/Gerechtigkeit

Entwicklung trägt *„in sich nicht nur die Idee des materiellen Wohlstands, sondern auch die von mehr menschlicher Würde, der Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit“* (Brandt-

Bericht 1980 in Nohlen/Nuscheler 1992: 70).

Entwicklung, die für alle Bevölkerungsschichten spürbar sein soll, braucht eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts, denn hohe Einkommensunterschiede führen zumeist nicht zu höheren Spar- und Investitionsleistungen, sondern zu Luxuskonsum und Kapitalflucht. Weiters beruht Ungleichheit nicht nur auf ökonomischen Sachzwängen, vielmehr auf der ungleichen Verteilung von politischer Macht, denn Armut ist in den meisten Entwicklungsländern nicht mit der Knappheit von Ressourcen, sondern mit deren ungleichen Verteilung erklärbar.

- Partizipation

„Partizipation fordert politische Mitwirkung und soziale Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft, ist also der Gegenbegriff zu Marginalität. Die Grundbedürfnisstrategie fordert neben einer Entwicklungspolitik für die Armen eine Entwicklung durch die Armen, meint also basisdemokratische Entwicklung von „unten“ (Nohlen/Nuscheler 1992: 71).

Dazu zählen die Veranstaltungen von echten und freien Wahlen, die Wahrung der Menschenrechte, sowie eine pluralistische Organisationsfreiheit und die Anerkennung und Mitwirkung von Basisbewegungen an politischen Entscheidungsprozessen.

- Unabhängigkeit/Eigenständigkeit

Durch ökonomische Abhängigkeiten (Verschuldungsproblematik) kommt es zu politischen und ökonomischen Auflagen für viele Entwicklungsländer, weshalb die Chance auf eine eigenständige Entwicklung vorrangiges Ziel bleibt. Auch wenn angesichts der wachsenden Interdependenz der Staaten, Unabhängigkeit ein unerreichbares Ziel zu sein scheint, hat jedes Land nichtsdestotrotz Anspruch auf Selbstbestimmung und eine eigenständige Entwicklung.

Ausgehend von der Konzeption dieses „Magischen Fünfecks von Entwicklung“ haben Nohlen und Nuscheler eine sehr umfassende Definition von Entwicklung eingeführt:

Entwicklung bedeutet „die eigenständige Entfaltung der Produktionskräfte zur Versorgung der Gesellschaft mit lebensnotwendigen materiellen sowie lebenswerten kulturellen Gütern und Dienstleistungen im Rahmen einer sozialen und politischen Ordnung, die allen Gesellschaftsmitgliedern Chancengleichheit gewährt, sie an politischen Entscheidungen mitwirken und am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand teilhaben lässt“ (Nohlen/Nuscheler 1992: 73).

4.1.2 Nachhaltige Entwicklung

Brundtlandbericht

Seitdem 1987 der sogenannte Brundtlandbericht der Kommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen veröffentlicht wurde, ist der Begriff *sustainable development* bzw. Nachhaltigkeit als Leitbild zukünftiger Entwicklung nicht mehr wegzudenken (vgl. Becker/Job/Witzel 1996: 1).

Darin wird nachhaltige Entwicklung folgendermaßen definiert:

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Hauff 1987 in Gattringer 2008: 31).

Rio-Deklaration

Der Brundtlandbericht und seine erstmalige Definition von nachhaltiger Entwicklung war die wesentliche Grundlage für den Erdgipfel von Rio de Janeiro („Rio-Deklaration“) im Jahre 1992. Diese Konferenz war die erste internationale Umwelt- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, bei der nachhaltige Entwicklung als normatives und internationales Leitprinzip anerkannt und verankert wurde. Es galt Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, um die voranschreitende Umweltzerstörung aufzuhalten und die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in allen Ländern zu verankern. Dabei wurde das Entwicklungsmodell der *Agenda 21* beschlossen, welches die Umsetzung von *sustainable development* verbindlich macht. Jedoch wurde der Bereich des Tourismus noch nicht explizit thematisiert (vgl. Toschner 2008: 106).

Auf der sogenannten „Rio+5“ - Konferenz 1997 in New York war durch die zunehmend spürbar werdenden negativen Auswirkungen des internationalen Massentourismus, der Tourismus erstmals im Mittelpunkt der Gespräche. Begriffe wie *sustainable tourism* sind seitdem wichtige Themen der Tourismusforschung und fanden auch Eingang in die Arbeit der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD = Commission on Sustainable Development) der UNO (vgl. ebd.) . Die CSD empfiehlt den Regierungen *„to maximise the potential for tourism for eradicating poverty by developing appropriate strategies in cooperation with all major groups, indigenous and local communities“* (UNWTO 2002: 20).

Johannesburg 2002

Am sogenannten *World Summit on Sustainable Development* in Johannesburg im Jahr 2002 wurde in mehreren Veranstaltungen das Thema Tourismus und nachhaltige Entwicklung, sowie auch erstmals der Bezug zur Armutsbekämpfung behandelt. Das Resultat waren konkrete Handlungsanleitungen und Empfehlungen für die lokale, regionale, nationale und internationale Ebene (vgl. GTZ 2005: 13):

- Forcieren der internationalen Zusammenarbeit, Auslandsinvestitionen und Public Private Partnerships auf allen Ebenen.
- Verbesserte aktive Teilhabe der lokalen/indigenen Bevölkerung durch Aus- und Fortbildungsprogramme, Einbeziehung aller Stakeholder auch im Bereich des Schutzes von Kulturgütern.
- Unterstützung der Entwicklungsländer durch Beratung bei der Förderung von Nachhaltigkeit im Tourismus, Förderung und Erleichterung von Investitionen sowie Förderung der Unternehmenskultur.
- Unterstützung der Destinationen bei der Maximierung des Nutzens der touristischen Aktivitäten, Stärkung des Erhalts ihrer eigenen Kultur und Traditionen sowie ihrer Umwelt.
- Förderung der Diversifizierung der wirtschaftlichen und touristischen Aktivitäten einschließlich eines verbesserten Marktzugangs, insbesondere die Förderung und Partizipation von kleinen und mittleren Unternehmen.

Millennium Development Goals

Ausgelöst durch die oben beschriebene Entwicklung des Begriffs der Nachhaltigkeit seit ungefähr Mitte der 1980er-Jahre, hat sich die internationale Entwicklungspolitik dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verschrieben und zielt auf eine Verbesserung der politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen ab (vgl. Rauschelbach 2003: 133).

In diesem Sinne wurden im Jahr 2000 von allen 191 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die sogenannten *Millennium Development Goals*, also die gemeinsamen, globalen Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015, verabschiedet. Insgesamt sind es 8 Entwicklungsziele, wobei die Reduzierung der Armut und des Hungers an erster Stelle stehen (vgl. UNRIC o.J.: o.S.):

1. Extreme Armut und Hunger beseitigen: Die Zahl der Menschen die von weniger als 1 US-Dollar pro Tag leben, sowie der Anteil der Menschen die unter Hunger leiden, soll um die

- Hälfte gesenkt werden.
2. Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten.
 3. Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern.
 4. Die Kindersterblichkeit senken.
 5. Die Gesundheit der Mütter verbessern.
 6. HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen.
 7. Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten: Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung sollen in die nationale Politik übernommen werden, die Zahl der Menschen, die über keinen nachhaltigen Zugang zu gesundem Trinkwasser verfügen, soll um die Hälfte gesenkt werden, bis zum Jahr 2020 sollen wesentliche Verbesserungen in den Lebensbedingungen von zumindest 100 Millionen SlumbewohnerInnen erzielt werden.
 8. Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen.

4.1.3 Nachhaltiger Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit

Durch die Nachhaltigkeitsdebatte der letzten 20 Jahre, sowie der verstärkten Diskussion um einen nachhaltigen Tourismus gelang dieses Thema immer mehr in den Fokus von Entwicklungsorganisationen, wo es lange Zeit keine Beachtung gefunden hatte. Es gab zwar vereinzelte Initiativen mit touristischem Hintergrund in den 1960er und 1970er Jahren, diese wurden aber in den 1980er Jahren gänzlich eingestellt, da man damals vor allem die negativen Auswirkungen des aufkommenden Massentourismus sah. Das Engagement beschränkte sich etwa auf die Beratung sogenannter Tourist Boards, dem Aufbau von Hotelfachschulen, sowie der Ausbildung in touristischen Betrieben (vgl. Beyer 2006: 137).

Beeinflusst durch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung startete die Entwicklungspolitik in den 1990er Jahren den Versuch, sich dem Thema Tourismus erneut anzunehmen, indem sie konsequent die Umsetzung des nachhaltigen Tourismus proklamierte. Darunter versteht man einen Tourismus, "*which satisfies criteria of social, cultural, ecological and economic sustainability*" (GTZ 2001 in Beyer 2006: 137).

Luger hat zum besseren Verständnis des Begriffs das Fünfeck des nachhaltigen Tourismus geschaffen, das sehr gut alle zu beachtenden Komponenten widerspiegelt (vgl. Luger 2006: 148):

- Tourismus ist langfristig möglich: schonender Umgang mit allen Ressourcen.
- Kulturell verträglich: Respekt gegenüber den lokalen Konventionen und Riten, Verzicht auf

ausbeutenden Kommerzialisierung, Anpassung an ortsübliche Standards.

- Sozial ausgewogen: Vor- und Nachteile sind gleichermaßen gestreut, Vermeidung von regionalen Disparitäten, Einheimische sind in die Entscheidungen eingebunden.
- Ökologisch tragfähig: möglichst geringe Belastung der Umwelt, Vermeidung von Schädigung der Biodiversität, Förderung des Umweltbewusstseins.
- Wirtschaftlich sinnvoll und ergiebig: profitable Geschäfte für die lokale und nationale Wirtschaft, Schaffung von dauerhaftem Einkommen für die einheimische Bevölkerung.

An diesen Vorgaben der Nachhaltigkeit sowie den allgemeinen Zielen der Entwicklungspolitik (Erfüllung der Millennium Development Goals, besonders die Armutsbekämpfung, etc.) muss sich die Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus messen lassen. Dabei reicht das Instrumentarium von der gezielten Unterstützung von Kooperationsländern beim Aufbau einer touristischen Infrastruktur bis hin zur Förderung von Initiativen für einen nachhaltigen Tourismus, sowohl auf lokaler als auch auf überregionaler und internationaler Ebene (vgl. Rauschelbach 2003: 133).

Dabei wird Tourismus in erster Linie in umfassenden Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit gefördert, beispielsweise in der Regionalentwicklung, in der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung, im Ressourcenschutz, in der Berufsbildung oder in der Umsetzung der Biodiversitätskonvention (vgl. ebd.).

Trotz der zahlreich gestarteten touristischen Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre wird Tourismus als nachrangige Angelegenheit eingestuft, der bis heute gewiss nur einen kleinen Teil des Spektrums der EZA wieder spiegelt.

Dies ist auf den ersten Blick aber auch gut nachvollziehbar, wenn man die Zielkonflikte zwischen Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt, die ohne Zweifel bestehen (etwa zwischen Tourismus und Ressourcenschutz). Es gibt noch offene Fragen, um beurteilen zu können, inwieweit beispielsweise durch touristisches Engagement das oberste Ziel der Entwicklungszusammenarbeit – die Armutsbekämpfung – erreicht werden kann oder wie etwa Flugreisen aus Industrie- in Entwicklungsländer mit dem Anspruch einer nachhaltigen Tourismusentwicklung in Einklang zu bringen sind. Diese Zielkonflikte sind jedoch in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit festzumachen und daher kein originäres Problem des Tourismus. Außerdem sind die in den 1990er Jahren gestarteten Aktivitäten im Tourismus konzeptionell deutlich ausgereifter und zielführender als noch in den 1960er und 1970er Jahren und bauen ausnahmslos auf den heute geltenden entwicklungspolitischen Leitlinien auf (nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung, Bildung, Partizipation, etc.). Ein grundlegender Widerspruch zwischen dem aktuellen entwicklungspolitischen Aktivitäten im Tourismus und den generellen entwicklungspolitischen Leitlinien und Anforderungen lässt sich daher zur Zeit kaum

feststellen (vgl. Beyer 2006: 138ff.).

Diese Vorstellungen und der Perspektivenwechsel hin zu einem nachhaltigen Tourismus ab Mitte der 1990er Jahre hat neue Ideen und viel versprechende Ansätze hervorgebracht, die ich in diesem Kapitel genauer beleuchten werde. Dazu gehören das Konzept des *Community Based Tourism*, indem die Einheimischen als MitentscheiderInnen und ökologische Aspekte in den Vordergrund touristischer Entwicklungsperspektiven rücken. Das Umdenken, hin zu einer positiven Sicht des Tourismus als Entwicklungsmotor, findet außerdem Eingang in entwicklungspolitische Strategien zur Armutsbekämpfung. Die Welttourismusorganisation (UNWTO) der Vereinten Nationen stellte fest, dass in den 49 ärmsten Ländern der Welt (LDC's), der Tourismus inzwischen zur wichtigsten Quelle für Deviseneinnahmen geworden ist. Als ST-EP-Initiative (Sustainable Tourism – Eliminating Poverty) haben die WTO und die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) diesen Ansatz entscheidend mitgeprägt und die (multilateralen) Entwicklungshilfeorganisationen nachdrücklich und mit erkennbarem Erfolg zur Umsetzung aufgefordert (vgl. Baumhackl/Habinger et al. 2006: 9).

4.2 Pro Poor Tourism- und ST-EP-Strategien zur Armutsbekämpfung

“Poverty alleviation has become an essential condition for peace, environmental conservation and sustainable development, besides being an ethical obligation in an affluent world, where the divide between poor and rich nations seems to have increased in recent years. [...] [T]here is stronger evidence that tourism if developed and managed in a sustainable manner, can make a significant contribution to alleviate poverty, especially in rural areas, where most of the poor live and where there are very few other development options” (Francesco Frangialli, Generalsekretär der Welttourismusorganisation 2004 in Grosspietsch/Scheller 2005: 3).

Mit steigendem Interesse von Regierungen und NGO's im Bereich Armutsbekämpfung durch Tourismus sind diese Ansätze in den letzten Jahren zu einem immer wichtigeren Punkt, auch für die UNWTO mit ihren ST-EP – Projekten(Sustainable Tourism – Eliminating Poverty), geworden.

„Although the economic significance of tourism for developing countries is long established (UNWTO & UNCTAD, 2001) noticeably in generating foreign exchange earnings, attracting international investment, increasing tax revenues and creating new jobs, it is not until recently that tourism has begun to be exalted as a powerful weapon to attack poverty“ (Ritchie/Zhao 2007: 9).

Dabei ist es aber von großer Bedeutung, dass *Pro Poor Tourism* nicht als ein spezifisches Produkt oder Reiseform angelegt wird, sondern als genereller Ansatz in der Tourismusentwicklung, im Destinationsmanagement und zu einer wichtigen entwicklungspolitischen Aufgabe für Entwicklungsländer wird.

Tourismus ist sicherlich kein Allheilmittel für die Entwicklung eines Landes und die Entscheidung für oder gegen Tourismus (auch zwischen regionalem und internationalem Tourismus) zur Wohlfahrtssteigerung muss lokal und in Abwägung der anderen bestehenden Möglichkeiten zur Armutsbekämpfung erfolgen. Jedoch gibt es bei einem klar auf *Pro Poor* angedachten Tourismus mehrere Gründe, weshalb dieser zur Armutsbekämpfung und damit zur Erreichung der *Millenium Development Goals* der Vereinten Nationen beitragen kann (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004a: 1):

- In vielen Ländern der Dritten Welt ist Tourismus ein wichtiger (wenn nicht der wichtigste) ökonomische Sektor. Im Jahr 2000 war Tourismus das dritt wichtigste Exportgut für Entwicklungsländer, inklusive der am wenigsten entwickelten Länder.
- In entlegenen Gebieten bietet Tourismus oftmals die einzige Chance zur Schaffung von Einkommensquellen und kann dadurch überdurchschnittlich zur Armutsbekämpfung beitragen.
- Das touristische Produkt zielt häufig auf Kenntnisse armer Bevölkerungsschichten ab (kulturelles Wissen, Ortskenntnisse etc.) und ermöglicht benachteiligten Gruppen (Frauen, Jugendliche, ungebildete Personen, ländliche Bevölkerung) ein eigenes Einkommen. Außerdem kann es zur gezielten Unterstützung von Klein- und Mittelbetrieben sowie des informellen Sektors kommen.
- Die touristische Infrastruktur (Transport, Kommunikation, Gesundheitswesen, Wasser- und Abwasserversorgung, Energieversorgung, etc.) ist auch für arme Bevölkerungsschichten von äußerst hohem Nutzen und kann eine Region enorm aufwerten.

Begriffsklärung Armut

„Armut bedeutet einen Mangel an Möglichkeiten, um in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen zumindest in einem Mindestausmaß teilhaben zu können: Wohnen, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Sozialkontakte, Bildung. Armut ist ein Mangel an Verwirklichungschancen eines Menschen, ein Verlust an substantiellen Freiheiten“ (Sen o.J., zitiert in Armutskonferenz 2009: o.S.).

Neben diesem Ansatz des Wirtschaftsnobelpreisträgers und Armutstheoretikers Amartya Sen, bei

dem es um die Fähigkeit geht, zur Verfügung stehende Güter in Freiheiten umzuwandeln um die Vorstellung von einem guten Leben zu verwirklichen, gibt es viele weitere Definitionen von Armut. Lange Zeit wurden für die Messung von Armut überwiegend ökonomische Größen wie Einkommen und Konsum herangezogen. Vor allem durch verstärkte wissenschaftliche Debatten kam es zu einer Ausweitung des Definitionsrahmens, sodass nicht mehr nur monetäre und materielle Aspekte herangezogen wurden (vgl. Küblböck 2003: 8).

In der entwicklungspolitischen Praxis haben sich im Laufe der Zeit zwei Konzepte durchgesetzt. Einerseits der Ressourcenansatz der von der Weltbank vertreten wird und andererseits der sogenannte Lebenslagenansatz, den vor allem UNDP anwendet (vgl. ebd.).

Beim Ressourcenansatz hat die Weltbank als Definition für Armut eine Ein-Dollar-Grenze eingeführt, die allgemein anerkannt ist. Demnach sind Menschen absolut arm, wenn sie weniger als einen US-Dollar, in lokaler Kaufkraft, für das tägliche Überleben zur Verfügung haben. Durch die Umrechnung in lokale Kaufkraft können Armutsquoten international verglichen werden. Auf der Grundlage global erhobener neuer Lebensunterhaltungskosten und daraus neu berechneter Kaufkraftparitäten hat die Weltbank 2008 vorgeschlagen, dass die Einkommensgrenze für absolute Armut auf 1,25 US-Dollar pro Tag anzuheben. Die Vereinten Nationen haben diese neue Einkommensgrenze bereits in ihrem Bericht über die Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele 2008 übernommen (vgl. BMZ 2009: o.S.)

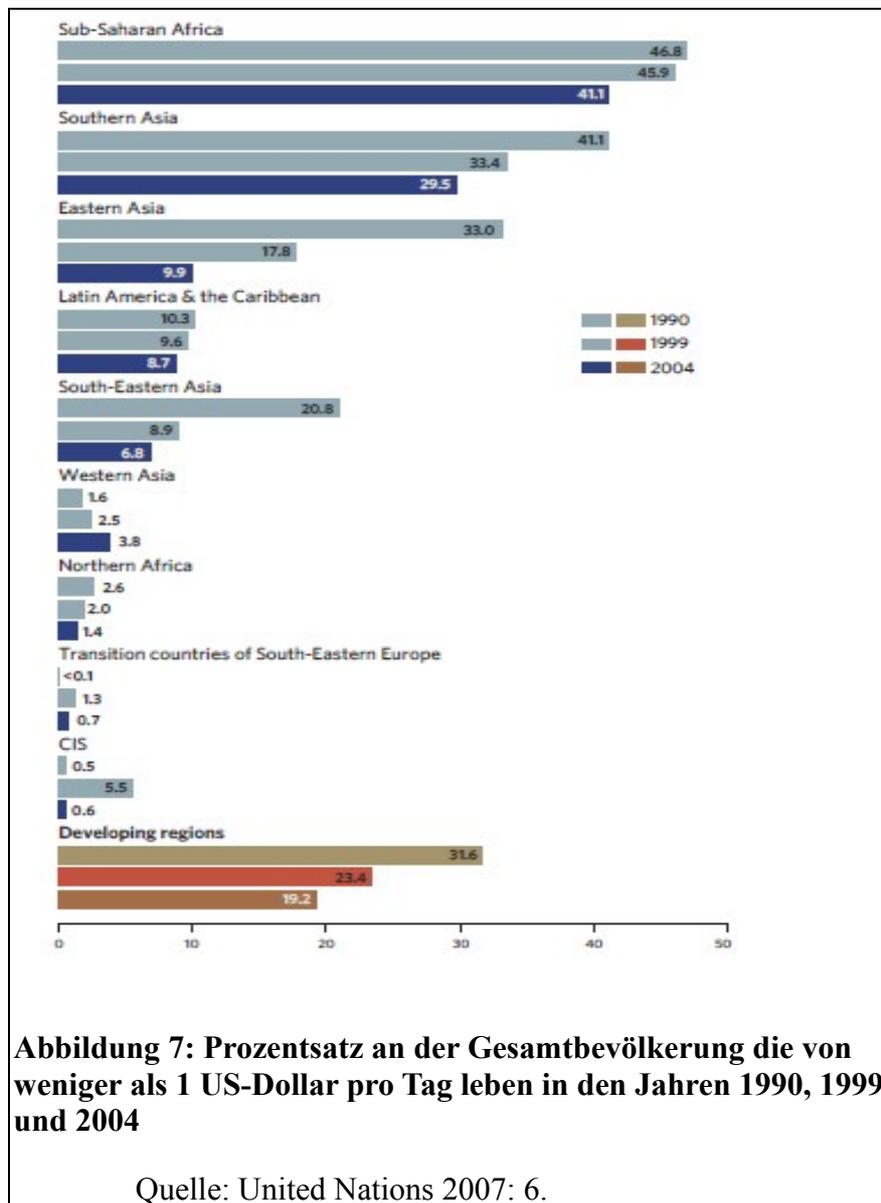
Der sogenannte Lebenslagenansatz erfasst den Armutsbegriff weiter als der Ressourcenansatz und beinhaltet auch andere wichtige, für ein menschenwürdiges Leben notwendige, Aspekte wie Lebenserwartung bei der Geburt, Alphabetisierungsrate, Bildungsniveau, reale Kaufkraft pro Kopf, Bildungschancen, Lebensstandard, Selbstbestimmung, Rechtssicherheit, Einfluss auf politische Entscheidungen und vieles mehr. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat dazu den HDI (Human Development Index) eingeführt. Dieser bemisst den Entwicklungsstand eines Landes anhand einer Skala von 0 bis 1 und gibt dadurch auch Auskunft über die Armutsverhältnisse in den einzelnen Ländern.
(vgl. ebd.)

4.2.1 Armutsbekämpfung als Millenniums-Entwicklungsziel

Die Halbierung der extremen Armut und des Hungers auf der Welt bis 2015 ist das erste von insgesamt acht Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen. Dabei soll die Anzahl der

Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben halbiert werden.

In absoluten Werten ausgedrückt ist die Zahl der Armen in Entwicklungsländern von 1,25 Milliarden im Jahr 1990 auf 980 Millionen im Jahr 2004 gesunken. Wenn sich diese Entwicklung weiterhin so vollzieht ist die Erlangung des ersten Millennium-Entwicklungsziels durchaus realistisch (vgl. Toschner 2008: 144).



4.2.2 Tourismus und Millennium-Entwicklungsziele

„The adoption of the Millennium Development Goals (MDG) by United Nations agencies, bilateral and multilateral development agencies has encouraged the World Tourism Organization, national tourism administrations and some development agencies to adopt new approaches to tourism

development, focusing on local economic impacts and, in particular, on poverty alleviation“ (Goodwin 2006: 1).

Der Strategiewechsel der UNWTO hin zu einem armutsreduzierenden Tourismus zur Jahrtausendwende ist eng mit den Millenniums-Entwicklungszielen verbunden. Bereits der sogenannte *Global Code of Ethics* der UNWTO im Jahr 1999 stand im Zeichen der Armutsbekämpfung und die UN Commission on Sustainable Development hat im selben Jahr die Regierungen dazu aufgerufen „*to maximize the potential of tourism for eradicating poverty by developing appropriate strategies in cooperation with all major groups, and indigenous and local communities*“ (UN 1999 in Goodwin 2006: 2).

Insgesamt kann ein auf Armutsreduzierung ausgerichteter Tourismus wesentlich zur Erreichung von insgesamt drei Millennium-Entwicklungszielen beitragen. Zuallererst natürlich zur Reduzierung extremer Armut (durch Schaffung dezentraler Arbeitsplätze und Einkommen), zweitens zur Stärkung der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit (vor allem durch verstärkte Einbeziehung von Frauen und durch Förderung und Kreditvergabe für Kleinunternehmen) und drittens zum Schutz der Umwelt (Stärkung von Umweltbewusstsein und Anreize, die Umwelt zu schonen und Erzielung von Einkommen, ohne z.B. den Bergwald weiter zu zerstören) (vgl. Luger 2006: 149).

4.2.3 Entstehung der PPT- und ST – EP- Strategien

Bis vor wenigen Jahren ging man in der entwicklungspolitischen Debatte davon aus, dass Tourismus in Entwicklungsgesellschaften mehr Schaden als Nutzen bringen würde bzw. ein zu riskanter, von vielen Zufälligkeiten abhängiger Wirtschaftszweig sei, der nicht zur langfristigen Existenzsicherung und zur Verbesserung der Lebensumstände beitragen kann. Das britische Department for International Development (DFID) hat an vorderster Stelle dazu beigetragen, dass mit diesem Mythos aufgeräumt wird, zumal in einer globalen Weltökonomie diese Unvorhersehbarkeit genauso auf andere Bereiche zutrifft (etwa der Preisverfall der Rohstoffe oder das Währungsrisiko durch Kursschwankungen, etc.). Das DFID kreierte den Begriff *Pro Poor Tourism* und gemeinsam mit dem Overseas Development Institute (ODI) sowie dem International Institute for Environment and Development (IIED) wurden Richtlinien und Strategien für *Pro Poor Tourism* ausgearbeitet (vgl. Luger 2006: 128; Toschner 2008: 147).

Aus der Kooperation dieser Institute entstand die sogenannte *Pro Poor Tourism Partnership* unter der Leitung von Harold Goodwin, Dilys Roe und Caroline Ashley, die für die theoretische Arbeit auf diesem Gebiet größtenteils verantwortlich sind.

Daneben entwickelte die UNWTO einen eigenständigen Actionplan (da *pro poor* als zu negativ empfunden wurde) unter dem Titel *ST-EP – sustainable tourism – eliminating poverty*, um die Ablehnung seitens der Tourismusindustrie zu vermeiden (vgl. Luger 2006: 128).

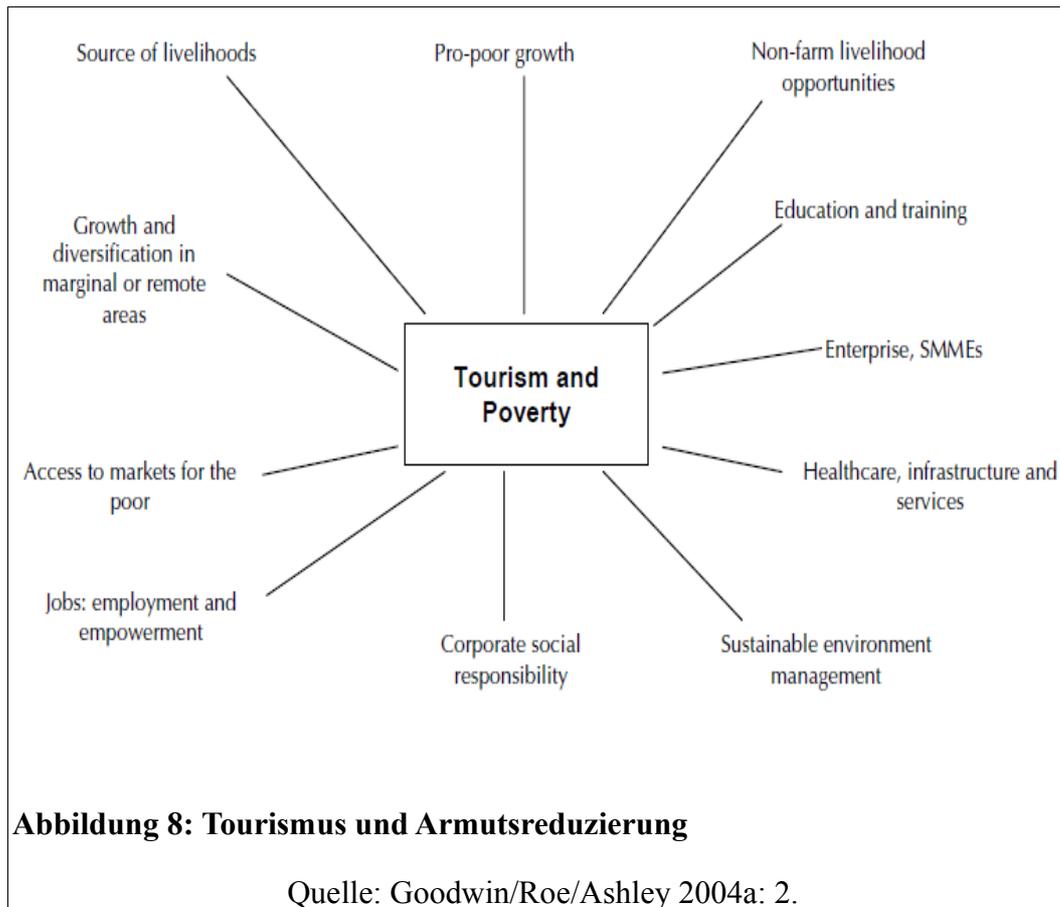
Im Rahmen des UN-Gipfels zur nachhaltigen Entwicklung, in Johannesburg 2002, wurde die ST-EP Strategie als Mittel zur Armutsreduzierung vorgestellt und 2004 mit der Implementierung begonnen. Große Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank, die Asian Development Bank, natürlich die britische DFID und ODI, sowie die niederländische SNV führten ST-EP bzw. Pro Poor Projekte in ihre Programme ein, weil sie erkannten, dass sich diese gut in bereits bestehende Regionalentwicklungsprojekte integrieren lassen. Als weiteres wichtiges Signal unterzeichneten die UNWTO und die niederländische Entwicklungsorganisation SNV 2004 ein *Memorandum of Understanding*, um die bereits bestehende Kooperation im Bereich des nachhaltigen Tourismus effizienter zu gestalten. Diese Schritte leiteten einen Paradigmenwechsel ein, da es bis in die 1990er-Jahre kaum nennenswerte Versuche gab, das ökonomische Potential des Tourismus in der Entwicklungszusammenarbeit zu nutzen (vgl. Luger 2006: 129).

Begriffsbestimmung Pro Poor Tourism

Die *Pro Poor Tourism Partnership* hat ab 2004 sogenannte *Pro Poor Tourism Info Sheets* veröffentlicht, die auch die wesentlichen Definitionen beinhalten:

„Pro Poor Tourism (PPT) is tourism that results in increased net benefits for poor people. PPT is not a specific product or niche sector but an approach to tourism development and management.“
(Goodwin/Roe/Ashley 2004b: 1).

In diesem Sinne fördert PPT die Verbindung zwischen der Tourismusindustrie und armen Menschen, so dass der Beitrag des Tourismus zur Armutsreduzierung aufgewertet und ausgebaut wird. Jedes Unternehmen in der Tourismusbranche kann in den Konzepten des PPT involviert sein, egal ob es eine kleine Lodge in den Bergen, ein Stadthotel, ein Reiseveranstalter oder ein Unternehmen in der Infrastrukturentwicklung ist. Der ausschlaggebende Faktor ist nicht die Art des Unternehmens oder die des Tourismus, sondern dass es einen sichtbaren Anstieg des Nutzens für arme Bevölkerungsschichten gibt (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004b: 1).



Pro Poor Growth

Der wahrscheinlich wichtigste Faktor in der Verbindung von Tourismus und Armutsreduzierung ist das Potential des sogenannten *Pro Poor Growth*, dass als wichtigstes Mittel zur Erreichung von nachhaltiger Armutsreduzierung gilt (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004a: 2):

„Pro Poor growth can be broadly defined as growth that enables the poor to actively participate in and significantly benefit from economic activity. The proportional income growth of the poor (however defined – e.g. the poorest 20% of the people below a national poverty line) must exceed the national average income growth rate. If the average per capita growth in a country is, for example, 2%, pro poor growth must mean that the per capita growth rate of the poor must exceed this“ (Goodwin/Roe/Ashley 2004a: 2).

Tourism as a contributor to <i>pro-poor</i> growth	
<i>Positive characteristics</i>	<i>Negative characteristics</i>
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Labour intensive (on average, more labour intensive than manufacturing) ▪ Employs a high percentage of women (relative to other industries in a given cultural context) ▪ Can involve more intensive use of un-skilled and semi-skilled labour ▪ Can build on assets of the poor: their land and culture (land tenure and control over cultural commercialisation are important). ▪ Suited to some remote (i.e. poor) areas: contributes to spatially-dispersed growth. ▪ Potential for involvement of a wide variety of enterprises, including SMMEs and informal sector. Because the customer comes to the product, local entrepreneurs gain opportunities for sale of other goods and services ▪ Involvement of the poor can go beyond (migrant) employment in urban/industrial hubs: a variety of economic and decision-making roles are possible in dispersed locations ▪ Non-commercial or indirectly commercial interests provide avenues for expanding PPT strategies. E.g. ethical tourism niche, moves to responsible tourism and sustainable tourism; lodge managers who have made 'lifestyle choices' with destination commitment, and role of government in policy and planning. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Disruption or expropriation of land, water, and other assets of the poor by tourism industry ▪ Entry barriers to poor entrepreneurs: the industry is information/contact/marketing intensive ▪ Local economic linkages are often less than hoped: high transaction costs can be involved ▪ Cultural exploitation, unwelcome commercialisation of culture

Abbildung 9: Tourism as a contributor to pro-poor growth

Quelle: Goodwin/Roe/Ashley 2004b: 3.

4.2.4 Die drei Strategien des armutsreduzierenden Tourismus

Die Strategien des armutsreduzierenden Tourismus können in drei verschiedene Typen eingeteilt werden: ökonomische Effekte, andere, nicht-ökonomische Verbesserungen der Lebensbedingungen (gesundheitliche, soziale oder kulturelle Verbesserungen) sowie Ausweitung der Partizipation und Einbeziehung der lokalen, armen Bevölkerung.

Steigerung ökonomischer Effekte

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen ist sicherlich das beste Mittel zur Armutsbekämpfung, da auch bereits kleine Einkommen für ganze Familien von großer Bedeutung sein können. Um jedoch spürbare ökonomische Effekte für die Armen zu schaffen müssen

verschiedene Hürden, wie der Mangel an touristischer Ausbildung oder die stetige Verbesserung des touristischen Produkts, genommen werden (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004c: 1):

- Steigerung von lokaler Beschäftigung und Löhnen.
- Steigerung der Möglichkeiten für einheimische Unternehmen, inklusive vorgelagerter Betriebe, wie landwirtschaftliche Betriebe oder SouvenirproduzentInnen.
- Schaffung kollektiver Einnahmequellen, wie Eintrittsgebühren, Umsatzbeteiligung oder Spenden.

Verbesserung der nicht-ökonomischen Lebensbedingungen

Diese Strategien setzen zumeist bei der Reduzierung der negativen Effekte des Tourismus, wie Akkulturation oder dem verminderten Zugang zu Land- und Küstenregionen, an. Es kann jedoch auch ein positiver Zugang, immer in Kooperation mit den Zielgruppen, gefunden werden. Etwa bei der Errichtung neuer Infrastruktur für die Belange der Touristen, können durch die Einbindung der lokalen Bevölkerung auch deren Wünsche mitberücksichtigt werden und somit für beide Seiten ein Vorteil geschaffen werden (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004c: 1):

- Capacity-building und Training.
- Verringerung der Umwelteinflüsse und schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen.
- Sensibilisierung für soziale und kulturelle Einflüsse.
- Steigerung des Zugangs zu Infrastruktur für die einheimische Bevölkerung (Straßen, Transportwesen, Gesundheitsversorgung, Kommunikation).

Partizipation

Wichtig bei der Implementierung dieser Strategien ist vor allem die Einbeziehung der Armen in die lokale Tourismusplanung und die Entwicklung von formalen und informalen Möglichkeiten der Kommunikation mit der Tourismusindustrie (vgl. Goodwin/Roe/Ashley 2004c: 2):

- Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen bei der Tourismusplanung, sowie bei der politischen Entscheidungsfindung durch Einbeziehung der lokalen Bevölkerung.
- Einrichtung sogenannter *Pro Poor Partnerships* mit der Tourismusindustrie.
- Verbesserung des Informationsflusses und der Kommunikation zwischen den AkteurInnen

für zukünftige Planungsaufgaben.

4.2.5 ST-EP – Sustainable Tourism – Eliminating Poverty

Die *ST-EP - Initiative* wurde im Jahr 2002 auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg als gemeinsame Idee der Welttourismusorganisation und der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) gegründet und steht als Abkürzung für **Sustainable Tourism – Eliminating Poverty**. Ziel ist die Verbindung zwischen nachhaltigem Tourismus und Armutsbekämpfung herzustellen und seitens der UNWTO wird das Konzept in Anlehnung an die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) als Mittel zur Armutsminderung definiert, um Missstände in den Entwicklungsländern zu beheben. Den größten finanziellen Beitrag zur ST-EP-Initiative leisten die Republik Korea und die niederländische Entwicklungsorganisation SNV. Durch die *ST-EP-Foundation*, eine zu diesem Zweck gegründete Stiftung mit Sitz in Seoul, sollen diverse Tourismusprojekte in bestimmten Entwicklungsländern gefördert werden (vgl. Schunck 2006: o.S.).

Das ST-EP Konzept ist also ein Instrument zur Erreichung des ersten Millenium Development Goals (Halbierung der extremen Armut bis 2015). Es wird aber auch immer wieder darauf hingewiesen, dass der Hauptfokus auf der Bekämpfung der monetären Armut liegt. Das Konzept des *Pro Poor Tourism*, also jenes Konzept auf dem ST-EP begründet ist, hat im Vergleich dazu nicht diesen eindeutigen Schwerpunkt der Verbesserung der ökonomischen Situation (vgl. Heiml 2007: 61).

Die Programme sollen als langfristige Initiative geplant sein, um dadurch Entwicklung und Arbeit für jene Menschen zu fördern, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen. Zielgruppe der Projekte sind daher die ärmsten Länder der Welt, insbesondere Afrika. Das Rahmenprogramm von ST-EP beinhaltet insgesamt 4 Komponenten (vgl. GTZ 2007: 33):

1. *ST-EP – Foundation*: Gründung der internationalen Stiftung 2005 mit Sitz in Seoul/Korea zum Zwecke des Fundraisings bei privaten und öffentlichen GeldgeberInnen. Die Republik Korea unterstützte die Einrichtung mit fünf Millionen US-Dollar.
2. Aufbau eines wissenschaftlichen Netzwerks im Bereich Tourismus und Armutsbekämpfung, dass auch die Umsetzung auf der Forschungsebene begleitet.
3. Schaffung eines operativen Rahmens, der unter anderem Best Practice – Modelle in der Tourismuswirtschaft und bei den TouristInnen selbst bekannt macht und deren Unterstützung fördert. Außerdem soll auch ein Monitoring-Prozess aufgebaut und begleitet werden.

4. Organisation eines jährlichen Forums, das alle Stakeholder (ob privat oder öffentlich, NGO's etc.) über die Fortschritte der Initiative informiert, den Informationsaustausch untereinander fördert und versucht neue InteressentInnen zu gewinnen.

ST-EP – Projekte

Eines der Hauptziele der ST-EP – Initiative ist die Zusammenarbeit mit Regierungen, NGO's, bilateralen und multilateralen Organisationen, privaten Unternehmen, sowie lokalen Behörden, um mögliche Projekte im Bereich des armutsreduzierenden Tourismus zu identifizieren. Dabei geht es um die Stärkung nationaler TourismusplanerInnen, sowie anderer öffentlicher, privater und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen im Tourismussektor, um nachhaltige Formen des Tourismus zur Armutsbekämpfung aufzubauen. Deshalb werden ST-EP – Projekte vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern und in besonders benachteiligten Regionen anderer Entwicklungsländer implementiert.

Seit 2006 sind insgesamt 51 Projekte durch die Finanzierung der ST-EP Foundation implementiert worden. Diese sind auf dem ganzen Globus verteilt: 24 in Afrika, 16 in Süd- und Zentralamerika, 10 in Asien und Pazifik sowie eines in Europa (vgl. UNWTO 2007: 9).



4.2.6 The Seven Mechanisms

Die UNWTO hat in ihrem ST-EP Programm insgesamt sieben Leitlinien entwickelt, durch die arme Bevölkerungsschichten direkt oder indirekt vom Tourismus profitieren können. Diese Mechanismen sind zu einem wichtigen Leitfaden für die ST-EP Initiative geworden und werden regelmäßig in Projekten, Trainings, Studien, Seminaren und Konferenzen vermittelt bzw. angewandt (vgl. UNWTO 2007: 10 ff.):

1. Beschäftigung armer Bevölkerungsschichten in Tourismusunternehmen. Durch Beschäftigung wird Armut direkt bekämpft, gleichzeitig werden die Qualifikationen durch gezielte Ausbildung verbessert, was auch den Betrieben zu Gute kommt.
2. Tourismusunternehmen sollen hauptsächlich lokale Produkte bei lokalen Unternehmen kaufen, die auch vorrangig arme Bevölkerungsschichten beschäftigen. Solche Maßnahmen unterstützen traditionelle Formen der Landwirtschaft und steigern auch die Qualität sowie Identität des lokalen Tourismusprodukts. Außerdem trägt dies zur Etablierung von stabilen und langfristigen Geschäftsbeziehungen bei.
3. Direktverkauf von Waren und Dienstleistungen durch die Armen an die Besucher vor Ort. Dabei ist die Information der TouristInnen über angebotene Produkte äußerst wichtig, genauso wie die Schulung der lokalen Bevölkerung, um sicherzustellen, dass ihre Produkte den qualitativen Vorstellungen der TouristInnen entsprechen.
4. Gründung und Führung von Tourismusunternehmen durch Arme. Hilfe bei der Gründung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (Beherbergung, Verpflegung, Transport, Unterhaltung, Führungen, etc.).
5. Steuern aus dem Tourismus oder Tourismusabgaben (Beherbergungsabgaben, Eintrittsgelder, etc.) können direkt und lokal für die Armutsbekämpfung herangezogen werden. Dabei ist Transparenz und eine klare Aufschlüsselung der verwendeten Gelder unbedingt einzuhalten.
6. Freiwillige Spenden oder Unterstützung von Tourismusunternehmen und Reisenden für die arme Bevölkerung. Viele Studien weisen auf die Bereitschaft der TouristInnen hin, der Region wo sie „urlauben“ etwas zurückzugeben. Aber auch die Tourismusindustrie sieht sich oftmals verpflichtet Entwicklungsinitiativen, in Regionen wo sie agiert, zu unterstützen.
7. Von Investitionen in die, vor allem durch Tourismusedwicklung ausgelöste, Infrastruktur können auch die Einheimischen, Armen und andere Wirtschaftssektoren profitieren. Die größte Schwierigkeit besteht darin, dass eine aufkommende Entwicklung nicht die

vorhandenen Ressourcen zur Last der lokalen Bevölkerung verbraucht, sondern dieser neue Möglichkeiten der Partizipation bietet.

4.3 CBT – Community Based Tourism

Community Based Tourism (CBT) ist in den letzten 10 Jahren eine beliebte Form des nachhaltigen Tourismus geworden, die darauf abzielt, dass die lokale Bevölkerung maßgeblich über die Entwicklung und Ausrichtung des Tourismus entscheidet und die *community* davon maßgeblich profitiert. Ausgangspunkt waren die Forderungen zahlreicher NGO's, die lokale Bevölkerung viel stärker in die Tourismusplanung miteinzubeziehen.

Zuerst möchte ich auf den Begriff *community* eingehen, für den es in der deutschen Sprache keine brauchbare Übersetzung gibt:

„Eine 'community' erstreckt sich über ein bestimmtes geographisches Gebiet, erfüllt Funktionen in den Bereichen Wirtschaft (Produktion, Verteilung, Verbrauch), Sozialisation, soziale Kontrolle, und ist gekennzeichnet durch gemeinsame soziale Interaktionen, welche die Abhängigkeiten innerhalb der 'social units' sowie die gemeinsamen Normen widerspiegeln. Diese Definition von Gemeinde trifft hauptsächlich auf eher abgeschlossenen Gebiete zu, da in den großen komplexen Gesellschaften aufgrund der wachsenden Mobilität Distanz, kein oder ein zu überwindendes Hindernis darstellt und die Funktion der Gemeinde zu einer 'community without propinquity' wird“
(Wall 2000 in Lienhart 2001: 51)

4.3.1 Begriffsbestimmung Community Based Tourism (CBT)

Für CBT gibt es eine Reihe von Definitionen, die umfassendsten und wichtigsten werde ich hier vorstellen.

Häusler und Strasdas definieren CBT 2003 wie folgt:

„Community-based Tourism (CBT) is a form of tourism in which a significant number of local people has substantial control over, and involvement in its tourism development and management. The major proportion of the benefits remains within the local economy. Members of the community, even those who are not indirectly involved in tourism enterprises, gain some form of benefit as well

(community fund, multiplier effect etc.).“ (Häusler/Strasdas 2003: 3)

Auf der Homepage der Ecotourdirectory findet sich folgende Definition (2007):

„The aims are to enable participation from the local community in the development and operations of tourism with their consent and support. Another important feature is that a reasonable share of the revenues are enjoyed by the community. This type of tourism also maintains and respects the local culture, heritage and traditions. Often, community-based tourism actually reinforces and sometimes rescues these. Community-based tourism also implies respect and concern for the natural heritage, particularly where the environment is one of the attractions“ (Ecotour 2007: o.S.).

Aus diesen Definitionen ergibt sich nun die Erkenntnis, dass bei CBT eine aktive und umfassende politische wie ökonomische Partizipation der lokalen Bevölkerung in der touristischen Organisation und Entwicklung angestrebt wird. Diese Zielsetzung stellt ein wesentliches Merkmal der aktuellen Entwicklungsdiskussion dar, die auf konzeptioneller Ebene den normativen Anspruch an Partizipation stellt. Das entwicklungspolitische Ziel der Armutsbekämpfung und das Eintreten für eine nachhaltige Tourismusentwicklung und Gendergerechtigkeit sind nur einige der zentralen Bemühungen, die eine Beteiligung von einheimischen (insbesondere armen, unterprivilegierten sowie marginalisierten) Bevölkerungsgruppen in Tourismusprojekten dringend erforderlich machen (vgl. Beyer 2006: 143).

Weit länger als CBT gibt es den Begriff des *community development*, der von den Vereinten Nationen 1959 geprägt wurde und zum heutigen Konzept des CBT beigetragen hat. *Community development* wird als ein Prozess in Entwicklungsländern beschrieben, der zwei Elemente enthält (vgl. Palm 2000: 16):

- Die Teilnahme der Bevölkerung an Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen unter möglichst weitgehender Nutzung ihrer Eigeninitiative.
- Die Bereitstellung von technischen und anderen Diensten in einer Form, die zur spontanen Selbsthilfe und gegenseitiger Hilfe ermutigt und diese effektiv werden lässt.

4.3.2 Lokale Partizipation

Partizipation als Konzept kommt heute allgemein und in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit zur Anwendung und ist zweifelsohne keine originäre Erfindung für touristische Entwicklungsvorhaben. In den Entwicklungstheorien der vergangenen Jahrzehnte, vor allem in der Modernisierungstheorie, spielte Partizipation eine untergeordnete bis keine Rolle. Mit dem Aufkommen der Dependenztheorien gewann der Partizipationsgedanke im entwicklungstheoretischen Diskurs an Bedeutung. Partizipation wurde als Prozess des *Empowerment* begriffen, der die Handlungsfähigkeit der heimischen Bevölkerung durch mehr Eigenständigkeit bei der Gestaltung des eigenen Entwicklungsweges stärken sollte. Heute wird Partizipation als unabdingbares Element einer Entwicklungsstrategie, die auf Good Governance, nachhaltiger Entwicklung, Gendergerechtigkeit und Armutsbekämpfung ausgerichtet ist, angesehen (vgl. Beyer 2006: 141).

Palm unterscheidet vier Intensitätsstufen von lokaler Partizipation:

- „Stufe 1: **Information:** *Alle Beteiligten werden über geplante oder laufende Aktivitäten informiert.*
- Stufe 2 **Konsultation:** *Die Beteiligten können ihre Meinung äußern, und ihr Rat ist gefragt.*
- Stufe 3 **Entscheidung:** *Die Beteiligten haben ein Mitentscheidungsrecht über den geplanten Prozessverlauf.*
- Stufe 4 **Eigeninitiative:** *Die lokale Bevölkerung wird selbst aktiv und entwickelt und bestimmt den Projektverlauf nach eigenen Vorstellungen.*

Alle vier Intensitätsstufen können eine Form des Community Based Tourism beinhalten, wobei Stufe 1 die geringsten Effekte im Sinne von nachhaltiger Entwicklung hat (Palm 2000: 14ff.).

Bei richtiger und partizipativer Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung kann mit einem langfristigen Erfolg der Projekte gerechnet werden, da den, von den natürlichen Ressourcen abhängigen Menschen bei Erhalt und nachhaltiger dauerhafter Nutzung dieser Ressourcen eine entscheidende Schlüsselrolle zukommt. Partizipation und die Förderung von Eigeninitiative führen damit zu Impulsen für die ländliche Regionalentwicklung und zum Umweltschutz, außerdem können negative soziokulturelle Folgewirkungen des Tourismus durch die Einbeziehung der

lokalen Bevölkerung minimiert werden (vgl. Palm 2000: 15ff.).

Aus- und Weiterbildung durch Partizipation

Als erster Schritt der Partizipation sollte immer die Information der einheimischen Bevölkerung über geplante Projekte in der Region erfolgen, danach braucht es die Einbeziehung in den Entscheidungsprozess, was im Idealfall zur Eigeninitiative bei der Durchführung der Projekte führt. Um dies zu erreichen ist von den ProjektpartnerInnen und externen ExpertInnen die Bereitschaft zu entsprechenden Aus- und Weiterbildungsprogrammen erforderlich. Neben sprachlicher Schulung, zur konfliktfreien Verständigung für beide Seiten, ist die Vermittlung der Vorstellungen der Tourismuswirtschaft sowie die Sensibilisierung zum Naturschutz besonders wichtig. Dadurch wird bei der lokalen Bevölkerung ein Verständnis für die Bedürfnisse der TouristInnen geweckt und ein neues Bewusstsein für die natürlichen Ressourcen geschaffen. Dies soll zu einer positiven und langfristigen Entwicklung führen, an deren Ende die nachhaltigen ökonomischen und ökologischen Effekte stehen (vgl. Palm 2000: 19ff.).

Kulturerhaltung durch Partizipation

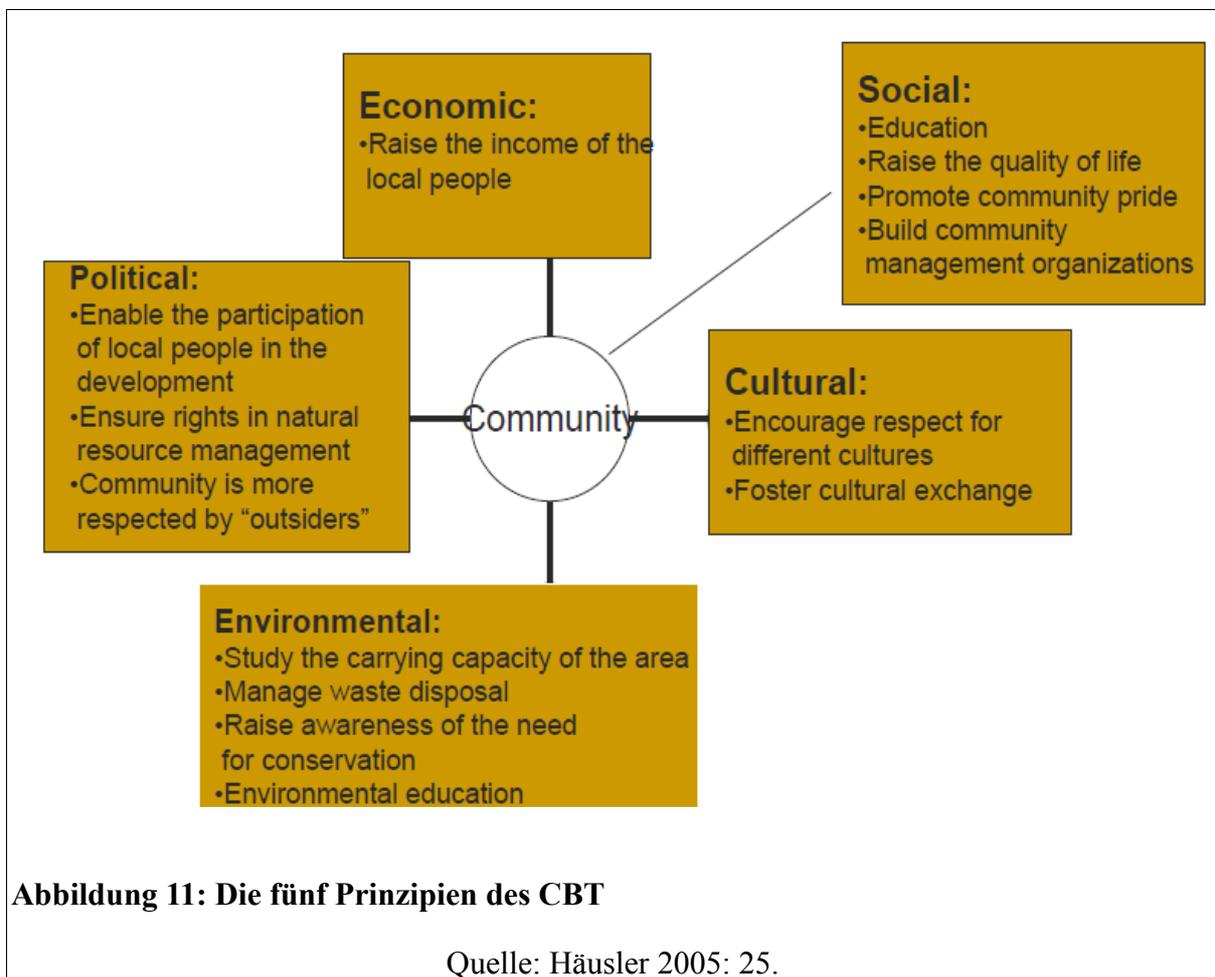
Das Instrument des Tourismus bietet in peripheren Regionen die Möglichkeit, Bräuche, Sitten, traditionelles Handwerk und Kunst zu erhalten oder wieder neu einzuführen. Die menschliche Ressource „Kultur“ kann durch den Tourismus zu einem Fortbestehen der Bindung an einen Kulturkreis führen und damit den Verlust von Identität vermeiden.

„Die Integration der menschlichen Ressourcen in das Konzept des CBT als Instrument der EZA führt durch eine Bewusstseins und Wissenserweiterung zu einer Integration der natürlichen Ressourcen in Form von nachhaltiger Nutzung sowie zu einer Erhaltung der menschlichen Ressourcen, ebenfalls in Form der nachhaltigen Nutzung, mit dem Ziel der positiven langfristigen ökologischen, ökonomischen und soziokulturellen Auswirkungen.“ (Palm 2000: 20ff.)

4.3.3 Prinzipien von Community Based Tourism

Insgesamt gibt es fünf Prinzipien, die die grundlegenden Ziele und Herausforderungen von CBT

herausarbeiten. Erfolgreiche CBT – Projekte müssen vor allem positive ökonomische, soziale, kulturelle, ökologische und politische Effekte haben (Abbildung 11).



4.4 Kritische Betrachtung der Strategien des armutsreduzierenden Tourismus

In den letzten Jahren wurden die PPT/ST-EP/CBT – Ansätze thematisch und inhaltlich immer weiterentwickelt. Viele bilaterale und multilaterale Entwicklungsorganisationen und NGO's sind in diesem Bereich aktiv geworden.

Grundsätzlich ist aber festzuhalten: „*tourism development, as an economic activity, operates within the same socio-political confines as other forms of development that have failed struggling economies. If persistent structural inequities are not adressed, relying on tourism (pro poor or not)*

as a last resort 'rescue plan' is unlikely to reap significant and long-term benefits for the already marginalised, particularly if their communities are already fractured and inhabit environmentally vulnerable areas“ (Chok/Macbeth/Warren 2007: 36).

Insgesamt sind drei große Kritikpunkte auszumachen, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen (vgl Ashley/Goodwin 2007: 1):

1. PPT/ST-EP/CBT – Projekte bleiben auf der Mikroebene:

Die Konzepte sollten auf alle Arten des Tourismus angewendet werden können und nicht nur als Nischenprodukt geplant werden, wie etwa Öko- oder Ethnotourismus. Die Gewinnmaximierung des Tourismus für die Armen kann auch auf Strandurlaube, Städtetourismus, Konferenzen, Safari-Touren, etc. angewendet werden. Jedoch bleiben die meisten Projekte auf der Mikroebene, im Bereich des *Community Based Tourism*, Camping- und Trekkingtourismus. Der Erfolg dieser Projekte ist im Gesamtkontext der Armutsbekämpfung äußerst marginal.

2. Zu geringer Fokus auf Marktwünsche:

Oft wird das alte, aber weiterhin gültige, Sprichwort „*it is not tourism until it is sold*“ nicht beachtet. Initiativen konzentrieren sich zumeist auf die Schulung der Einheimischen und den Ausbau der Infrastruktur für TouristInnen, während das Tourismusprodukt selbst, keinen Anklang am Reisemarkt, weder regional noch international, findet. Dies hat zur Folge, dass der Nutzen für die arme Bevölkerung ausbleibt. Aus Mangel an Alternativen werden jedoch weiterhin Kommunen dazu aufgerufen, Land, Arbeitskraft und Geldmittel in den Ausbau des Tourismus zu investieren. Diese, zumeist institutionellen, Fehler ergeben sich aus der Sichtweise, dass der Ausbau des Tourismus und die Anwendung der armutsreduzierenden Konzepte zwei verschiedene Aufgaben für verschiedene Personen sind. PPT – Projekte werden immer noch als separierte Art des Tourismus gesehen und die eingesetzten ProjektmitarbeiterInnen wissen in der Regel wenig über klassische Tourismusmärkte und die Zusammenarbeit mit der Tourismusindustrie.

3. Zu wenig Dokumentation:

Das dritte Problem stellt die Abwesenheit eines systematischen Monitoring der veränderten Lebensbedingungen, der in Projekten eingebundenen Menschen dar. Es gibt zwar eine Fülle an Literatur, die sich mit den verschiedenen Strategien auseinandersetzt, für die Untersuchung der Resultate gibt es aber bis jetzt nur wenig Anleitungen.

5. Tourismus in der österreichischen EZA (OEZA)

Bevor auf den Stellenwert und die Aktivitäten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus genauer eingegangen wird, sollen zuerst die Grundlagen, thematischen Schwerpunkte, sowie die geographische Konzentration der OEZA erläutert werden.

5.1 Grundlagen der österreichischen EZA

Die Ziele und Prinzipien der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) sind im 2002 beschlossenen Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-Gesetz) festgeschrieben, welches das 1974 beschlossene Entwicklungshilfegesetz ersetzte. Entwicklungspolitik wird im EZA-Gesetz als eine Angelegenheit des Bundes festgelegt und als Summe all jener Maßnahmen definiert, die

„...geeignet sind, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern oder eine Beeinträchtigung dieser Entwicklung hintanzuhalten; sie umfasst insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit.“ (§ 1 Abs. 2 EZA-G)

Im Rahmen des EZA-Gesetzes werden folgende Ziele für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit festgelegt:

- „1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll,*
- 2. die Sicherung des Friedens und der menschlichen Sicherheit, insbesondere durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und guter Regierungsführung, sowie*
- 3. die Erhaltung der Umwelt und den Schutz natürlicher Ressourcen als Basis für eine nachhaltige Entwicklung.“ (§ 1 Abs. 3 EZA-G)*

Neben den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit werden im EZA-Gesetz auch deren Prinzipien festgelegt. Demnach sollen bei allen Maßnahmen im Rahmen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- „1. die Zielsetzungen der Regierungen und der betroffenen Bevölkerung in den Entwicklungsländern in Bezug auf Geschwindigkeit und Form des Entwicklungsprozesses sowie deren Recht auf Wahl des eigenen Entwicklungsweges,
 2. die Integration der Maßnahmen in das soziale Umfeld unter besonderer Beachtung kultureller Aspekte und die Verwendung angepasster Technologie
 3. die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sowie
 4. in sinnvoller Weise die Bedürfnisse von Kindern und von Menschen mit Behinderung.“
- (§ 1 Abs. 4 EZA-G)

Entwicklungszusammenarbeit wird im EZA-Gesetz folgendermaßen definiert:

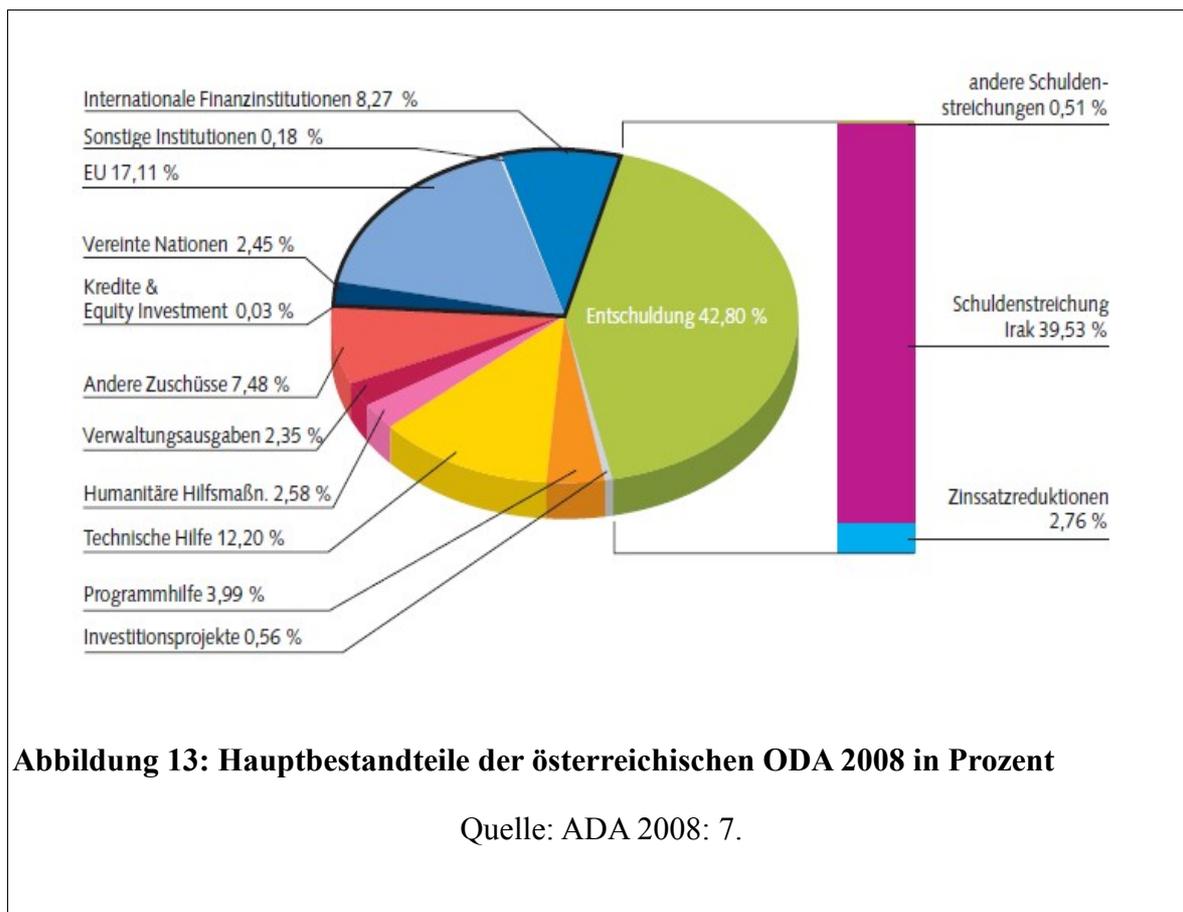
„Entwicklungszusammenarbeit im Sinne dieses Bundesgesetzes umfasst alle Maßnahmen des Bundes, die Bestandteil der öffentlichen Entwicklungsleistungen sind und die an den Entwicklungshilfesausschuss (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gemeldet werden.“ (§ 2 Abs. 1 EZA-G)

Alle öffentlich aufgebrauchten Mittel, die in Österreich für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, werden mit dem Begriff ODA umschrieben. ODA steht für *Official Development Assistance* und umfasst alle Leistungen, die von Bund, Ländern und Gemeinden erbracht werden. Der Entwicklungshilfesausschuss der OECD, kurz DAC – *Development Assistance Committee* - veröffentlicht jährlich diese Zahlen. Die Mitglieder bestimmen gemeinsam, welche Leistungen als offizielle Entwicklungshilfe anrechenbar sind (vgl. Mair 2006: 126ff).

	Auszahlungen in Mio. Euro und in % des BNE				
	2004	2005	2006	2007	2008
Gesamt-ODA	545,42	1.265,89	1.193,80	1.321,08	1.187,97
davon bilaterale ODA	283,75	991,25	869,70	967,39	855,27
davon multilaterale ODA	261,67	274,64	324,10	353,69	332,70
Gesamt-ODA in % des BNE	0,23 %	0,52 %	0,47 %	0,50 %	0,43 %

Abbildung 12: Entwicklung der österreichischen Gesamt-ODA 2004-2008

Quelle: ADA 2008: 8.



Der größte Teil der österreichischen ODA-Leistungen kommt vom Bund, vor allem aus den Ministerien für Finanzen, europäische und internationale Angelegenheiten, Wirtschaft, Inneres, sowie Bildung, Wissenschaft und Kunst. Das Finanzministerium erbringt durch seine Beiträge zu den internationalen Finanzinstitutionen, zu multilateralen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder EU, sowie im Bereich der Entschuldungsmaßnahmen den größten Anteil von Seiten der Ministerien.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ist für jenen Teil der Mittel zuständig, die als Programm- und Projekthilfe (oder auch Technische Hilfe genannt) bezeichnet werden. Im langjährigen Durchschnitt handelt es sich dabei um etwa ein Fünftel der österreichischen ODA-Leistungen. Diese Mittel sind großteils dadurch gekennzeichnet, dass sie für die klassische Programm- und Projekthilfe mit einem Partnerland (oder einer multilateralen Organisation als ausführenden Projektpartner) verwendet werden. Der größte Teil der Technischen Hilfe wird von NGO's oder Unternehmen (durch Kofinanzierungen) in Form von Projekten umgesetzt, was einerseits den österreichischen Entwicklungshilfe-NGO's eine wichtige Rolle bei der Implementierung von Projekten

zusichert, andererseits auch auf Kritik stößt, z.B. durch das DAC, das eine stärkere Rolle der Partnerländer einfordert (vgl. Mair 2006: 127ff).

Hauptakteur in der Verwaltung, Projektvergabe und Kontrolle der Programm- und Projekthilfe ist die Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mit beschränkter Haftung – *Austrian Development Agency* – ADA.

5.1.1 Die Austrian Development Agency (ADA)

Das 2002 verabschiedete Entwicklungszusammenarbeitsgesetz wurde bereits im folgenden Jahr novelliert. Grund für die Überarbeitung dieses Gesetzes war der Beschluss zur Einrichtung einer eigenständigen Gesellschaft, welche die österreichische Entwicklungszusammenarbeit umsetzen sollte.

Mit der Verabschiedung der Novelle des EZA-Gesetzes wurde die rechtliche Grundlage für die Einrichtung der Austrian Development Agency (ADA) geschaffen. Die ADA wurde am 1. Jänner 2004 als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, stellt also in rechtlicher Hinsicht ein Unternehmen dar. Gründer und Eigentümer dieses Unternehmens ist der Bund, der in dieser Frage durch den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten vertreten wird (vgl. § 6 EZA-G). Die privatrechtliche Organisationsform wurde gewählt, um jene Aufgaben, die aus Österreichs Engagement in der Entwicklungspolitik erwachsen, operativ bewältigen zu können und um einen Rahmen zu schaffen, in dem die österreichische Wirtschaft verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden kann.

Die Aufgabe der Austrian Development Agency ist „*die Erarbeitung und die Abwicklung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit*“ (§ 8 EZA-G). Die ADA hat ein jährliches Arbeitsprogramm vorzulegen, das vom Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten zu genehmigen ist. Dieses Arbeitsprogramm muss auch das Budget der ADA enthalten und die Schwerpunkte und Ziele der Tätigkeit der ADA für das kommende Jahr festlegen.

Während die ADA in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen (vor allem NGO's, multilaterale Organisationen wie den Vereinten Nationen, sowie Unternehmen), die ebenso entwicklungspolitische Maßnahmen setzen, für die Erarbeitung und Abwicklung der konkreten Maßnahmen zuständig ist, befasst sich das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) mit der Erstellung der längerfristigen grundsätzlichen Ausrichtung der österreichischen EZA, sowie mit der geographischen und inhaltlichen

Schwerpunktplanung der österreichischen Entwicklungspolitik. Im sogenannten „Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik“, dessen Fokus auf dem Erreichen der Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen liegt, wird diese Weichenstellung der österreichischen EZA festgehalten und in enger Zusammenarbeit zwischen BmeiA, Finanzministerium und der ADA jährlich aktualisiert. Es bildet die Grundlage für die Programmierung der konkreten Arbeit der ADA (vgl. Mair 2006: 125ff).

Das Dreijahresprogramm ist außerdem die Basis für die einzelnen Landesprogramme, die in Kooperation mit den Empfängerländern sowie mit anderen Gebern und Stakeholdern (vor allem die EU) erstellt werden.

Organisationsstruktur der ADA

Für die operativen Aufgaben der ADA sind insgesamt vier Abteilungen zuständig:

- Programme und Projekte International
Diese Abteilung bildet das „Herzstück“ der ADA. Die Länder- und RegionalbetreuerInnen stehen hier über Auslandsbüros in direktem Kontakt mit den Partnerländern der OEZA. Insgesamt gibt es etwa 70 MitarbeiterInnen in den 16 Kooperationsbüros der OEZA, diese Büros sind in die Struktur der diplomatischen Vertretungen Österreichs eingebunden und ermöglichen den direkten Dialog mit allen Partnern vor Ort (vgl. ADA o.J.a: o.S.). Hauptaufgaben dieser Büros sind die Vorbereitung und Verhandlung der Landesprogramme mit den dafür zuständigen Stellen des Partnerlandes und den anderen Gebern vor Ort, der entwicklungspolitische Dialog mit dem Partnerland, das Monitoring der österreichischen Programme und Projekte sowie die entwicklungspolitische Berichterstattung an die ADA-Zentrale und das BmeiA (vgl. Mair 2006: 131 ff).
- Entwicklungspolitische Kommunikation und Bildung in Österreich.
- Finanz-, Rechnungs- und Kontrollwesen.
- Allgemeine Verwaltung.

5.1.2 Geographische Schwerpunkte der OEZA

Die OEZA konzentriert sich insgesamt auf sieben Schwerpunktregionen, wobei es in jeder

Region zumindest ein Schwerpunktland mit einem Koordinationsbüro vor Ort gibt. Diese Konzentration scheint auf den ersten Blick zwar willkürlich, jedoch gibt es oftmals bereits langjährige Zusammenarbeit zwischen österreichischen NGO's (vor allem kirchliche Organisationen) und den Partnerländern. Außerdem spiegelt der Fokus auf einige wenige Länder die begrenzten Möglichkeiten der OEZA wieder und ist somit durchaus positiv zu sehen, da durch eine Bündelung der Mittel sicherlich entwicklungspolitisch mehr erreicht wird als mit vielen Kleinstprojekten weltweit.

Schwerpunktregionen der OEZA	Schwerpunktländer der OEZA
■ Zentralamerika	■ Nicaragua
■ Westafrika/Sahel	■ Kap Verde, Burkina Faso
■ Ostafrika	■ Äthiopien, Uganda
■ Südliches Afrika	■ Mosambik
■ Himalaya-Hindukusch	■ Bhutan
■ Südosteuropa/Westbalkan	■ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Montenegro, Moldau
■ Südkaukasus	■ Palästinensische Gebiete

Abbildung 14: Schwerpunktregionen der OEZA

Quelle: ADA 2008: 10.

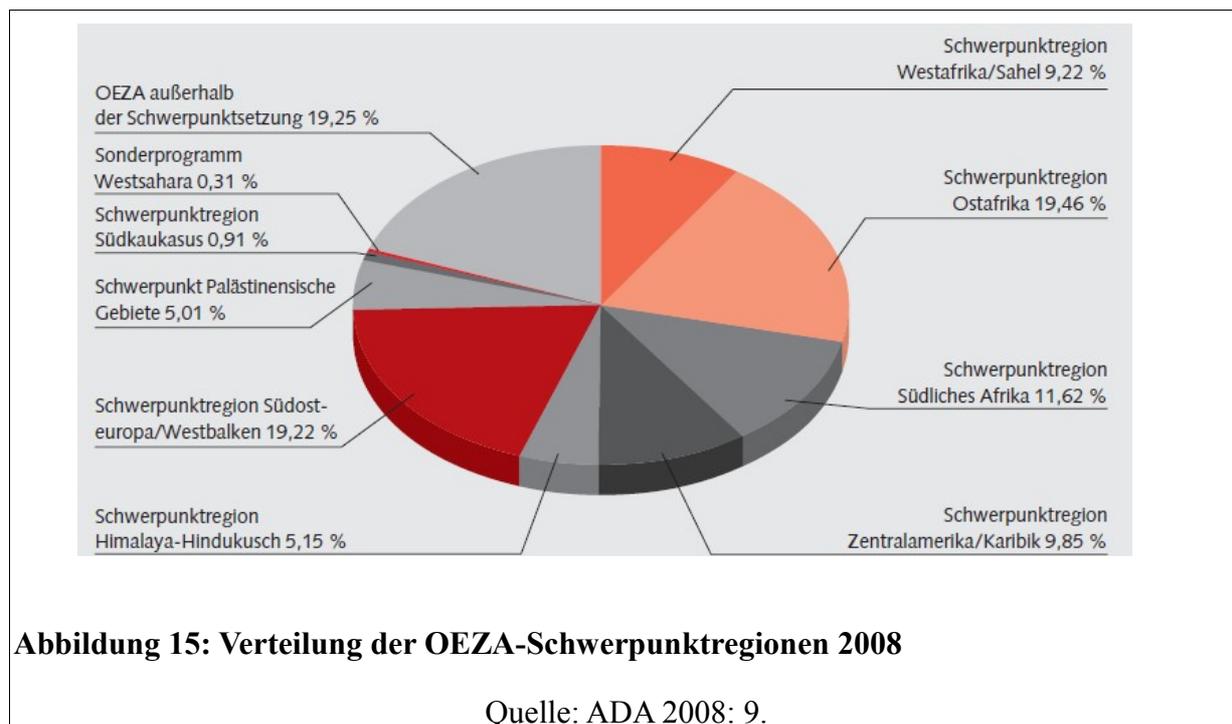


Abbildung 15: Verteilung der OEZA-Schwerpunktregionen 2008

Quelle: ADA 2008: 9.

5.1.3 Inhaltliche Schwerpunkte der OEZA

Oberziel Armutsminderung

Die OEZA definiert Armutsminderung als Oberziel ihrer Aktivitäten und „*bezieht sich auf klare gesetzliche Vorgaben der österreichischen Politik. Armutsminderung ist eines von drei Zielen im EZA-Gesetz. Demgemäß soll diese durch nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum verbunden mit einem strukturellen und sozialen Wandel erreicht werden. Die Förderung demokratischer Strukturen und politischer Institutionen, um eine gute und verantwortungsvolle Regierungsführung in derzeit häufig schwachen Staatsgebilden zu erreichen, ist dabei zielführend. Unabdingbar aber ist es, eine größere Verteilungsgerechtigkeit sowie mehr Chancengleichheit zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen eines Landes, zwischen Frauen und Männern zu erlangen. Die Betroffenen selbst bestimmen ihren Entwicklungsweg, dabei sind sie zu unterstützen. Deshalb liegt im sogenannten Empowerment große Hoffnung und darf dieses in Strategien der Armutsminderung der OEZA nicht fehlen*“ (OEZA 2009a: 3).

Dies bedeutet in der Praxis, dass Armutsbekämpfung bei allen Aktivitäten der OEZA primäres Ziel ist und als sogenanntes Querschnittsthema mitgedacht werden muss. Andere Querschnittsthemen sind Gender- und Umweltfragen. Projektaktivitäten dürfen sich nicht negativ auf diese Bereiche auswirken.

Aus diesen Vorgaben leiten sich folgende Punkte für die Arbeit der OEZA/ADA ab (vgl. OEZA 2009: 15):

- Die am wenigsten entwickelten Länder sind bevorzugte Schwerpunktländer.
- In diesen Ländern haben besonders bedürftige Regionen Priorität.
- Unterstützung von Dezentralisierungsprozessen zur Stärkung der Mitbestimmung, Eigenverantwortung und Selbsthilfe armer Bevölkerungsgruppen auf lokaler Ebene.
- Maßnahmen mit unmittelbarer Auswirkung für Arme haben Vorrang.
- Besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen, insbesondere Frauen und Kinder, werden bevorzugt gefördert.

Wasser und Siedlungshygiene

Wasser und Siedlungshygiene bilden seit vielen Jahren ein Schwerpunktthema der OEZA, da Wasser ein Schlüsselfaktor für die sozio-ökonomische Entwicklung und Bewahrung der Lebensgrundlagen ist. Wasser ist Lebensmittel, Voraussetzung für Hygiene, Produktionsmittel und Bestandteil der Ökosysteme (vgl. OEZA 2008a: 1).

Die OEZA/ADA definiert daraus folgende Strategien bzw. Sektorziele in diesem Bereich (vgl. OEZA 2008a: 9):

- Verbesserung von Grundversorgung und Gesundheit (nachhaltiger und leistbarer Zugang für alle in ausreichender Menge, Freisetzung von menschlichem Potenzial, das durch Wasserbeschaffung und Krankheitszeiten gebunden ist).
- Sicherung des Lebensunterhalts und der wirtschaftlichen Entwicklung durch das Bereitstellen von Wasser für produktive Zwecke, vor allem der Landwirtschaft.
- Schutz von Wasserressourcen.
- Gerechte, geordnete und nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen.

Ländliche Entwicklung

Die OEZA fördert in diesem Bereich die landwirtschaftliche Produktion und kleinbäuerliche Betriebe, da die Landwirtschaft in vielen Partnerländern und Regionen die Lebensgrundlage für die Bevölkerung darstellt, durch (vgl. OEZA 2003: 33):

- Erhaltung und Vermehrung natürlicher Ressourcen als Grundlage von Produktion und Ernährung.
- Verbesserung der Produktions- und Marktbedingungen von Lebensmitteln, um Angebot, Zugang und lokales Einkommen zu verbessern.
- Aufbau und Stärkung der Kapazitäten lokaler Institutionen, Organisationen und Initiativen, um soziale Dienstleistungen zu verbessern, sowie eine effiziente Vertretung aller Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Energie

„Zugang zu leistbaren, verlässlichen und nachhaltig gestalteten Energiedienstleistungen zu schaffen ist primäres Ziel der OEZA. Es werden nur Projekte und Programme unterstützt, die diesen Qualitätskriterien entsprechen und direkt oder indirekt armutsreduzierend wirken. Die Schwerpunkte der OEZA liegen insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ (ADA o.J.b: o.S.).

Privatsektorentwicklung

In diesem Bereich konzentriert sich die OEZA auf folgende Bereiche (vgl. OEZA 2009b: 5ff) :

- Wirtschaftspartnerschaften:
Einbeziehung der österreichischen bzw. europäischen Wirtschaft/Unternehmen in entwicklungspolitisch relevante Ziele durch Kooperationsmöglichkeiten.
- Business Development Services (BDS):
Unterstützung von Unternehmen zur Steigerung von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit (z.B. Zugang zu Wissen und Know-how, Aus- und Weiterbildung, Unterstützung von Marketing- und Vertriebsaktivitäten).
- Mikrofinanzdienstleistungen:
Zugang zu Finanzdienstleistungen für alle Bevölkerungsgruppen (z.B. ländliche Bevölkerung, Frauen, MikrounternehmerInnen).

Bildung und Wissenschaft

Bildung kann wesentlich zur Armutsminderung, zur Verbesserung der Situation der Frauen, zur Vorbeugung von AIDS und anderen Krankheiten und zur Sensibilisierung von Umweltthemen beitragen. *„Die Unterstützung der Österreichischen Bildungszusammenarbeit umfasst Grundschulbildung, Berufsausbildung und Ausbildung im Postsekundarbereich, einschließlich Wissenschaft und Forschung“ (OEZA 2007: 5ff).*

Governance

Mehr als ein Drittel der österreichischen Entwicklungsprojekte und Programme befasst sich mit der

Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Strukturen und Prozesse, Förderung von Partizipation und Demokratieentwicklung. Die OEZA ist dabei in folgenden Bereichen aktiv (vgl. OEZA 2006: 12ff):

- Stärkung der Menschenrechte.
- Demokratisierung: Förderung parlamentarischer Entwicklung, Förderung des Zugangs zu Information, zivilgesellschaftlicher Partizipation, Dezentralisierungsprozessen, *local governance* und Unterstützung bei Wahlen sowie Versöhnungsprozessen.
- Friedenssicherung und Konfliktprävention.
- Rechtsstaatlichkeit und Justiz: Förderung von Gewaltentrennung und Gleichheit vor dem Gesetz, Einhaltung der Menschen- und Minderheitenrechte, Unterstützung von Ombudsinstitutionen.
- Stärkung der Zivilgesellschaft (Empowerment).
- Unterstützung von Verwaltungsreformen und Verwaltung öffentlicher Ressourcen.

5.2 Tourismus in der OEZA

Grundlage für die Arbeit der ADA/OEZA in diesem Bereich bilden die Vorgaben der *Sektorpolitik Tourismus* der OEZA aus dem Jahr 2001. In diesem Papier ist festgehalten, dass Tourismus kein weiterer Schwerpunktsektor ist, Tourismusförderung kann jedoch Teil der Aktivitäten der OEZA sein, wenn es sinnvoll erscheint und den besonderen Anforderungen der Partnerländer entspricht.

Folgende Gründe sind für das Engagement der OEZA ausschlaggebend (vgl. OEZA 2001: 9):

- Es wird auf den lokalen Bedarf reagiert, der durch Anfragen auf Regierungsebene und lokaler Gemeinschaften zum Ausdruck kommt.
- Die Kosten des Nichthandelns sind wesentlich höher als die des Handelns, der „Tourismusboom“ muss zum Wohle der lokalen Bevölkerung kontrolliert werden.
- Nachhaltiger Tourismus kann zu den Zielen der OEZA beitragen (Verringerung der Armut, nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung, Wahrung der Menschenrechte und Völkerverständigung).
- Österreich hat Know-how, vor allem in den Bereichen Ausbildung, Vermarktung und Regionalentwicklung, anzubieten.

5.2.1 Ziele der Tourismus-Förderung der OEZA

Oberziel ist die „Förderung einer sozial verantwortlichen und ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Tourismusentwicklung zur Armutsbekämpfung in den OEZA-Ländern“ (OEZA 2001: 17). Dabei soll vor allem die lokale Bevölkerung der Schwerpunktländer von den Projekten im Tourismusbereich profitieren. Dies soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden (vgl. OEZA 2001: 17):

1. Bewusstseinsbildung der lokalen Bevölkerung über Chancen und Risiken touristischer Entwicklung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation.
2. Einkommen aus Tourismus soll der lokalen Bevölkerung auf breiter Basis zugänglich gemacht werden (Wettbewerbsstärkung lokaler Tourismusbetriebe, Sicherung von Arbeitsplätzen durch Aus- und Weiterbildung).
3. Schutz von natürlichen und kulturellen Ressourcen.
4. Stärkung einheimischer Kultur und Identität in touristischen Zielgebieten.
5. Minimierung tourismusbedingter sozialer, ökonomischer und kultureller Schäden in Tourismusgebieten.
6. Förderung von partnerschaftlichen Kooperationen zwischen externen Tourismusunternehmen und der lokalen Bevölkerung.
7. Aufbau von lokalen und regionalen Kapazitäten zur Planung und Steuerung von Tourismus.
8. Verbesserung von Know-how Transfer in Entwicklungsländer.
9. Förderung des kulturellen Verständnisses zwischen Reisenden und Bereisten.

Da die lokale Bevölkerung und Armutsbekämpfung im Fokus der Tourismusförderung stehen, werden mit Mitteln der OEZA keine großen Hotelprojekte und Projekte von Investorenkonsortien, etwa zur Neuentwicklung von Destinationen, Masterpläne ohne klare Umsetzungsorientierung oder Einzelpersonen gefördert. Damit wurde versucht sicherzustellen, dass die Steuerbarkeit des Tourismus, trotz der Vielfältigkeit der Interessensgruppen, größtmöglich in lokaler Hand bleibt und längerfristige Auswirkungen abschätz- bzw. steuerbar werden (vgl. OEZA 2001: 18).

5.2.2 Strategien der Tourismusentwicklung

(vgl. OEZA 2001: 19ff.)

OEZA tritt als Vermittler auf (Facilitator)

Dabei geht es vor allem um das Ermöglichen von Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen (makro, meso, mikro), um das Einbeziehen aller Stakeholder sowie die Bereitstellung von Know-how zur verbesserten Planung der touristischen Entwicklung.

Minimierung unerwünschter Folgeschäden

Im Vordergrund steht die Nutzung und Förderung der eigenen Stärken sowie die Vermeidung von international bereits begangenen Fehlern. Das Bewusstsein und Wissen der lokalen Bevölkerung über soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Auswirkungen soll gestärkt werden, um die negativen Auswirkungen abzupuffern. Deshalb wird nur dort interveniert, wo bereits touristische Strukturen gegeben sind und die Projekte auch die lokal vorhandene Wirtschaft einbeziehen, um Einkommen zu schaffen. Außerdem soll durch die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen Transparenz und Mitsprache bei Tourismusprojekten erhöht werden.

Kooperation mit dem österreichischen Tourismus

Einerseits wird die österreichische Tourismuswirtschaft als Partner für kultur- und sozialverträglichen Tourismus in Entwicklungsländern mit einbezogen, andererseits soll durch die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der OEZA die reisende Öffentlichkeit zu kultur- und umweltsensiblen Verhalten angeregt werden.

OEZA entwickelt ein Segment bzw. eine Nische

Tourismusprojekte werden von der OEZA gefördert, wenn während der Planungsphase ein bestimmtes Tourismus-Segment, eine Nische oder ein klarer komparativer Konkurrenzvorteil (USP – Unique Selling Point) zu erkennen sind und zur Armutsbekämpfung beitragen. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sind kann Tourismus auch als neues Instrument zur Entwicklung in einer Region eingeführt werden.

5.2.3 Kriterien für die Förderung von Programmen und Projekten

Die OEZA hat einen Kriterienkatalog entwickelt, der in der Planungsphase von Projektaktivitäten hinzugezogen wird. Es wird zwischen Muss- und Sollkriterien unterschieden. Musskriterien

müssen in allen Projekten eingehalten werden. Zudem müssen für die Genehmigung des Projektes, Prozesse, die zu deren Erfüllung beitragen, nachgewiesen werden. Sollkriterien sind je nach Projektart miteinzubeziehen (vgl. OEZA 2001: 21).

Ein wesentliches Kriterium bei der Planung ist zudem die jeweilige Strategie des Partnerlandes. Des Weiteren wird überprüft, in wie weit die angedachten Projekte mit den Regionalentwicklungs- bzw. Tourismus-Masterpläne harmonisieren. Tourismusprojekte ohne Abstimmung und Einbettung in nationale bzw. regionale Strategien machen wenig Sinn. Dasselbe gilt auch für Strategien anderer Geberorganisationen und wird als Harmonisierung der Geberaktivitäten bezeichnet. Dies ist mittlerweile zentraler Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Länder und in der Paris Declaration on Aid Effectiveness von 2005 festgehalten.

Muss-Kriterien	Soll-Kriterien
Nachhaltigkeit als Gesamtkonzept	Langfristige Zeithorizonte ermöglichen
Inhaltliche und geographische Beschränkung	Langfristige PR- und Marketingmaßnahmen
Lokale Besonderheiten (Kultur, Umwelt) beachten	Vermeidung von einseitigen Abhängigkeiten von Tourismus (Tourismus als Zusatzeinkommen)
Schaffung von Einkommen und Wertschöpfung für die lokale Bevölkerung	Lokalen Wirtschaftskreislauf anregen – lokal produzieren und konsumieren
Tourismuspotential muss vorhanden sein	Kein Luxustourismus in sehr armen Gebieten
Erwartungen der Touristen beachten (Unterkunft, Hygiene, Sicherheit, etc.)	Bewusstsein für nachhaltigen Tourismus bei den Touristen schaffen - Öffentlichkeitsarbeit in den Herkunftsländern
Einforderung eines Eigenanteils von Zielgruppen, um <i>Ownership</i> sicherzustellen	Administrative Dezentralisierung unterstützen
Kein Infrastrukturausbau nur für Touristen	Basisinfrastruktur für Bevölkerung
Aus- und Weiterbildung für lokale Bevölkerung	Umwelterziehung in Tourismusausbildung
Zugang zu Information und Kommunikation für alle Stakeholder	Aktives Management und Monitoring der Besucherströme durch Behörden anregen
Partizipative Planung von Tourismusprojekten	Gemeinde-Entwicklungskomitees etablieren
Know-how Transfer und Aufbau lokaler Kapazitäten	Zivilgesellschaft stärken
Genderaspekte schon bei der Planung beachten	Kulturinteressen der einheimischen Bevölkerung erkennen und unterstützen
Umweltschutz als integraler Bestandteil	Staatliche Umweltschutzmaßnahmen unterstützen bzw. anregen
Qualitätskriterien für nachhaltigen Tourismus einhalten (langfristig möglich, kulturell, sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvoll)	Zeitgemäße Forschung für nachhaltigen Tourismus fördern
Kontinuierliches Monitoring und Evaluieren	
Kinderarbeit minimieren und Gefahr von (Kinder-) Sextourismus abklären	
Korruption durch Monitoring bekämpfen	
Aufnahmekapazität der Zielgebiete analysieren	

Tabelle 2: OEZA-Kriterien zur Förderung von Tourismusprojekten

Quelle: OEZA 2001: 21ff.; eigene Zusammenstellung.

5.2.4 Projektaktivitäten im Tourismus

Wie zuvor bereits erwähnt, ist Tourismus kein weiteres Schwerpunktthema der OEZA. Dementsprechend gering ist das Engagement und die Anzahl der Länder, wo Tourismus für die

österreichische Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle spielt.

Österreich unterstützt Projekte im Bereich Tourismus, im Rahmen der EZA, in den zwei Schwerpunktländern Montenegro und Bhutan. Fokus der Betrachtung werden die Aktivitäten der OEZA in Montenegro sein, da diese mit Sicherheit in Hinblick auf Umfang, Konzeption und Ausrichtung der Maßnahmen, am stärksten in Richtung armutsreduzierender Tourismus gehen. Davor möchte ich aber noch kurz auf das Engagement der OEZA im Schwerpunktland Bhutan in der Himalaya-Region eingehen:

Tourismus bildet dort einen der Schwerpunkte der OEZA. In den letzten Jahren wurde die bhutanische Regierung, etwa bei der Erstellung eines Masterplans für den Tourismussektor durch österreichische ExpertInnen unterstützt. Weiters wurde ein sogenanntes *Hotel & Tourism Management Training Institute* (HTMTI) als Kompetenz- und Ausbildungszentrum gemeinsam mit der bhutanischen Regierung finanziert, das einen Beitrag zum Aufbau von sanften Tourismusformen leisten soll. Die OEZA stellte die technische Ausrüstung und Infrastruktur zur Verfügung und übernahm mit österreichischen Tourismusschulen die Lehrplanentwicklung für die zweijährigen international anerkannten Lehrgänge. Außerdem werden Stipendien für BhutanerInnen am Kolleg für Tourismus in Salzburg-Klessheim finanziert. Eine weitere Aktivität bildet die Renovierung von bhutanischen Kulturdenkmälern, wie einem Kloster, einem alten Wachturm sowie einem Museum, was zur Attraktivierung für den Tourismus beitragen soll (vgl. OEZA 2009c: 8ff).

6. Tourismusentwicklung der OEZA in Montenegro

6.1 Aktuelle Situation in Montenegro

Mit einer Fläche von 13.800 qkm und einer Bevölkerung von 625.000 ist Montenegro der kleinste Staat unter den sechs Republiken des ehemaligen Jugoslawiens und hat seit den 1990er Jahren den wirtschaftlichen, sozialen sowie politischen Transformationsprozess begonnen (vgl. UNDP 2009: 7). Montenegro hat sich durch ein Referendum im Jahr 2006 von Serbien abgespalten und ist seitdem ein eigenständiger Staat. Die EU-Beitrittsperspektive ist seither der Antrieb der Reformen. Der Beitritt wurde als wichtigstes strategisches Ziel der montenegrinischen Politik definiert.

Trotz einer guten ökonomischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit (laut Monstat - montenegrinisches Statistikamt betrug das Wirtschaftswachstum 6,9% für 2008, das BIP/Kopf €4908; vgl. Monstat 2009b: o.S.) haben sich die regionalen Disparitäten innerhalb Montenegros nicht verringert, der gebirgige Norden hat sich im Vergleich zu den Küsten- und Zentralregionen des Landes weit weniger gut entwickelt, was sich vor allem in höheren Armuts- und Arbeitslosenzahlen (Durchschnittslohn 2007: €497, Arbeitslosenraten bis zu 40%; vgl. Monstat 2009a: o.S.) widerspiegelt.

Dieses Gefälle zeigt sich auch im Tourismussektor, der den größten Wirtschaftszweig des Landes bildet und von der Regierung als wesentliches Element für die zukünftige ökonomische Entwicklung betrachtet wird. Etwa 95% aller Einnahmen aus dem Tourismus entfallen auf die Küstenregion des Landes.

Der *UNDP Human Development Report* von 2009 fasst die aktuelle Situation in Montenegro wie folgt zusammen:

„As the first two years of post-independence transition have demonstrated, Montenegro has enormous potential. Economic growth during 2006-2007 was exceptional; the country received international support for its independence, accelerated its structural reforms and achieved significant progress in its negotiations with the EU regarding its eventual EU membership. However, the boom in the construction, tourism, retail, telecommunications, and banking sectors did not translate into improvements in the human development opportunities of the poor and socially excluded“ (UNDP 2009: 10).

6.2 OEZA-Schwerpunkte in Montenegro

In der Schwerpunktregion Westbalkan ist Montenegro (neben Albanien, Mazedonien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo) eines der Schwerpunktländer der OEZA.

Seit 1998 besteht die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Montenegro und Österreich (bis 2006 mit dem Staatenbund Serbien und Montenegro), wobei der geographische Schwerpunkt in den Bergregionen im Nordosten des Landes liegt. Neben den Aktivitäten im Bereich Regional- und Tourismusedwicklung konzentriert sich die OEZA auf die Bereiche berufliche und höhere Bildung zur wirtschaftlichen Stärkung des Landes sowie auf Good Governance zur Unterstützung der administrativen Kapazitäten des noch jungen montenegrinischen Staates, mit besonderem Fokus auf den EU- Integrationsprozess (vgl. OEZA 2008b: 3).

ODA Österreichs an Montenegro in Mio. Euro			
	2006	2007	2008
bilaterale ODA gesamt in Mio. Euro an Montenegro	2,66	2,17	2,48
in % der bilateralen Gesamt-ODA	0,31	0,22	0,29
OEZA/ADA an Montenegro in Mio. Euro	1,84	1,85	1,69
OEZA/ADA an Montenegro in % der gesamten OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	1,94	2,01	1,65

Abbildung 16: ODA Österreichs an Montenegro

Quelle: OEZA 2008: 77.

Seit 2006 gibt es ein Koordinationsbüro der OEZA in der Hauptstadt Podgorica, von wo aus die österreichischen und multilateralen Projekte vor Ort betreut werden. Derzeit sind dort insgesamt zwei Mitarbeiter, die in enger Zusammenarbeit mit der österreichischen Botschaft stehen, beschäftigt.

6.3 Regional- und Tourismusedwicklung in Nordmontenegro

Hintergrund/Kontext

Schwerpunkt des österreichischen Engagements in Montenegro bildet der Bereich Regional- und Tourismusedwicklung in der Bergregion Bjelasica und Komovi und Prokletije, im Nordosten des Landes.

Die großen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der 1990er Jahre sind der Hauptgrund für die schlechte sozio-ökonomische Entwicklung der nördlichen Bergregionen an der Grenze zu Albanien, Kosovo, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Die Region war in jugoslawischer Zeit von Industrieproduktion und der Bergbauindustrie geprägt. Nach der Auflösung des Vielvölkerstaates und den Kriegswirren, sowie Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft in den 1990er Jahren kam es großteils zum Zusammenbruch dieser Wirtschaftszweige.

Die Folge sind bis heute hohe Arbeitslosen-, Armuts- und Abwanderungszahlen. Dieser Niedergang führte zu einer Vernachlässigung der Region, Investitionen in Infrastruktur und Tourismus wurden stark verringert. Außerdem kam es durch die Aufnahme von Flüchtlingen aus den umliegenden Nachbarländern zu unvorhergesehenen Belastungen. All diese Entwicklungen der letzten Jahre resultierten in einer signifikanten Limitierung der ökonomischen Möglichkeiten sowie einer Verhinderung der Neustrukturierung von industriellen Standorten. Abwanderung und schlechter Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen waren die Folge und sind heute charakteristisch für die Berg- und Grenzregion (vgl. RDA 2009: 7).

In Zahlen ausgedrückt bedeutet diese Entwicklung einen Rückgang des Anteils der Region am BIP Montenegros (von 25,5% 1990 auf aktuell ca. 18%), einem durchschnittlichen Monatslohn von unter €500, Arbeitslosenzahlen von 30% und einer Armutsrate von etwa 20% (die landesweite Armutsrate liegt bei 10,3%) (vgl. RDA 2009: 7).

Tabelle 3 unterstreicht den Bedeutungsverlust der Region, der demographische Trend des Bevölkerungsrückganges und das relativ niedrige Lohnniveau sind deutlich erkennbar. Die Daten stammen von den zwei letzten Volkszählungen im Jahr 1991 und 2003.

Municipality	Inhabitants (1991)	Inhabitants (2003)	Households (1991)	Households (2003)	Employed	Average income brut in € (2008)	Average income net in € (2008)
Andrijevica	6696	5785	1871	1789	(2008) 537	492	336
Berane	38953	35068	9458	9623	(2008) 6092	531	361
Bijelo Polje	55268	50284	13233	13288	(2007) 8628	517	353
Kolašin	11120	9949	3283	3168	(2008) 1728	552	376
Mojkovac	10830	10066	2824	2881	(2008) 1638	530	361
Plav	19305	13805	3847	3535	(2008) 1411	493	332
together	142154	124957	34516	34284	20034		

Tabelle 3: Demographischer Trend und Durchschnittslohn in der Projektregion

Quelle: Monstat in RDA 2009: 9.

Diese Situation alleine wäre jedoch noch kein Grund für ein Engagement im Tourismus. Hinzu kommt eine oft noch wenig erschlossene aber äußerst attraktive Natur- und Bergwelt, die bereits im alten Jugoslawien als Erholungsgebiet, im Sommer wie auch Winter, für TouristInnen aus dem ganzen Land diente. Es gab vereinzelt Berghütten, ein kleines Skizentrum mit Hotels, sowie den Nationalpark „Biogradska Gora“ (mit einem der letzten großen Urwälder Europas) im Zentrum der Region, die das touristische Angebot bildeten. In den 1990er Jahren kam der Fremdenverkehr nahezu zum Erliegen. In vielen Hotels wurden Flüchtlingsquartiere eingerichtet und die Verwahrlosung der Umwelt hat, in erster Linie durch die Umweltsünden des Bergbaus und der Industrie, große und spürbare Ausmaße angenommen (vgl. AMC 2009a: 3).

Wiederbeginn der touristischen Entwicklung

Im Jahr 2001 wurde vom OSZE Büro in Montenegro eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit einer möglichen nachhaltigen Tourismusentwicklung in der Region Bjelasica und Komovi im Nordosten beschäftigte. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus VertreterInnen der Ministerien für Umwelt und Tourismus, den Gemeinden der Region, des Nationalparks und von Umweltverbänden zusammen. Ziel dieser Initiative war einerseits touristische Entwicklungsperspektiven auszuarbeiten, um gesamtwirtschaftliche Möglichkeiten für die Region aufzuzeigen, andererseits

ging es um die Zusammenarbeit von Gemeinden, der Regierung und auch der NGO's zur Förderung der demokratischen Entwicklung (good governance), die bis dahin, in dieser Form nicht existierte. Ergebnis war die Erarbeitung und Herausgabe einer Wanderkarte des gesamten Gebietes, begleitet von *Capacity Building* für die lokalen Verantwortlichen (vgl. AMC 2009a: 3).

Die Initiative war der Auslöser für das Engagement der OEZA in diesem Bereich. Bereits 2002 wurde die Arbeitsgruppe mit der Durchführung von Workshops zu Zielen, Maßnahmen und Instrumenten nachhaltiger Tourismusentwicklung unterstützt. Weitere Aktivitäten waren die Markierung von Wanderwegen und Ausbildung für WanderführerInnen.

Aufbauend auf der oben besprochenen Initiative unter der Leitung der OSZE begann die OEZA mit der Durchführung eigener Projektaktivitäten im Jahr 2004, welche anfangs drei Jahre (Phase I) andauerten und von 2006-2009 verlängert wurden (Phase II). Ende 2009 kam es zur Phase III und zur Schaffung einer Regionalentwicklungsagentur, die im Zuge der voranschreitenden EU-Integration auch die Aufgaben im Bereich Tourismus übernehmen soll. Die Laufzeit dieser letzten Phase ist bis Ende 2012 geplant.

6.3.1 Phase I: Touristische und ökologische Entwicklung in der Bjelasica-Komovi Region

Die erste Projektphase von 2004 – 2006 diente zum Aufbau notwendiger Strukturen mit begleitenden Programmen und Aktivitäten zur Etablierung des Tourismus in der Region Bjelasica und Komovi, die sich aus den fünf Gemeinden Kolasin, Andrijevica, Berane, Bijelo Polje und Mojkovac rund um den Nationalpark Biogradska Gora zusammensetzt. Es wurde die NGO *Austrian – Montenegrin Partnership (AMP)* ins Leben gerufen, die für die Umsetzung verantwortlich war. Laut den Statuten der AMP ist das Hauptziel der Organisation die Verbesserung der ökonomischen Bedingungen in der Region durch eine nachhaltige und naturbezogene Tourismusentwicklung. Das Team bestand aus montenegrinischen ProjektmanagerInnen und österreichischen KonsulentInnen des ÖAR – Österreichische Agentur für Regionalentwicklung. Alle wesentlichen Beteiligten, sowohl auf lokaler, als auch nationaler Ebene (Bürgermeister und Verantwortliche der Gemeinden, Ministerien, Nationalpark, Wandervereine, andere NGO's) wurden in die Planung und Durchführung eingebunden, was zur Akzeptanzerhöhung beigetragen hat. Folgende Ergebnisse wurde in der ersten Phase erzielt und dienten als wesentliche Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Tourismus in der Region (vgl. AMC 2009a: 4):

- Erarbeitung und Beschlussfassung einer regionalen Tourismusstrategie durch alle Beteiligten auf lokaler und nationaler Ebene.
- Gemeinsame Gründung einer regionalen Tourismusorganisation (RTO) 2006.
- Maßnahmen zum Ausbau und Stärkung des Wander- und Skitourismus, wie Wanderkarten, Entwicklung eines markierten Wanderwegenetzes mit Beschilderung und Rastplätzen, Bau von Berghütten und Kinderskiliften, etc.
- Trainings- und Know-how Transfermaßnahmen für den Nationalpark Biogradska Gora, wie ein Ausbildungsprogramm für Nationalparkführungen, Infrastrukturmaßnahmen zur Attraktivierung, wie die Erneuerung einer Brücke, Bau eines Souvenirladens und Aufstellung von Infotafeln.

6.3.2 Phase II: Nachhaltige Tourismus- und Regionalentwicklung im Norden Montenegros

Die Projektregion blieb in der zweiten Phase gleich, die Aktivitäten weiteten sich jedoch stark aus und es wurden insgesamt fünf Projektmodule mit unterschiedlichen Schwerpunkten eingerichtet. Ein Steuerungskomitee, bestehend aus den fünf Bürgermeistern, den Ministerien für Tourismus und Umwelt sowie Wirtschaft und Raumplanung, dem Direktor des Nationalparks, dem Büroleiter des ADA-Koordinationsbüros, sowie dem österreichischen Botschafter, war für die Projektentscheidungen zuständig. Um die Einbeziehung der Bevölkerung zu gewährleisten wurden in jeder Gemeinde sogenannte *Local Agenda Groups* (LAGs) gegründet, damit Projekte auf kommunaler Ebene mitentwickelt und diskutiert wurden.

Oberziele der Aktivitäten

Oberziel	Aktivitäten
Vertiefung der Ziele und Maßnahmen der ersten Phase, um Verständnis, Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine umfassende nachhaltige Entwicklung der Region zu erreichen.	Capacity building durch Workshops, Seminare, Round tables etc. Studienaufenthalte und Know-how Transfers
Erweiterung der Ziele und Maßnahmen durch:	
Neue Partnerschaften	Know-how Transfer, Training, Workshops mit österreichischen Alpinvereinen, NGO's und Nationalparks
Miteinbeziehen der Randregionen in der Region Bjelasica und Komovi	Bergtouristische Erschließung (Markierung, Beschilderung, Wanderbroschüren)
Verbesserung der touristischen Infrastruktur	Bestandsaufnahmen, Markierungs- und Beschilderungspläne, Wanderrouten in Abstimmung mit lokalen Experten, Informationsmaterialien
Besonders erfolgreiche Initiativen und Aktivitäten als Pilotprojekte auch in anderen Regionen Montenegros durchführen	Bergtouristische Erschließung (Markierung, Beschilderung, Broschüren/Wanderkarten) für andere Bergregionen

Tabelle 4: Projektoberziele

Quelle: AMC 2009a: 14ff.; eigene Zusammenstellung.

Zielgruppen

Die Zielgruppen der Projekte waren vor allem Tourismusbetriebe, wie lokale Reiseagenturen, Hotels und Gastronomie, im Tourismus beschäftigte Personen (in den Betrieben und auch Gemeinden), Beschäftigte im Nationalpark, Mitglieder der Wandervereine sowie auszubildende und ausgebildete WanderführerInnen, BewohnerInnen der Gemeinden, die Local Agenda Groups, SchülerInnen und StudentInnen, lokale ProduzentInnen von landwirtschaftlichen Produkten und Bauern/Bäuerinnen, die Almwirtschaft betreiben (vgl. AMC 2009a: 5).

Die einzelnen Projektaktivitäten wurden in folgenden fünf Modulen durchgeführt:

1. Regionale Tourismusorganisation (RTO)

Nachdem in der ersten Phase die Gründung einer regionalen Tourismusorganisation beschlossen wurde, kam es im Herbst 2007 zur Eröffnung der RTO in Kolasin, dem Zentrum der Bjelasica. Das Besucherzentrum der RTO wurde als öko-effizientes Gebäude errichtet und ist das erste Niedrigenergiehaus Montenegros, welches den großen nachhaltigen Symbolwert für die Region unterstreichen soll. Betreiber der RTO sind die fünf Gemeinden der Region, die auch für die laufende finanzielle Ausstattung der Organisation zuständig sind. Dies soll den Grad an Eigenverantwortung (Ownership) in der Region stärken.

Folgende Ziele und Aktivitäten sollen durch die RTO erreicht und umgesetzt werden (vgl. AMC 2009a: 16ff):

- Intensivierung der institutionellen Zusammenarbeit aller tourismusrelevanten AkteurInnen in der Bjelasica und Komovi Region durch Beratung und Betreuung bei regionalem Management und Marketing, Vernetzung, Organisationsentwicklung und Projektmanagement.
- Professionalisierung des Managements der RTO durch begleitendes Coaching und touristische Fachberatung.
- Entwicklung attraktiver touristischer Angebote durch Beratung, operative Unterstützung bei der Umsetzung und Erarbeitung von Marketingmaterialien
- Verbesserung der Präsenz und Wahrnehmung der Region auf nationalen und internationalen Zielmärkten durch zielgruppengerechtes Marketing und Entwicklung von Urlaubspackages.

Zur Erreichung dieser Ziele wurde zuallererst ein gemeinsames Logo der Region geschaffen, um ein einheitliches Auftreten in der Öffentlichkeit zu ermöglichen. Damit sollten auch die Gemeinden, und deren lokale Tourismusorganisationen (LTOs) besser vernetzt und koordiniert werden. Es kam weiters zur Erstellung eines dreijährigen Aktionsplans, der neue Angebote wie Wandern, Mountainbiking, Klettern, Kayak, Schneeschuhwandern, Langlaufen und Skitouren beinhaltet. Die RTO wurde mit Equipment für diese neuen Angebote ausgestattet, welches im Anschluss unter den einzelnen LTOs der Gemeinden und einigen privaten Agenturen aufgeteilt wurde. Für die Verbesserung der Präsenz der Region kam es zur Teilnahme bei touristischen Fachmessen, zur Einrichtung einer gemeinsamen Homepage mit dem entwickelten Logo und zur Zusammenarbeit mit der nationalen Tourismusorganisation (NTO), sowie zur Einladung für eine Erkundungstour der Region für diverse Spezialreiseveranstalter aus Europa (vgl. ÖAR 2009: 16ff).

Aktuell kämpft die RTO jedoch mit Problemen im Management und mit der Finanzierung ihrer Aktivitäten. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, wird die Organisation keine Möglichkeiten haben Projekte mit eigenen oder finanziellen Mitteln anderer Geber, durchzuführen.

2. Nationalpark (NP)

Auch in der zweiten Phase wurden die Zusammenarbeit mit dem Nationalpark Biogradska Gora weitergeführt und folgende Ziele und Aktivitäten definiert (vgl. AMC 2009a: 17ff):

- Umfassendes Verständnis für Natur- und Umweltschutz sowie Vermittlung des Bildungsauftrages eines Nationalparks durch die Entwicklung von Schulprogrammen, Nationalparkführungen, Marketing- und Informationsmaßnahmen.
- Entwicklung des NP als touristisches Asset der Region, um mehr Eigenständigkeit des NP durch höheres Einkommen und Wertschöpfung und mehr BesucherInnen zu gewährleisten.
- Verbesserung der Umweltsituation hinsichtlich der Infrastruktur durch die Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen.

Die Umsetzung dieser Ziele erfolgte im Rahmen von Führungen und Programmen für Schulen und BesucherInnen. Ein Informationszentrum, sowie ein erlebnisorientierter Wander- und Themenweg wurde zu diesem Zweck geschaffen. Für die Attraktivierung des NP wurde ein Aussichtsturm, ein Souvenirshop und eine Fischzuchtanlage für die BesucherInnen eingerichtet. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen betrafen die Aufstellung von Mistkübeln und die Wärmedämmung der Bungalows im NP.

3. Bergtourismus

Einer der Schwerpunkte des Projekts ist sicherlich der weitere Ausbau von Angebot und Infrastruktur im Bergtourismus, der großes Potential für die Region bietet. Folgende Ziele und Aktivitäten wurden dazu in der zweiten Phase definiert (vgl. AMC 2009a: 21ff):

- Weiterentwicklung und Verbesserung touristischer Angebote in der Region einschließlich der Randzonen durch Workshops und Arbeitsgruppen mit der lokalen Bevölkerung, Wandervereinen und Tourismusbetrieben.
- Erfolgreich durchgeführte Pilotprojekte auf weitere Berggebiete Montenegros durch

Erfahrungsaustausch mit anderen internationalen Gebern, der NTO, den Nationalparks sowie dem Wanderverband ausdehnen.

- Neue Partnerschaften durch Erkundungstouren für Spezialreiseveranstalter.

Zur Attraktivierung der Region wurden kontinuierliche Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur (Neuerrichtung bzw. Renovierung von Berghütten) und Beschilderung des Wanderwegenetzes (inklusive Wanderbroschüren) gesetzt, sowie im Rahmen des nationalen Programms *Hiking & Biking* beschilderte Mountainbikerouten errichtet. Außerhalb des Projektgebietes wurde im Durmitorgebirge eine Wanderkarte entwickelt, WanderführerInnen ausgebildet und an der Erstellung eines für ganz Montenegro wichtigen Bergtourismusprojekts, nämlich der Errichtung und Markierung eines Weitwanderweges, mitgearbeitet. Desweiteren kam es zur Aufnahme der Region in Wanderprogramme von Spezialanbietern und des österreichischen Alpenvereins.

4. Nachhaltige Gemeindeentwicklung

Um die Gemeinden in die touristische Entwicklung miteinzubeziehen, sollte eine lokale Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt und mit der regionalen Tourismusstrategie der ersten Phase abgestimmt werden. Dazu wurden die bereits zuvor erwähnten lokalen Agendagruppen (LAGs) in jeder Gemeinde eingerichtet, die für die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategien, sowie für die Auswahl der Projekte in ihrer Gemeinde zuständig waren. Pro Gemeinde sollte zumindest ein Leitprojekt ausgewählt und finanziert werden. Durch die Beteiligung der LAGs sollten alle relevanten Stakeholder und die Bevölkerung miteingebunden werden, um die Übernahme von Ownership durch die Gemeinden zu fördern (vgl. AMC 2009a: 18ff).

5. Nachhaltige Regionalentwicklung

Ziel dieses Moduls war es, Grundlagen für eine umfassende nachhaltige Entwicklung der Region zu schaffen. Die erarbeiteten Nachhaltigkeitsziele wurden in Workshops und Meetings erarbeitet und in die regionale Tourismusstrategie integriert. Ergänzend zur Entwicklung eines Berg- bzw. Wandertourismus sollten in den Bereichen Almwirtschaft und Mobilität/öffentlicher Verkehr Impulse für sektorale Entwicklungskonzepte gesetzt werden. Dazu zählten die Erstellung von Informationsmaterial über den öffentlichen Verkehr in der Region, der Bau von Aussichtsplätzen an den Straßen (Vista-Points) und Projekte zur Förderung der Landwirtschaft hinsichtlich dem Verkauf von Produkten und der touristischen Nutzung von Almwirtschaften (vgl. AMC 2009: 19ff).

Finanzierung

Für die Finanzierung der meisten Projektaktivitäten wurde für die ersten beiden Phasen von 2004 - 2009 ein *Small Project Fund* eingerichtet, der sich aus Mitteln der OEZA (€1,2 Mio.), der montenegrinischen Regierung (€500.000), Beiträgen der Gemeinden und des Nationalparks (€100.000), sowie Sponsorgeldern (€15.000) zusammensetzte. Für die Finanzierung der KonsulentInnen, des Personals und der Büros stellte die OEZA noch einmal insgesamt €1,7 Mio. bereit.

Project budget (consultancy, offices, personal etc)	1 700 000	Austrian government
Small Project Fund	1 200 000	Austrian government
	500 000	Montenegrin government
	100 000	Municipalities, national parks
	15 000	Sponsoring, advertisements

Abbildung 17: Finanzierung von 2004 - 2009

Quelle: AMC 2009: 3.

6.3.3 Phase III: Nachhaltige Regionalentwicklung der Region Bjelasica, Komovi und Prokletije

Mit Ende 2009 begann die dritte und letzte Projektphase, wiederum mit einer Laufzeit von drei Jahren (bis Ende 2012). Das Projektgebiet wurde außerdem um die Gemeinde Plav, an der Grenze zu Albanien, mit den Bergen der Prokletije, erweitert und umfasst nun insgesamt sechs Gemeinden im Nordosten Montenegros.

Aufbauend auf den Ergebnissen der Österreichisch-Montenegrinischen Partnerschaft zur Entwicklung eines nachhaltigen regionalen Tourismus von 2004-2009 wird der Fokus des Engagements in den kommenden Jahren auf eine stärkere Kapazitätsentwicklung sowie Institutionalisierung auf lokaler Ebene gerichtet. Dazu wird seit Ende 2009 eine regionale Entwicklungsagentur (Regional Development Agency – RDA) aufgebaut, die sich mit diesen Aufgaben beschäftigen soll (vgl. RDA 2009: 2).

Die Tourismusentwicklung bleibt auch in der neuen Projektphase ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten, die nun unter dem Dach der neu gegründeten RDA betreut wird. Insgesamt sind sechs inhaltliche Schwerpunkte (Module) der RDA festgelegt worden:

- Regionalentwicklung

- Bergtourismus
- Agrotourismus
- Kulturtourismus
- Nationalparks
- Kommunalentwicklung

Oberziel des Projekts

Oberziel ist die Reduktion der regionalen Entwicklungsunterschiede in Montenegro durch die Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen in der Bjelasica – Komovi – Prokletije Region. Regionale Projekte sollen durch die Errichtung und Stärkung einer regionalen Entwicklungsagentur implementiert werden. Ziel ist, dass die MitarbeiterInnen der RDA und Gemeinden Projektmanagementfähigkeiten, wie das Schreiben von Projektanträgen, die Implementierung von Projekten, sowie finanzielle Buchführung, erwerben, die den Voraussetzungen der EU und anderer Geber entsprechen. Durch die Perspektive eines EU-Beitritts Montenegros soll bei Beendigung des Projekts Ende 2012, die regionale Entwicklungsagentur volle Selbstständigkeit erreicht haben und befähigt sein, eigenständig die von nationalen und internationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Union, angebotenen Finanzierungsinstrumente und -möglichkeiten für die nachhaltige Entwicklung der Region zu nutzen (vgl. RDA 2009: 3ff).

Mit der Gründung der RDA wurde zeitgleich die NGO *Austrian-Montenegrin Partnership (AMP)* aufgelöst, wobei große Teile des Projektmanagement-Teams, sowie organisatorische Strukturen der AMP von der neuen RDA übernommen wurden.

Zielgruppen

Hier wird zwischen direkten und indirekten Zielgruppen unterschieden, die von den Projektaktivitäten profitieren sollen (vgl. RDA 2009: 12ff):

Direkte Zielgruppen:

- Tourismusbetriebe (Hotels, Privatunterkünfte, Restaurants, Reise- und Sportagenturen), Bauern/Bäuerinnen und ProduzentInnen regionaler Produkte in den sechs Gemeinden des Projektgebietes. Vor allem für junge, gut ausgebildete Personen aus der Region können

somit neue Berufs- und Einkommensmöglichkeiten geschaffen und Abwanderung verhindert werden. Das Selbe gilt für Bauern/Bäuerinnen der Region – insbesondere Frauen und ältere Menschen in der Landwirtschaft und auf Almen sind als potentielle GastgeberInnen identifiziert worden, die gleichzeitig auch ihre Produkte den TouristInnen und Tourismusbetrieben anbieten können. Das Hauptinteresse für diese Zielgruppe sind Einkommensmöglichkeiten für sich und ihre Familien.

- Die lokalen Selbstverwaltungen sollen von den verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen profitieren (höhere Steuereinnahmen, bessere Infrastruktur) und dadurch sollen wiederum junge Menschen motiviert werden in der Region zu bleiben, um den negativen demographischen Trend zu stoppen. Damit in Verbindung steht Kapazitätsentwicklung für die Gemeinden zur Vorbereitung für Anträge zu EU-Geldern, womit gleichzeitig auch die Eigenverantwortung der lokalen Verwaltung gestärkt wird.
- Der Nationalpark Biogradska Gora, sowie die neu geplanten Parks Prokletije und Komovi sollen durch die Unterstützung des Managements, in Bezug auf die weitere nachhaltige Ausrichtung, direkt von den Projektaktivitäten profitieren.
- Die lokalen Agendagruppen, die bereits eine wichtige Rolle seit Beginn des Projekts 2004 gespielt haben, werden in die Maßnahmen der vier Tourismusmodule der neu geschaffenen RDA eingebunden.

Indirekte Zielgruppen:

- Alle EinwohnerInnen der sechs Gemeinden im Projektgebiet können von den Maßnahmen profitieren, um die sozio-ökonomische Situation der Region zu verbessern.
- Reiseveranstalter in Montenegro und auch außerhalb sollen von den verbesserten und neu geschaffenen Angeboten im Bereich Berg-, Agro- und Kulturtourismus profitieren.
- Lokale Betriebe (Bauunternehmen, diverse Dienstleistungsanbieter) sollen durch das Projekt indirekt profitieren und neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, was wiederum zu höheren Steuereinnahmen und verbesserten Rahmenbedingungen beitragen soll.

Finanzierung

Für die dritte Phase stehen insgesamt €1,792.800 zur Verfügung, die Unterstützung der OEZA beträgt dabei €1,5 Mio. Weitere €150.000 kommen vom montenegrinischen Landwirtschaftsministerium, sowie €142.800 von den Gemeinden der Region und den Nationalparks, die den weiterhin bestehenden *Small Project Fund* mitfinanzieren. Daraus wird für

jede Gemeinde zumindest ein größeres Projekt mit bis zu €45.000 finanziert, wobei die Gemeinden selbst über die Prioritäten entscheiden, die RDA aber in die Entscheidung mit eingebunden ist (vgl. RDA 2009: 21).

Planned total project costs	ADC funding applied for	Applicant's own resources	Outside funding if applicable
1.792,80 €	€ 1.5 Mio.		€ 150.000 Ministry of Agriculture; € 142.800 Municipalities of Bjelasica, Komovi Prokletije and National Parks;

Tabelle 5: Finanzierung der Phase III

Quelle: RDA 2009: 1.

6.4 Analyse des Projekts

Betrachtet man das Engagement der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus, so wird schnell klar, dass dieser keinen konzeptionellen Schwerpunkt bildet. Es gibt zwar durch das Dokument „Sektorpolitik Tourismus“ der OEZA (2001) strategische Vorgaben womit auf die in den 1990er Jahren entwickelten Strategien reagiert wurde, jedoch ist auch darin klar festgehalten, dass Tourismus kein weiterer Schwerpunktsektor der OEZA ist. Die Aktivitäten beschränken sich größtenteils auf die zwei Schwerpunktländer Bhutan und Montenegro, wobei eigentlich nur in Montenegro Tourismusentwicklung im Rahmen von Regionalentwicklungsprojekten Priorität zukommt und deshalb in der vorliegenden Diplomarbeit behandelt wurde.

Die Projektaktivitäten zur Regional- und Tourismusentwicklung im Norden Montenegros entsprechen prinzipiell den Vorgaben der Strategien des armutsreduzierenden Tourismus (Steigerung der ökonomischen Effekte, Verbesserung der nicht-ökonomischen Lebensbedingungen und Partizipation):

- Das Oberziel aller Maßnahmen ist eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen in der Region durch Regionalentwicklung mit einem starken Fokus auf Tourismus. Langfristig trägt diese Ausrichtung mit Sicherheit zur Schaffung von Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung bei und kann so zu Armutsminderung in der Region führen. Das in der dritten Projektphase geplante Modul

Agrotourismus soll auch die Bauern und Bäuerinnen stärker einbinden, um ihnen neue Einkommensmöglichkeiten in der Beherbergung von Gästen und im Verkauf von regionalen Produkten zu verschaffen. Das Ziel der Armutsminderung muss als langfristiges Engagement gesehen werden, die Aktivitäten der letzten Jahre sollten allesamt dazu beitragen. Obwohl es leider noch keine Zahlen diesbezüglich gibt, so lässt sich trotzdem ein positiver Trend, vor allem im Anstieg der Touristenzahlen der letzten Jahre erkennen. Die Zahl der TouristInnen in den Berggebieten hat sich im Zeitraum von 2003 bis 2007 verdoppelt (Abbildung 20), was aber nicht allein den Maßnahmen der OEZA zuzuschreiben ist, da es zu einem generellen Anstieg der Tourismuszahlen in ganz Montenegro gekommen ist. Dieser Trend wird sich mittel- bis langfristig auch positiv auf die Beschäftigungssituation in der Region auswirken.

	2003	2005	2007
Total Montenegro	599.430	820.457	1.133.432
Mountain resorts	18.314	19.185	39.158

Abbildung 18: Tourismusankünfte von 2003 – 2007

Quelle: ATC 2009: 13.

Abbildung 18 lässt aber auch erkennen, welchen geringen Stellenwert der Bergtourismus gegenüber dem Tourismus an der Küste in Montenegro immer noch inne hat. Wenngleich alle wichtigen Stakeholder (lokal und national) das Potential des Tourismus als wichtiges Instrument zur Regionalentwicklung erkannt haben, kann dieser sicherlich nicht alleine für die generelle Verbesserung der sozio-ökonomischen Bedingungen in der Region sorgen, wenn man die immer noch geringen Ankunftsahlen betrachtet. Tourismus kann nur als ein, wenn auch wichtiger, Baustein der Regionalentwicklung im Norden Montenegros gesehen werden.

- Durch Capacity building (vor allem von MitarbeiterInnen der Gemeinden, Nationalparks, Wandervereine, Tourismusbetriebe, etc.) und Maßnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den nachhaltigen und schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, sowie Investitionen in die lokale Infrastruktur wird auf die Bedürfnisse der Region für einen selbstbestimmten und -gesteuerten Tourismus eingegangen. Dieser Wissens- und Know-how Transfer ist für die lokalen Stakeholder von großer Bedeutung und trägt zu eigenständigen Entscheidungen für die weitere Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in der Region bei.

- Die Partizipation der lokalen Bevölkerung wurde durch die Etablierung der lokalen Agendagruppen sichergestellt, in denen sich interessierte BürgerInnen engagieren können. Die Einbeziehung aller politischer Ebenen, von den Gemeinden bis zu den Ministerien, und aller für die touristische Entwicklung der Region wichtigen PartnerInnen, wie etwa dem Nationalpark, hat gewiss zur verbesserten Kommunikation zwischen den einzelnen Stakeholdern und zur hohen Akzeptanz des Projekts in Montenegro beigetragen.

Betrachtet man die fünf Prinzipien des Community Based Tourism, wo erfolgreiche CBT-Projekte, vor allem positive ökonomische, soziale, kulturelle, ökologische und politische Effekte haben müssen, ergibt sich folgendes Bild:

- Einkommenssteigerung für die lokale Bevölkerung (ökonomische Effekte) ist ein Oberziel der Aktivitäten.
- Die lokale Bevölkerung ist in Entscheidungsprozessen mit eingebunden und die einzelnen Gemeinden können selbst über die Projektprioritäten entscheiden (politische Effekte).
- Die lokale Bevölkerung wurde über den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen durch Maßnahmen der Bewusstseinsbildung sensibilisiert und es kam beispielsweise zu Maßnahmen der Säuberung der Landschaft durch Müllentsorgung (ökologische Effekte) .
- Die Steigerung der Lebensqualität (soziale Effekte) geht einher mit der Schaffung von Einkommensmöglichkeiten in der Region und ist als langfristiges Ziel anzusehen. Dazu sollten Capacity building und verschiedenste Trainings- und Schulungsmaßnahmen der im Tourismus involvierten Bevölkerung beitragen. Die regionale Tourismusorganisation nimmt dabei eine zentrale Rolle in der weiteren Etablierung des Tourismus sowie der Ausbildung und Schulung in der Region ein. Jedoch müssen zuerst die Probleme im Management und in der Finanzierung der RTO gelöst werden, um die touristische Entwicklung der Region aktiv mitgestalten zu können.
- Kulturelle Effekte, wie etwa der Respekt vor verschiedenen Kulturen oder die Förderung des kulturellen Austauschs, waren keine Prioritäten in den Projektmaßnahmen. Da die meisten Gäste aus europäischen Ländern (viele davon aus der Region) kommen und kulturelle Unterschiede sicherlich nicht besonders stark ausgeprägt sind, erscheint diese Komponente als weniger wichtig im Vergleich zu den anderen Effekten des Community Based Tourism

Aus diesen Erkenntnissen lässt sich ableiten, dass die Aktivitäten der OEZA in der Tourismusentwicklung in Montenegro durchaus auf den Konzepten des armutsreduzierenden

Tourismus aufbauen und diese verfolgt. Die Strategien von Pro Poor Tourism und Community Based Tourism sind in den Projektmaßnahmen großteils umgesetzt und werden im Kontext von Regionalentwicklung gesehen, wo Tourismus einen wichtigen Beitrag leisten kann. Um eine positive Entwicklung der Region gewährleisten zu können muss es aber in Zukunft zu einer noch stärkeren Eigeninitiative der Gemeinden, sowie der lokalen Bevölkerung kommen, da sich im Zuge der EU-Annäherung Montenegros viele Geberorganisation zurückziehen werden und der Großteil der Geldmittel über die Regionalentwicklungsinstrumente der EU ins Land bzw. in die Regionen kommt. Die neu gegründete Regionalentwicklungsagentur sollte zur Vorbereitung dazu einen wesentlichen Beitrag leisten und demnach Ownership stärken. Dazu zählt unter anderem auch die Lösung interner Probleme, wie etwa die Unterfinanzierung und Managementprobleme der regionalen Tourismusorganisation, die die Region nur dann am internationalen Reisemarkt erfolgreich positionieren kann, wenn alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und qualifizierte MitarbeiterInnen beschäftigt werden.

Da es leider noch keine Zahlen in Bezug auf Einkommenssteigerung und Armutsreduzierung in der Region durch das Engagement der OEZA gibt, ist der Erfolg der Projektaktivitäten zur Zeit eher schwierig abzuschätzen. Jedoch ist die kontinuierliche Ausrichtung der Programme als positiv anzusehen, denn die bis jetzt umgesetzten Maßnahmen haben zu einem Anstieg der Touristenzahlen seit Beginn der ersten Projektphase geführt. Dies wird mittel- bis langfristig zu besseren Verdienstmöglichkeiten und folglich zur Armutsbekämpfung im Norden Montenegros beitragen.

7. Zusammenfassung der Ergebnisse

Beschäftigt man sich mit den politischen Komponenten des Tourismus, so ist bei oberflächlicher Betrachtung oftmals nicht klar, in wie weit Entscheidungen der Politik direkt oder indirekt den internationalen Reisemarkt betreffen. Der seit dem Zweiten Weltkrieg stark ansteigende Massentourismus wäre ohne die demokratischen Rahmenbedingungen der Industrieländer aber nicht denkbar gewesen und Regelungen wie Pass- und Visabestimmungen, Devisen- und Zollbeschränkungen, regionale, nationale und internationale Konflikte und Kriege oder etwa Terrorismus sind wesentliche Einflussfaktoren für die Entwicklung des Tourismus. Vor allem innen- und außenpolitische Sicherheit und Stabilität von Staaten und Regionen sind Grundvoraussetzungen für deren erfolgreiche Partizipation am internationalen Tourismusgeschäft.

Auch das heikle Spannungsfeld zwischen Tourismus und Menschenrechten bietet Anlass für Diskussionen über die Sinnhaftigkeit von Reisen in Länder, die entweder Tourismus direkt durch menschenrechtsverletzende Maßnahmen (wie etwa Zwangsarbeit, Kinderarbeit, sexuelle Ausbeutung) fördern oder Menschen (vor allem indigene Völker) ihrer Lebensgrundlagen durch den Bau touristischer Attraktionen berauben.

Da die ökonomische Bedeutung des Tourismus in den letzten Jahrzehnten immer stärker zugenommen hat, ist es auch für die Staaten bzw. Regierungen immer wichtiger geworden in den Tourismus durch Regulierung oder Förderung direkt oder indirekt einzugreifen. Zu diesem Zweck wurde das Politikfeld Tourismuspolitik etabliert, das ein klassisches Querschnittsphänomen ist, da es viele Politikfelder wie etwa Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Außenpolitik, Sozialpolitik etc. miteinschließt. Dabei hat der Staat nun verschiedene Möglichkeiten, wie er die touristische Entwicklung mit beeinflusst. Einerseits gibt er wichtige Vorgaben durch die klassische Gesetzgebungs- und Regulierungspolitik, etwa durch Steuer- und Lohngesetze, Visa- und Passpolitik oder Umweltgesetze, andererseits kann er durch die Förderung von Infrastruktur oder Marketing in der Tourismusplanung aktiv werden oder selbst als Unternehmer (etwa durch Airlines, Eisenbahn, etc.) auftreten. Weitere Aufgabenfelder sind unter anderem die Finanzierung wissenschaftlicher Forschung, die Bereitstellung von Kreditmitteln zur Tourismusedwicklung oder die Unterstützung sozial benachteiligter Gruppen, um am Tourismus teilnehmen zu können.

Daraus lässt sich nun ableiten, dass Tourismus ein höchst politisches Phänomen ist. Die Politik schafft durch ihre Entscheidungen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tourismusedwicklung, kann diese aber auch blockieren, wenn etwa durch restriktive Einreisebestimmungen die Reisenden ausbleiben.

Vor allem für Entwicklungsländer ist der Tourismus in den letzten drei Jahrzehnten zu einem immer bedeutenderen Wirtschaftsfaktor und zu einer wichtigen Deviseneinnahmequelle geworden. Viele Länder sehen durch die verstärkte Förderung des Tourismus die Chance, ihren Anteil am Welttourismus zu erhöhen, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, denn oftmals ist das touristische Angebot das einzig konkurrenzfähige Produkt am Weltmarkt. Dieser Fokus auf rein ökonomische Vorteile des Tourismus hat jedoch die häufig negativen ökologischen und sozio-kulturellen Auswirkungen in den Hintergrund gedrängt.

Einhergehend mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung hat sich im Laufe der 1990er Jahren das Thema Tourismus als ein entwicklungspolitisches Konzept etabliert. Dieser nachhaltige Tourismus hat folgende Voraussetzungen zu erfüllen: langfristig möglich – kulturell verträglich – sozial ausgewogen – ökologisch tragfähig – wirtschaftlich sinnvoll und ergiebig. Zusammen mit der Erfüllung der Millenniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen, wo Armutsbekämpfung das wesentliche Ziel darstellt, muss sich die Entwicklungszusammenarbeit im Tourismus nun daran messen lassen. Tourismus kann dabei zu drei Millenniumentwicklungszielen beitragen: zur Reduzierung der extremen Armut, zur Stärkung der Frauen und Geschlechtergerechtigkeit sowie zum Schutz der Umwelt.

Aus diesen Vorgaben haben sich die wesentlichen Konzepte der touristischen Entwicklungszusammenarbeit herausgebildet. *Pro Poor Tourism*, wie auch die *ST-EP* – Initiative der Vereinten Nationen definieren Armutsbekämpfung als oberstes Ziel. Die Maßnahmen sollen langfristig Einkommen und Beschäftigung für jene Menschen schaffen, die direkt von Armut betroffen sind. Der ausschlaggebende Faktor ist nicht die Art des Tourismus, sondern, dass es einen sichtbaren Anstieg des Nutzens für arme Bevölkerungsschichten gibt.

Beim Konzept des *Community Based Tourism* steht die lokale Bevölkerung im Mittelpunkt des Interesses und bindet diese maßgeblich in die Entscheidungen über Entwicklung und Ausrichtung des Tourismus ein. Diese umfassende ökonomische und politische Partizipation soll die Eigenverantwortlichkeit (Ownership) und -initiative erhöhen, was auch gut in die aktuelle Ausrichtung der Entwicklungspolitik passt, in der die Partizipation der lokalen Bevölkerung als Schlüsselrolle für erfolgreiche Entwicklung vorausgesetzt wird.

CTB hat viele positive Auswirkungen auf verschiedenste Lebensbereiche und auf Organisationsstrukturen von *communities*. Es können sich etwa Führungspersönlichkeiten herauskristallisieren, die einen wesentlichen Beitrag zur Selbstbestimmung der Gemeinden leisten. Ein weiterer Effekt kann auch die vermehrte Gründung von kleinen lokalen Unternehmen sein, die weitere Multiplikatoreffekte für die ganze Region bringen können. All dies kann positive

Auswirkungen auf Motivation, Selbstbewusstsein und Wertvorstellungen der Bereisten haben (Umwelt, Ressourcen, Kultur, etc.) (vgl. Gattringer 2008: 47).

Besonders entscheidend für das Erreichen der Entwicklungsziele eines Tourismusprojekts im EZA-Bereich (ob CBT oder 'pro poor') sind vor allem die ökonomischen Vorteile, die sich daraus ergeben, die Qualität der Ausbildungsmaßnahmen, die Aktivitäten zum Schutz von Natur und Umwelt, die abgestimmten Management- und Planungsmaßnahmen, die verstärkte Einbindung der lokalen Bevölkerung, sowie die Zusammenarbeit mit Tourismusunternehmen. Weiters gilt es besonders die negativen Auswirkungen des Tourismus einzudämmen. Darunter fallen vor allem der externe Einfluss privater ökonomischer Interessen, die Delegation ökologischer Folgekosten von Erschließungen an arme Bevölkerungsschichten, die soziale und kulturelle Ausbeutung, die Abhängigkeit von touristischer Monokultur und schlussendlich falsche oder mangelnde lokale bzw. nationale Tourismuspolitik (vgl. Luger 2006: 150).

Hauptkritikpunkt dieser Konzepte ist vor allem die Beschränkung auf kleine, einzelne Projekte und somit das Verweilen auf der Mikroebene. Tourismus mit dem Ziel der Armutsreduktion bildet zumeist nur ein Nischenprodukt, wie etwa Öko-, Ethno- oder Trekkingtourismus, sollte aber auf alle Formen des Reisens angewendet werden können. Damit eng in Zusammenhang steht der oftmals zu geringe Fokus auf die Wünsche des Reisemarktes durch institutionelle Fehler, indem etwa der allgemeine Ausbau des Tourismus und die Anwendung der armutsreduzierenden Konzepte als zwei separierte und verschiedene Aufgaben angesehen und nicht in einer gemeinsamen Strategie gedacht werden.

Tourismus hat sich in den letzten Jahren immer stärker im Feld der EZA etabliert und viele Organisationen in diesem Bereich, ob nationale Entwicklungsagenturen, multilaterale Organisationen wie die UNO oder die Weltbank, und viele NGO's haben sich in diesem Bereich engagiert. Das klassische EZA-Konzept muss allerdings überdacht werden, denn es darf nicht weiterhin von einem 'Top-down-Approach' ausgegangen werden, wo die Entwicklungsprogramme von außen und oben aufoktruiert werden. Vielmehr sollte der 'Bottom-up' – Ansatz verfolgt werden, wo regionale und kulturelle Rahmenbedingungen miteinbezogen werden und die einheimische Bevölkerung stärker aktiv integriert wird und mitbestimmt. Das weiterhin gültige Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ sollte das Grundprinzip darstellen (vgl. Gattringer 2008: 48).

In diesem Sinne hat auch die österreichische Entwicklungszusammenarbeit damit begonnen Projekte im Tourismusbereich zu fördern. Allerdings bildet Tourismus keinen Schwerpunkt der OEZA, kann aber bei entsprechenden Voraussetzungen im Partnerland in die Arbeit integriert werden. Die in meiner Diplomarbeit betrachteten Projekte im Schwerpunktland Montenegro sind

vom Umfang her die wichtigsten Aktivitäten der OEZA im Tourismus. Im Rahmen von Regionalentwicklung spielt Tourismus im Norden Montenegros eine wichtige Rolle und soll zu verbesserten Arbeitsplatz- und Einkommensmöglichkeiten, der weiteren Verhinderung von Abwanderung in die Städte und dadurch zur Armutsminderung in der Region beitragen. Durch die Schaffung von touristischer Infrastruktur (Berghütten, Wanderwege bzw. Wanderführer, einer regionalen Tourismusorganisation, etc.), Capacity building (diverse Schulungs- und Trainingsmaßnahmen für die Gemeinden, Wandervereine, lokale und regionale Tourismusorganisationen), sowie der Einbindung der lokalen EntscheidungsträgerInnen und der Bevölkerung, soll eine nachhaltige und langfristige Ausrichtung auf Tourismus eingeleitet und aufgebaut werden.

Als entscheidend für eine positive Weiterentwicklung der Region wird die neu etablierte regionale Entwicklungsagentur sein, die ab 2010 für alle Bereiche der Regionalentwicklung zuständig sein wird.

Bibliographie

ADA (o.J.a.): „Organisation“.

<http://www.entwicklung.at/akteure/ada/organisation> (12.01.2010)

ADA (o.J.b.): „Energie“.

<http://www.entwicklung.at/themen/energie> (13.01.2010)

AMC (2009): „Nachhaltige Tourismus- und Regionalentwicklung im Norden Montenegros 2006-2009. Endbericht“, Kolasin.

Armutskonferenz (2009): „Definitionen des Begriffs Armut“.

http://www.armutskonferenz.at/armutskonferenz_sechstearmutskonferenz_sen.htm (30.06.2009)

Ashley, Caroline; Goodwin, Harold (2007): „Pro-Poor Tourism: What's gone right and what's gone wrong?“, Overseas Development Institute, London.

<http://www.odi.org.uk/resources/download/526.pdf> (02.07.2009)

Baumgartner, Christian (2004): „Tourismus verändert! Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit“, in Trans: Internet-Zeitschrift für Kulturwissenschaften Nr. 15, Linz.

http://www.inst.at/trans/15Nr/09_1/baumgartner15.htm (01.03.2009)

Baumgartner, Christian; Leuthold, Margit; Predota, Daniel (2003): „Golden Burma oder Terra non grata – Eine Auseinandersetzung mit Argumenten gegen und für einen Tourismus nach Burma/Myanmar“, respect, Wien.

<http://www.respect.at/media/pdf/pdf236.pdf> (10.03.2009)

Baumhackl, Herbert (2006): Skript zur Vorlesung: Einführung in die Tourismusökonomie, Institut für Geographie, Wien, Wintersemester 2006.

Baumhackl, Herbert; Habinger, Gabriele; Kolland, Franz; Luger, Kurt (2006): „Tourismus und Entwicklung – Zur Gleichzeitigkeit von Integration und Peripherisierung“ in: Baumhackl, Herbert; Habinger, Gabriele; Kolland, Franz; Luger, Kurt (Hrsg.): „Tourismus in der Dritten Welt – Zur Diskussion einer Entwicklungsperspektive“, Promedia Verlag und Südwind, Wien.

Becker, Christoph; Job, Hubert; Witzel, Anke (1996): „Tourismus und nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und praktische Ansätze für den mitteleuropäischen Raum“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Betz, Klaus (2003): „Reisen in schwierigen Zeiten. Plädoyer für ein differenziertes Weltverständnis“, in: Tourism Watch. Informationsdienst Dritte Welt, Nr. 31.

www.tourism-watch.org (18.02.2009)

Beyer, Matthias (2006): „Nachhaltigkeit im Tourismus. Eine Vision mit hohem Anspruch in rauer Wirklichkeit“ in: Weinhäupl, Heidi; Wolfsberger, Margit (Hrsg.): „Trauminseln. Tourismus und Alltag in Urlaubsparadisen“, Lit Verlag, Wien.

Bramwell und Lane (1993): „Sustainable Tourism: an evolving global approach“ in: „Journal of Sustainable Tourism“, Vol. 1, S. 6-16.

Breidenbach, Raphael (2002): „Freizeitwirtschaft und Tourismus“, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden.

BMZ (2009): „Definition Armut“.

http://www.bmz.de/de/ziele/deutsche_politik/leitmotive/armut_bekaempfen/definition_armut/index.html (30.06.2009)

Chok, Stephanie; Macbeth, Jim; Warren, Carol (2007): „Tourism as a Tool for Poverty Allevation: A Critical Analysis of 'Pro-Poor Tourism' and Implications for Sustainability“ in: „Hall, Colin Michael: „Pro Poor Tourism. Who Benefits? Perspectives on Tourism and Poverty Reduction“, Channel View Publications.

Ecotour (2007): „Ecotourism Definations“.

http://www.ecotourdirectory.com/ecotourism/ecotourism_definitions.php (16.07.2009)

EZA-Gesetz (2003): Entwicklungszusammenarbeitsgesetz inklusive EZA – Gesetz – Novelle 2003.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/EZA_Gesetz.pdf

Feilmayr, Wolfgang (2007): Skript zur Vorlesung: Tourismus und Raumordnung: „Regionale Tourismusplanung und Analyse“, Institut für Geographie, Wien, Sommersemester 2007.

Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof (2003): „50 Jahre Entwicklung: Ein uneingelöstes

Versprechen“, in: Fischer, Karin; Hanak, Irmtraut; Parnreiter, Christof (Hrsg.): „Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien“, Frankfurt a. M.: Brandes&Apsel/Südwind.

Freyer, Walter (1988): „Tourismus – Einführung in die Fremdenverkehrsökonomie“, Oldenbourg, München.

Freyer, Walter (2001): „Tourismus – Einführung in die Fremdenverkehrsökonomie“, Oldenbourg, München.

Gattringer, Julia (2008): „Community Based Tourism und Ethnotourismus als Entwicklungsstrategien. Am Beispiel des Tourismusprojektes der OCKIL und des HCPO 'Red de Turismo Comunitario Huataraco-Suno' in Loreto, Amazonien, Ecuador“, Diplomarbeit, Wien.

Goodwin, Harold; Roe Dilys; Ashley, Caroline (2004a): „Tourism and Poverty Reduction – Making the Links“, Pro Poor Tourism Partnership, Sheet No.3.

http://www.propoortourism.org.uk/info_sheets/3%20info%20sheet.pdf (22.07.2009)

Goodwin, Harold; Roe Dilys; Ashley, Caroline (2004b): „Defining Pro Poor Tourism“, Pro Poor Tourism Partnership, Sheet No. 1.

http://www.propoortourism.org.uk/info_sheets/1%20info%20sheet.pdf (22.07.2009)

Goodwin, Harold; Roe Dilys; Ashley, Caroline (2004c): „Overview of Pro Poor Tourism Straegies“, Pro Poor Tourism Partnership, Sheet No. 2.

http://www.propoortourism.org.uk/info_sheets/2%20info%20sheet.pdf (22.07.2009)

Goodwin, Harold (2006): „Measuring and reporting the impact of tourism on poverty“, Pembroke.

<http://www.haroldgoodwin.info/resources/measuring.pdf> (22.07.2009)

Grosspietsch, Michael; Scheller, Katja (2005): „Tourism for development and poverty reduction“, The Project Finance Forum for Africa, London.

GTZ (2005): „Nachhaltiger Tourismus in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Stand der Diskussion zum Thema Tourismus in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit“.

<http://www.gtz.de/de/dokumente/de-tourismus-kompendium.pdf> (23.07.2009)

GTZ (2007): „Tourismus als Handlungsfeld der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.“

Grundlagen, Handlungsbedarf und Strategieempfehlungen“, Eschborn.

<http://www.gtz.de/de/dokumente/de-tourismus-handlungsfeld.pdf> (23.07.2009)

Hall, Colin Michael (1994): „Tourism and Politics – Policy, Power and Place“, John Wiley & Sons, Chichester.

Häusler, Nicole; Strasdas, Wolfgang (2003): „Training Manual for Community-based Tourism“, Inwent, Zschortau.

<http://gc21.inwent.org/ibt/en/modules/gc21/ws-nrm-net/ibt/downloads/tourism/manual/00-Front-TabCont.pdf> (14.01.2010)

Heiml, Johannes (2007): „Nachhaltige Tourismusentwicklung als Mittel der Armutsbekämpfung. Eine anthropologische Studie am Beispiel von Sa Pa (Nordvietnam) unter besonderer Berücksichtigung von 'Pro-Poor Tourism' und 'Sustainable Tourism – Eliminating Poverty‘“, Diplomarbeit, Wien.

Job, Hubert; Weizenegger, Sabine (2003): „Tourismus in Entwicklungsländern“ in: Becker, Christoph; Hopfinger, Hans; Steinecke, Albrecht (Hrsg.): „Geographie der Freizeit und des Tourismus: Bilanz und Ausblick“, S. 629-639, München.

Käsler, Anne (2004): „Tourismus und Menschenrechte – Reisen in autoritäre und menschenrechtsverletzende Staaten“, Diplomarbeit, Trier.

Kolland, Franz (2003): „Entwicklungstheorien bis in die 1980er-Jahre und ihre politischen Implikationen“ in: Fischer/Hanak/Parnreiter (Hg.): „Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien“, Brandes&Apsel/Südwind, Frankfurt a. M.

Küblböck, Karin (2003): „Armutsbekämpfung – Zur Umsetzung der Millennium Development Goals“ in ÖFSE (Hg.): „Österreichische Entwicklungspolitik: Berichte, Analysen, Information“, Südwind Verlag, Wien.

<http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/Armutsbekaempfung.pdf> (20.02.2010)

Lanfant, M (1980): „Introduction: tourism in the process of internationalization“ in „International Social Science Journal Nr. 32/1, S. 14-45.

Lienhart, Birgit Maria (2001): „Nachhaltigkeit und Ökotourismus. Ein Beitrag zur ethnologischen Tourismusforschung am Beispiel Ricancie/ Ecuador“, Diplomarbeit, Wien.

Luger, Kurt (2006): „Tourismus als Entwicklungsmodell – Nachhaltigkeitsversuche, Armutsreduzierung und Regionalentwicklung“ in: „Baumhackl, Herbert; Habinger, Gabriele; Kolland, Franz; Luger, Kurt (Hrsg.): „Tourismus in der Dritten Welt – Zur Diskussion einer Entwicklungsperspektive“, Promedia Verlag und Südwind, Wien.

Mair, Anton (2006): „Grundlagen und Funktionsweise der österreichischen Ost- und Entwicklungszusammenarbeit“ in De Abreu Fialho Gomes, Bea; Maral-Hanak, Irmi; Schicho, Walter: „Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen“, Mandelbaum, Wien.

Marsh, Lara (o.J.): „Tourismus und Menschenrechte – Tourismus stützt die Diktatur“. www.iz3w.org/fernweh/deutsch/themen/thema05/2.html (10.03.2009)

Matis, Herbert; Bachinger, Karl (2003): Telematik WU-Wien: Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Entwicklung. Historische und Theoretische Perspektiven, Wien.

Monstat (2009a): „Average Wages by Sector of the Classification of Activities“. <http://www.monstat.org/Godisnji%20podaci/Godina2007/zarade2007/EngZarade2007.htm> (21.01.2010)

Monstat (2009b): „Gross Domestic Product“. <http://www.monstat.org/Godisnji%20podaci/Godina2008/Bruto%20domaci%20proizvod2008/engBruto%20domaci%20proizvod08.htm> (21.01.2010)

Mundt, Jörn (2004): „Tourismuspolitik“, Oldenbourg, München.

Murphy, P.(1985): „Tourism: a community approach“, Methuen, New York und London.

Nohlen, Dieter (Hrsg.) (1985): „Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen“, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg.

Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (1992): Handbuch der Dritten Welt. Band 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien“, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn.

OEZA (2009a): „Armutsminderung. Leitlinien der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“, Wien.

- http://www.entwicklung.at/uploads/media/leitlinie_armutsminderung_jaenner2009.pdf (13.01.2010)
- OEZA (2009b): „Privatsektorentwicklung durch NRO. Leitfaden für Business Development Services“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/LF_Privatsektorentwicklung_Juni2009_01.pdf
(13.01.2010)
- OEZA (2009c): „Bhutan. Länderinformation“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/Laenderinfo_Bhutan_August09.pdf (18.01.2010)
- OEZA (2008a): „Wasser. Wasserversorgung, Siedlungshygiene, Wasserressourcen. Leitlinien der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/leitlinie_wasser_Nov08_02.pdf (13.01.2010)
- OEZA (2008b): „Länderinformation Montenegro“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/Laenderinformation_montenegro_jaenner_2008.pdf
(21.01.2010)
- OEZA (2003): „Sektorpolitik Ländliche Entwicklung“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/Sektorpolitik_Laendliche_Entwicklung.pdf (13.01.2010)
- OEZA (2007): „Österreichs Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/%C3%96sterreichs_Beitrag_MDG.pdf (14.01.2010)
- OEZA (2006): „Good Governance. Leitlinien der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/LL_Good_Governance.pdf (14.01.2010)
- OEZA (2001): „Sektorpolitik Tourismus“, Wien.
http://www.entwicklung.at/uploads/media/sektorpolitik_tourismus.pdf (18.01.2010)
- Oppitz, Werner (2000): „Tourismuspolitik international. Grundlagen und Fallbeispiele“, Manz, Wien.
- Palm, Petra (2000): „Community Based Tourism als eine Form des nachhaltigen Tourismus in kommunalen Gebieten Namibias“, GTZ, Eschborn.
<http://www2.gtz.de/dokumente/bib/04-5500.pdf> (24.07.2010)

Payer (2001): „Einführung in die Entwicklungsländerstudien. Ausgewählte Problemfelder: Tourismus. Teil IV“.

<http://www.payer.de/entwicklung/entw514.htm> (10.03.2009)

Perathoner, Guido (2000): „Gastfreundschaft im Tourismus. Eine Tugendethik aus der Sicht des Gastgebers“, Studien der Moraltheologie 16, Münster.

Plüss, Christine (1998): „Tourismus und Menschenrechte: Unsere Ferien – Ihr Zuhause“, Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Basel.

http://www.fairunterwegs.org/fileadmin/ContentGlobal/PDF/Tourismus_und_Menschenrechte.pdf

(20.03.2009)

RDA (Regional Development Agency for Bjelasica, Komovi and Prokletije Region) (2009): „Funding Application – Sustainable Regional Development of the Bjelasica, Komovi and Prokletije Region“ Montenegro.

Rauschelbach, Burghard (2003): „Tourismus und Entwicklungspolitik. Aspekte der internationalen Zusammenarbeit“ in Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie, Springer-Verlag, 3/2003.

Richter, Linda (1983): „Tourism Politics and Political Science – A Case of Not So Benign Neglect“ in „Annals of Tourism Research, Vol.10, S 313-335.

Richter, Linda (1992): „Political instability and tourism in the Third World“ in Harrison, David: „Tourism and the Less Developed Countries“ S. 35-46, Chichester.

Ritchie, Brent J.R.; Zhao, Weibing (2007): „Tourism and Poverty Alleviation: An Integrative Research Framework“ in: „Hall, Colin Michael: „Pro Poor Tourism. Who Benefits? Perspectives on Tourism and Poverty Reduction“, Channel View Publications.

Schicho, Walter (2003): „Entwicklung als gesellschaftlicher Auftrag“ in: Fischer, Karin; Hanak, Irmtraud; Parnreiter, Christof (Hrsg.): „Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien“, Brandes&Apsel/Südwind, Frankfurt a. M.

Schunck, Isabelle (2006): „Die 'ST-EP'-Initiative – ein Weltenbummler im Heißluftballon. Armutsbekämpfung durch Tourismus bleibt fragwürdig“ in: Tourism Watch – Informationsdienst Dritte Welt Tourismus, Nr. 42/43.

<http://www.tourism-watch.de/node/699> (09.07.2009)

Simlinger, Karin (2007): „Tourism for Development? Das Phänomen des Tourismus als Instrument zur Armutsbekämpfung in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Eine kritische Analyse“, Diplomarbeit, Wien.

Smith, Valene (1989): „Hosts and guests: the anthropology of tourism“, University of Pennsylvania Press, Philadelphia.

Spreizhofer, Günther (1995): „Tourismus Dritte Welt – Brennpunkt Südostasien. Alternativtourismus als Motor für Massentourismus und soziokulturellen Wandel“, Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main.

Standl, Harald (2003): „Tourismus in Entwicklungsländern unter dem Einfluss politischer Konflikte – das Beispiel Ägypten“ in: Becker, Christoph; Hopfinger, Hans; Steinecke, Albrecht (Hrsg.): „Geographie der Freizeit und des Tourismus: Bilanz und Ausblick“, S 614-651, München.

Stock, Christian (1997): „Die Tourismus-Terrorismus-Connection. Politik und Menschenrechte in den Urlaubsländern“ in: Stock, Christian: „Trouble in Paradise. Tourismus in die Dritte Welt“, S. 62-70, Düsseldorf.

Toschner, Manuela (2008): „Paradise Lost? Tourismus in den Ländern der Dritten Welt – Nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung, Diplomarbeit, Wien.

UNDP (2009): „National Human Development Report 2009. Montenegro: Society for All“, UNDP Montenegro.

http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/montenegro/Montenegro_NHDR_2009_EN.pdf (21.01.2010)

UNRIC (o.J.): „UN Millennium Development Goals (MDG)“.

<http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html> (09.04.2007)

United Nations (2007): „The Millennium Development Goals Report 2007“.

<http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/mdg2007.pdf> (18.07.2009)

UNWTO (2002): „Tourism and Poverty Alleviation“, Madrid.

UNWTO (2007): „ST-EP Programme“, Madrid.

<http://www.unwto.org/step/projects/en/projects.php?op=3> (20.07.2009)

UNWTO (2008): „Tourism Highlights 2008“

http://www.unwto.org/facts/eng/pdf/highlights/UNWTO_Highlights08_en_HR.pdf (09.04.2009)

UNWTO (2009): “World Tourism Barometer Volume 7”, Jänner 2009

http://www.unwto.org/facts/eng/pdf/barometer/UNWTO_Barom09_1_en_excerpt.pdf

Vester, Heinz-Günter (2001): „Terror und Tourismus“ in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Nr. 47, S. 3-5.

<http://www.bpb.de/files/VXLLGS.pdf> (18.03.2009)

Vorlaufer, Karl (1996): „Tourismus in Entwicklungsländern – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung durch Fremdenverkehr“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Tourismuspolitik als Querschnittsphänomen: Baumhackl, Herbert: Skript zur Einführung in die Tourismusökonomie, Institut für Geographie, Wintersemester 2006.

Abb. 2: Grundformen des Tourismus: Baumhackl, Herbert: Skript zur Einführung in die Tourismusökonomie, Institut für Geographie, Wintersemester 2006.

Abb.3: Internationale Touristenankünfte 1950 – 2020: UNWTO: „Tourism 2020 Vision“.

www.unwto.org/facts/eng/vision.htm (09.04.2009)

Abb.4: Tourismusankünfte nach Großregionen: UNWTO: „Tourism Highlights 2008“.

http://www.unwto.org/facts/eng/pdf/highlights/UNWTO_Highlights08_en_HR.pdf (09.04.2009)

Abb.5: Einflussfaktoren der Sickerrate: Baumhackl, Herbert: Skript zur Einführung in die Tourismusökonomie, Institut für Geographie, Wintersemester 2006.

Abb.6: Sichtweise der sozio-kulturellen Auswirkungen des Tourismus in Entwicklungsländern: Baumhackl, Herbert: Skript zur Einführung in die Tourismusökonomie, Institut für Geographie, Wintersemester 2006.

Abb.7: Prozentsatz an der Gesamtbevölkerung die von weniger als 1 US-Dollar pro Tag leben in den Jahren 1990, 1999 und 2004: United Nations: The Millennium Development Goals Report 2007.

<http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/mdg2007.pdf> (18.07.2009)

Abb.8: Tourismus und Armutsreduzierung: Goodwin, Harold; Roe Dilys; Ashley, Caroline: „Tourism and Poverty Reduction – Making the Links“, Pro Poor Tourism Partnership, Sheet No.3, 2004a.

http://www.propoortourism.org.uk/info_sheets/3%20info%20sheet.pdf (22.07.2009)

Abb.9: Tourism as a contributor to pro-poor growth: Goodwin, Harold; Roe Dilys; Ashley, Caroline: „Tourism and Poverty Reduction – Making the Links“, Pro Poor Tourism Partnership, Sheet No.3, 2004b.

http://www.propoortourism.org.uk/info_sheets/3%20info%20sheet.pdf (22.07.2009)

Abb.10: ST-EP Projekte

Quelle: UNWTO: ST-EP Programme, Madrid 2007.

<http://www.unwto.org/step/projects/en/projects.php?op=3> (20.07.2009)

Abb.11: Die fünf Prinzipien des CBT

Quelle: Häusler: „Planing for Community based Tourism. A complex and challenging task“, 2005.

http://www.cic-wildlife.org/uploads/media/Haeusler_Community_based_tourism_2005_eng.pdf

(20.07.2009)

Abb. 12: Entwicklung der österreichischen Gesamt-ODA 2004-2008

Quelle: ADA: „Bericht 2008. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs 2008.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2008_03.pdf (12.01.2010)

Abbildung 13: Hauptbestandteile der österreichischen ODA 2008 in Prozent

Quelle: ADA: „Bericht 2008. Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen Österreichs 2008.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/ODA-Bericht_2008_03.pdf (12.01.2010)

Abb. 14: Schwerpunktregionen der OEZA

Quelle: BmeiA: „Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2008-2010. Fortschreibung 2008.

<http://www.entwicklung.at/service/publikationen/programme.html> (12.01.2010)

Abb. 15: Verteilung der OEZA-Schwerpunktregionen 2008

Quelle: OEZA: „OEZA-Bericht 2008. Regionen und Schwerpunktländer.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA-Jahresbericht_2008_03.pdf (12.01.2010)

Abb. 16: ODA Österreichs an Montenegro

Quelle: OEZA: „OEZA-Bericht 2008. Regionen und Schwerpunktländer.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/OEZA-Jahresbericht_2008_03.pdf (12.01.2010)

Abb. 17: Finanzierung von 2004 – 2009

Quelle: AMC (Austrian Montenegrin Cooperation): „Report – Documentation of all projects supported by the Small Project Fund (SPF) 2006-2009“, Kolasin 2009.

Abb. 18: Tourimusankünfte von 2003 – 2007

Quelle: ATC (Austrian Tourism Consultants): „Final Report. Review of the project Regional and Tourism Development in Bjelasica & Komovi / Montenegro“, Wien 2009.

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Positive und negative Auswirkungen des Tourismus

Quellen: Job, Hubert; Weizenegger, Sabine: „Tourismus in Entwicklungsländern“ in: Becker, Christoph; Hopfinger, Hans; Steinecke, Albrecht (Hrsg.): „Geographie der Freizeit und des Tourismus: Bilanz und Ausblick“, S. 629-639, München 2003. Vorlauffer, Karl: „Tourismus in Entwicklungsländern – Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen Entwicklung durch Fremdenverkehr“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1996. Toschner, Manuela: „Paradise Lost? Tourismus in den Ländern der Dritten Welt – Nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung, Diplomarbeit, Wien 2008, eigene Zusammenstellung.

Tabelle 2: OEZA-Kriterien zur Förderung von Tourismusprojekten

Quelle: OEZA: „Sektorpolitik Tourismus“, Wien 2001, eigene Zusammenstellung.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/sektorpolitik_tourismus.pdf (18.01.2010)

Tabelle 3: Demographischer Trend und Durchschnittslohn in der Projektregion

Quelle: Monstat in RDA (Regional Development Agency for Bjelasica, Komovi and Prokletije Region): „Funding Application – Sustainable Regional Development of the Bjelasica, Komovi and Prokletije Region“, Montenegro 2009.

Tabelle 4: Projektoberziele

Quelle: AMC (Austrian Montenegrin Cooperation): „Nachhaltige Tourismus- und Regionalentwicklung im Norden Montenegros 2006-2009 – Endbericht“, Kolasin 2009a, eigene Zusammenstellung.

Tabelle 5: Finanzierung der Phase III: RDA (Regional Development Agency for Bjelasica, Komovi and Prokletije Region): „Funding Application – Sustainable Regional Development of the Bjelasica, Komovi and Prokletije Region“ Montenegro 2009.

Anhang

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Thema Tourismus als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings wird zuvor, im ersten Teil der Arbeit, die Frage geklärt, inwieweit Tourismus überhaupt ein politisches Phänomen darstellt. Dabei wird schnell sichtbar, dass politische Handlungen und Entscheidungen das Fundament für die Entwicklung von Tourismus, etwa durch Visa- und Einreisebestimmungen, darstellen. Aber auch politische Stabilität und Sicherheit, Konflikte und Terrorismus beeinflussen die internationalen Reiseströme drastisch.

Schwerpunkte der Arbeit bilden die Konzepte des *Pro Poor Tourism*, der *ST-EP Initiative* (Sustainable Tourism – Eliminating Poverty), sowie des *Community Based Tourism*, die in den 1990er Jahren entwickelt wurden und seit diesem Zeitpunkt als Strategien in der internationalen EZA Anklang finden. Auch diese Maßnahmen sind zuallererst politische Entscheidungen multilateraler Organisationen, wie den Vereinten Nationen, oder einzelner staatlicher bzw. privater GeberInnen.

Im Sinne der Nachhaltigkeit verbindet all diese Konzepte die langfristige Ausrichtung des Tourismus zu einer positiven Entwicklung für die lokale Bevölkerung, durch wirtschaftlich sinnvolle, ökologisch tragfähige, sozial ausgewogene und kulturell verträgliche Maßnahmen. Vordergründiges Ziel ist nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen (Armutsbekämpfung, Einkommen, Bildung) für die betroffene Bevölkerung. Diese Ausrichtung bestimmt auch das Engagement der österreichischen EZA im Tourismus, im Schwerpunktland Montenegro. Touristische Maßnahmen werden im gebirgigen und ärmsten Landesteil, dem Nordosten, gefördert. Österreichisches Know-how wird vor allem im Bereich des Bergtourismus und der Unterstützung von Nationalparks eingesetzt. Obwohl Tourismus im Allgemeinen keinen Schwerpunkt der österreichischen EZA bildet, kann dieser jedoch als Instrument der Regionalentwicklung angewendet werden, wie im Falle von Montenegro sichtbar wird.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name Marius Edlinger
Adresse: Kleine Pfarrgasse 7/15, 1020 Wien
e-mail-Adresse: m.edlinger@gmx.at
Staatsangehörigkeit Österreich
Geburtsdaten: 19.11.1982 in Wels/OÖ

Schulische Ausbildung/Studium

2002 – 2010 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien.
Auslandssemester in Vietnam und Thailand im SS 2005.
1993 - 2001 Realgymnasium Linz – Fadingerstrasse.
1989 - 1993 Volksschule in Wilhering/OÖ.

Berufliche Erfahrungen

Sept. 2009 – Dez. 2009 Praktikum beim Koordinationsbüro der österr. EZA in Podgorica/Montenegro.
März 2008 – Aug. 2009 Rezeptionistätigkeit/Gästebetreuung im Westend City Wien.
Juli 2007 – Okt. 2007 Praktikum beim Koordinationsbüro der österr. EZA in Tirana/Albanien.
Herbst 2006 Praktikum bei „respect – Institut für integrativen Tourismus“, Wien.

Sprachkenntnisse

Englisch in Wort und Schrift
Französisch, Spanisch Grundkenntnisse